هكذا في الأصل

Dienstag, 23. Oktober 1984 - D * * * •

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 249 - 43.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Glemp in Ost-Berlin: Mit einer gewissen Irritation verfolgt die SED-Führung den dreitägigen Besuch des polnischen Primas. Sie befürchtet, daß es zu Sympathiekundgebungen unter den 20 000 polnischen Arbeitern in der „DDR" kommen könnte. (S. 4)

Priester: Der polnische Episkopat geht davon aus, daß Pater Jerzy Popieluszko „aus politischen Gründen" entführt wurde. Es müsse um sein Leben gefürchtet werden, hieß es in einer offiziellen Erklärung. (S. 12)

Nicaragua: Zwei Wochen vor den Präsidentschaftswahlen hat eine weitere führende Oppositionspartei, die Unabhängigen Liberalen, den Boykott beschlossen. Es gebe keine ausreichenden Garantien für eine freie Abstimmung.

Terrorhandbuch: Die US-Administration will Staatsbedienstete entlassen, die an der Erstellung eines Terrorhandbuchs der CIA für nicaraguanische Rechts-Guerrilleros beteiligt waren.

Gorbatschow: Das Interesse an der heute beginnenden Plenarsitzung des ZK der sowjetischen Partei konzentriert sich auf die Zukunft des Landwirtschafts-Beauftragten im Politbüro, Gorbatschow, die in jüngster Zeit Gegenstand von Spekulationen war. Als möglicher Nachfolger wird der georgische Parteichef Schewarnadse gehandelt. (S. 12)

Nahost: Israel und Jordanien haben Kontakt aufgenommen, um über eine „Erleichterung der Lebensbedingungen" im Westjordanland zur reden. (S. 12)

Abgesetzt: Der prosowjetische Außenminister Angolas, Paulo Jorge, ist entlassen worden. Er hatte den Prozeß der Annäherung Angolas an die USA und an Südafrika boykottiert.

Auskunft verweigert: Eine Parlamentarierdelegation der Niederlande ist in Moskau mit dem Versuch gescheitert, präzise Informationen über den Stand der Produktion und Stationierung von SS-20-Raketen zu erhalten. (S. 12)

Umweltschutz in Europa

Es hat lange gedauert, bis der Umweltschutz in Europa als wichtige Aufgabe erkannt wurde. In gewisser Weise diente der sterbende Wald als „Augenöffner". Inzwischen ist die Bevölkerung umweltsensibel geworden, die Regierungen sind bemüht, eine ökologische Katastrophe abzuwenden Seite 8

WIRTSCHAFT

Energie: Der Verbrauch an Kernenergie in der Bundesrepublik nahm in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983 um 40,9 Prozent oder sechs Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten zu.

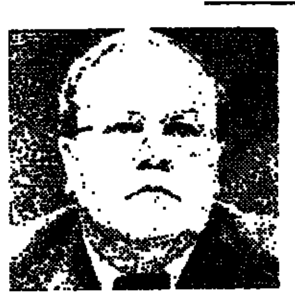
US-Haushalt: Die große Mehrheit der Amerikaner sieht in den riesigen Defiziten keine Bedrohung. Warnungen vor der enormen Schuldenlast hinterlassen kaum einen Eindruck. (S. 14)

Stahlfusion: Klöckner hat Gespräche mit Krupp über eine Zusammenlegung ihrer Stahlbereiche bestätigt. Einzelheiten werden morgen bekanntgegeben.

Erdgas: Die durch die „DDR" führende Transitleitung für sowjetisches Erdgas hat gestern West-Berlin erreicht. (S. 4)

Börse: Bei ruhigem Geschäft kam es an den Aktienmärkten von Sonderbewegungen abgesehen zu Gewinnmitnahmen, die auf die Kurse ohne Einfluß blieben. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 159,8 (159,1). Dollarmittelkurs 3,0846 (3,0780) Mark. Goldpreis pro Feinunze 338,40 (339,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Der Bundeswirtschaftsminister teilte die Sorge, daß Arbeitszeitverkürzungen den Wachstumsspielraum einengen und die Chancen des Produktionsstandorts Bundesrepublik verschlechtern, wenn es nicht gelingt, eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten zu erreichen «

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann zum Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute FOTO: DW

KULTUR

„Primitive": Aufschluß darüber, was die Kunst der Moderne den „Primitiven" verdankt, will eine Ausstellung im New Yorker Museum of Modern Art geben. Sie verbindet 150 moderne Arbeiten mit 200 Beispielen der Kunst der Naturvölker. (S. 21)

Henri Michaux: Der französische Dichter, Maler und Zeichner starb in Paris im Alter von 85 Jahren. Michaux stand den Surrealisten nahe und galt zusammen mit René Char als einer der bedeutendsten französischen Dichter unserer Zeit. (S. 21)

SPORT

Fußball: Der Vorstand des Bundesliga-Klubs Borussia Dortmund ist gemeinsam zurückgetreten. Der Verein wird kommissarisch vom früheren Präsidenten Reinhard Rauball geführt. (S .20)

Olympia: Jugoslawien hat nach Angaben der nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA angeboten, die Sommerspiele 1988 anstelle der vom Boykott bedrohten Stadt Seoul auszutragen.

AUS ALLER WELT

Wiesheu: Mit einer Sensation begann in München der Prozeß gegen den beurlaubten CSU-Generalsekretär wegen seines schweren Verkehrsunfalls vor einem Jahr. Nebenkläger Giland zog seinen Strafantrag zurück. (S. 22)

Haifische: Den Aufbau einer „Hai-Industrie" planen Wissenschaftler des israelischen Meeresforschungsinstituts. Verwertbar wären vor allem das Hai-Öl (für Kosmetika und Arzneimittel) und das magere Fleisch.

Wetter: Wechselnd bewölkt mit Schauern. 12 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Bildung und Nulltarif – Schulpolitik in den USA – Leitartikel von G. Zehm S. 2

Formel 1: Weltmeister Niki Lauda: „Einen sensiblen Hintern mußt du dafür haben" S. 3

Diskussion in Berlin: Schotten sich die RGW-Staaten von den westlichen Märkten ab? S. 4

Geschichte: Ist die deutsche Nation historisch überholt? – Kontroverse Tagung S. 5

Afghanistan: Khomeinis Hilfe gilt nur den Hasaras – Die Rolle der Schiiten im Lande S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT – Wort des Tages S. 9

Fernsehen: Boxen – Lebensgefährliche Show oder Sport? – Arena für Pyrrhus-Sieger S. 11

Seeschiffahrt: Die OECD befürchtet eine weitere Erhöhung der Tonnage S. 13

Nachruf: Zum Tode von François Truffaut: Antoine Doinels steiniger Weg S. 21

Cocktail: Die Renaissance eines alkoholischen Mixgetränks – Kongreß in Hamburg S. 22

Morgen in der WELT: Ein 56 Seiten starker farbiger Report Reisen '84/85

Gutachten: Lohnrunde hemmt Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Institute sagen für 1985 Wirtschaftswachstum von zwei Prozent voraus

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland setzt sich fort. Ein Anstieg des Bruttosozialprodukts um real zwei Prozent 1985 nach 2,5 Prozent in diesem Jahr, eine anhaltende, überraschend starke Preisstabilität, ein auf 20 Milliarden Mark sich verdoppelnder Leistungsbilanzüberschuß und ein weiterer Abbau der Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten, allerdings eine auf dem gegenwärtigen Niveau von 2,28 Millionen verharrende Zahl der Arbeitslosen – dies sind die Eckwerte für die konjunkturelle Entwicklung im nächsten Jahr, die gestern die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem gemeinsamen Herbstgutachten in Bonn präsentiert haben.

Mit ihrer Wachstumsprognose liegen die Institute aus Berlin, Essen, Hamburg, Kiel und München nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann am unteren Ende des Spektrums der bisher vorliegenden Voraussagen. Die Bundesregierung erwartet vielmehr auch für 1985 ein Wirtschaftswachstum von real 2,5 Prozent.

„Mit den bisherigen wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischen Weichenstellungen wurde weder eine ausreichende Verstärkung der Wachstumsdynamik erreicht, noch wurden die Kosten des Einsatzes von Arbeitskräften im Vergleich zu denen von Kapital so vermindert, daß die dringend gebotene Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten eingeleitet wäre." Diese kritischen Äußerungen des Gutachtens – zwei der fünf Institute haben Minderheitsvoten vor allem zur Tarif-, aber auch zur Finanzpolitik abgegeben – bewertet der Wirtschaftsminister als „Ermutigung, den von ihm verfolgten Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung und der Verbesserung der Wachstumsbedingungen mit Nachdruck fortzusetzen".

SEITE 13:
Ohne Einfluß auf deutschen Export

Die Spitzenverbände der Wirtschaft werten das Gutachten als Aufforderung an Bundesregierung und Tarifparteien, wirtschafts- und ordnungspolitisch überzeugender zu handeln. Nur so könne es gelingen, die Wachstumsdynamik zu erhöhen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, kommentiert beispielsweise der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT).

Nach Ansicht der Mehrzahl der Institute spricht vieles dafür, „daß die tarifpolitischen Entscheidungen des Jahres 1984 die Entfaltung größerer Wachstumsdynamik und die Verbesserung der Beschäftigungslage hemmen".

Zwar werde für 1985 trotz der zusätzlichen Steigerung der Stundenlohnsätze durch die Arbeitszeitverkürzung nicht damit gerechnet, daß sich die Verteilungssituation zu Lasten der Gewinne verändert. Dennoch sei die Tarifpolitik als nicht problemgerecht einzustufen. Um allen Arbeitswilligen eine Chance zu geben, müßten im Durchschnitt die Reallohnsteigerungen nachhaltig hinter dem verteilbaren Produktivitätsfortschritt zurückbleiben.

Die Kosten der Arbeitszeitverkürzung in Form des Vorruhestandes würden zu einem erheblichen Teil auf die Beitragszahler der Sozialversicherung und letztlich auf die Steuerzahler übertragen. Der Versuch der IG Metall, die vereinbarte Einführung flexibler Arbeitszeiten zu verhindern, stößt bei allen Wissenschaftlern auf Kritik. Um die Lage am Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern, müßten stärker marktorientierte Lösungen gefunden werden.

Die Tarifabschlüsse sollten nach Branchen und Regionen, aber auch nach Qualifikationen differenziert

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Vertrauensfrage

PETER GILLIES

Im Herbst fallen mit den Blättern wieder die Gutachten, wie es denn wohl mit der Wirtschaft im nächsten Jahr gehen werde. Die Antwort der führenden Forschungsinstitute: Es geht weiter aufwärts. Indes reicht das erwartete Wirtschaftswachstum von rund oder gut zwei Prozent nicht aus, das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit entscheidend zu entschärfen. Dieser Blick in die Kristallkugel ist weder von auffälliger Düsternis noch von sprühendem Optimismus. Er spiegelt aus heutiger Sicht jene Bandbreite realistischer Annahmen wider, deren fester Bestandteil auch bisher stets der Irrtum war.

Das Gutachten ist für die Bundesregierung nicht deshalb sperrig, weil ihm ein halbes Prozent Wachstumserwartung abgeht, wie es der Wirtschaftsminister vielleicht gern gelesen hätte, sondern weil es bestimmte Mahnungen enthält. Ein Schlüsselwort steht ganz am Schluß: Die Forscher hätten, so betonen sie, „nicht viel Vertrauen" in eine Subventionspolitik, die zwar stets die Verringerung der Subventionen predige, sie in Wahrheit aber sogar erhöhe. Mangelnder Mut wird auch in anderen Bereichen reklamiert.

Beherzigenswert ist auch die Mahnung der Gutachter, sich nicht vorschnell neuen Verteilungsdiskussionen hinzugeben. In der Tat nehmen die Versuche erkennbar zu, den Kuchen zu verteilen, bevor er überhaupt gebacken ist. Im Visier sollte nicht das Verteilungs-, sondern das Wachstumsziel stehen. Nur bei konsequenter Ausrichtung darauf sind mehr Arbeitsplätze möglich. Nicht Erziehungsgeld oder Babyjahr schaffen Jobs, sondern nur mehr Unternehmen, neue Märkte, neue Technologien.

Hier hat die Wirtschaftspolitik noch einiges nachzuliefern. Die Bremsklötze aus Abgabenbelastung, Bürokratie, fehlgeleiteten Subventionen und Gängelung sind noch nicht weggeräumt. Das wesentliche Datum dafür, ob und wie viele Arbeitsplätze erhalten, geschaffen oder vernichtet werden, setzen die Tarifpartner. So ist Rationalisierung ein klassischer Reflex auf die Höhe der Löhne und Lohnnebenkosten.

Indes sind die Ausblicke nicht so düster, wie manche sie auszumalen belieben. Exportrekorde, beflügelt durch den Dollar, niedrigere Zinsen, ein nach Erneuerung hungernder Maschinenpark der Industrie, stabile Preise, verbesserte Gewinne und gesundende Staatsfinanzen skizzieren eine Basis, über die kaum eine Volkswirtschaft der Welt verfügt. Aber die von den Wirtschaftsforschern aufgeworfene Vertrauensfrage harrt noch auf Antwort – jedenfalls in den Augen derer, von denen wir zwei Millionen mehr Arbeitsplätze verlangen.

Barzel wird offensiv: Falscher Verdacht

Vor dem Flick-Ausschuß will er alle Fragen „befriedigend und eindeutig" klären

STEFAN HEYDECK, Bonn

Mit seiner Erklärung – „ich stehe – auch moralisch – unter falschem Verdacht" – bemühte sich Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) gestern, im Kampf um sein politisches Überleben in die Offensive zu gehen. Ursprünglich hatte Barzel erst morgen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre zu seiner Verwicklung in die Angelegenheit Stellung nehmen wollen. Er änderte seinen Zeitplan und versicherte noch vor der gestrigen Sitzung des CDU-Präsidiums vor den Kameras von ARD und ZDF, er gehe „guten Gewissens" zu der Vernehmung.

Der Bundestagspräsident hatte damit offensichtlich auch den Gang der Diskussion im Präsidium beeinflussen wollen. Er bat „alle, die es angeht, sich an dem Rufmord an mir nicht zu beteiligen". Diese Erklärung übergab er anschließend schriftlich den Mitgliedern der Parteispitze. Das Präsidium beriet unter der Leitung von Bundeskanzler Kohl drei Stunden lang ausschließlich über den Vorwurf, Barzel habe vom Flick-Konzern 1,7 Millionen Mark erhalten. Der Bundestagspräsident erklärte in einem Bericht, alle Fragen „befriedigend und eindeutig" vor dem Untersuchungsausschuß zu klären. Die Vorwürfe werde er widerlegen. CDU-Generalsekretär Geißler sagte anschließend, es habe eine „eingehende" Erörterung gegeben. Im Präsidium sei davor gewarnt worden, vor der Klärung des Sachverhalts eine „Vorverurteilung" vorzunehmen. Auch Barzel habe Anspruch auf Loyalität.

Der CDU-Generalsekretär wich allerdings der Antwort auf die Frage aus, ob es möglicherweise personelle Konsequenzen gebe. Dazu, so Geißler, könne er nichts sagen. Nach Artikel 40 des Grundgesetzes und Paragraph 2 der Geschäftsordnung des Bundestags wählt das Parlament seinen Präsidenten „für die Dauer der Legislaturperiode", so daß Barzel nicht gegen seinen Willen zum Verzicht auf dieses Amt gezwungen werden könnte. Die vorsichtige Stellungnahme Geißlers wurde allgemein dahingehend gedeutet, daß Barzel ohne ausdrückliche Rückenstärkung seiner Partei zur Vernehmung in den Untersuchungsausschuß gehe.

Im Konrad-Adenauer-Haus und in CDU/CSU werden zunehmend Stimmen laut, die einen Rücktritt Barzels verlangen. Dabei spielt nach WELT-Informationen auch die Sorge eine Rolle, daß sich die Angelegenheit negativ auf die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am kommenden Sonntag auswirken könnten.

Im CDU-Präsidium war noch einmal deutlich gemacht worden, daß für die steuerbegünstigte Wiederanlage des 1,9-Milliarden-Mark-Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpaketes durch Flick die vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) geführte Bundesregierung zuständig gewesen sei.

Äthiopien: Vier Deutsche in Hand von Rebellen

DW. Khartum/Addis Abeba

Einheiten der Tigre Volksbefreiungsfront (TPLF) haben die äthiopische Garnisonsstadt Lalibela überrannt und zehn Ausländer in ihre Gewalt gebracht. Unter ihnen befinden sich vier deutsche Mitarbeiter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, sagte der TPLF-Repräsentant in Sudan, Yemane Kidane.

Es soll sich um die Deutschen Markus Müller, Maria Altstedel, Veronika Diez und Gitta Vogel handeln. Die anderen Ausländer seien Touristen aus den USA, Großbritannien, Australien und Finnland. Kidane teilte mit, daß er das Rote Kreuz in Khartum kontaktiert habe. Er hoffe, daß die vier Deutschen ihre Arbeit fortsetzen. Ihnen stehe es frei, zu bleiben oder zu gehen.

Daß die Gefangenen offenbar nicht gefährdet sind, wird auch aus den Worten eines Sprechers der Deutschen Botschaft in Addis Abeba deutlich. Er sagte, es gebe gegenwärtig keinerlei Anzeichen, daß die Ausländer von den Rebellen als politische Gefangene oder sogar als Geiseln betrachtet würden.

Bei den dreistündigen Kämpfen um Lalibela sollen nach den Worten des TPLF-Vertreters Hunderte von äthiopischen Regierungssoldaten getötet oder verwundet und 120 gefangengenommen worden sein. Die Einnahme der Stadt sei von „militärischer und politischer Bedeutung", da die Volksbefreiungsfront dabei sei, die Regierungspräsenz im Wollo-Gebiet zu beenden.

Scheel spricht von „gängiger" Spendenpraxis

DW. Bonn

Der frühere Bundespräsident Walter Scheel hat im Kölner Parteispendenprozeß gegen den Pharmafabrikanten John-Werner Madaus die Spendenpraxis vergangener Jahre verteidigt, gleichzeitig aber den politischen Parteien Versäumnisse bei der Neuordnung des Parteienfinanzierungsgesetzes vorgeworfen. „Wir alle haben uns nicht auf sicherem, aber auf rechtlich begehbarem Weg gefühlt", sagte Scheel gestern vor dem Kölner Landgericht als Zeuge der Verteidigung. Die Finanzierung „aller demokratischen Parteien" auf dem „Umweg" über gemeinnützige Vereine sei 20 Jahre lang gängige Praxis gewesen, die sich im Konsens aller Beteiligten – Spender, Parteien und Finanzbehörden – herausgebildet habe. Er selbst habe in den 14 Jahren seiner Tätigkeit als Schatzmeister der nordrhein-westfälischen FDP von 1954 bis 1968 „kein einziges Mal das Gefühl gehabt, etwas Gesetzwidriges zu tun", sagte Scheel. Auch habe er persönlich mit Spitzenbeamten des Finanzministeriums in Düsseldorf über „Umwegfinanzierung" der Parteien gesprochen. Diese seien angesichts der unklaren Gesetzeslage ebenso unsicher gewesen wie er selber. Zur Ausstellung von steuerabzugsfähigen Spendenquittungen sagte Scheel: „Ohne diese Quittungen hätten wir nur die Hälfte bekommen."

Der frühere Bundespräsident war zunächst als Zeuge abgelehnt worden, weil seine Aussage „unerheblich" sei. Die Verteidigung bestand jedoch darauf, ihn zu hören.

Reagan zieht an Mondale vorbei

Beim Fernsehduell von Kansas City präsentierte sich der Präsident als Mann des Friedens

DW. Washington

Auf einen knappen Vorsprung für US-Präsident Ronald Reagan beim Fernsehduell mit seinem demokratischen Herausforderer Walter Mondale deutete eine Blitzumfrage der Fernsehgesellschaft ABC hin.

Nach der Diskussion von Kansas City, die von 80 Millionen US-Zuschauern verfolgt worden war, bezeichneten von 695 befragten Personen 39 Prozent Reagan als Sieger des Streitgesprächs über Außen- und Verteidigungspolitik, 36 Prozent der Befragten sprachen sich für Mondale aus. Die Kommentatoren der großen US-Fernsehanstalten sahen Reagan eindeutig besser als bei der Debatte über Innenpolitik vor 14 Tagen. Sie zeigten sich aber auch von dem Faktenwissen Mondales beeindruckt.

Reagan, der gelockerter und überzeugender wirkte als vor zwei Wochen, präsentierte sich als ein Mann des Friedens. Ein Nuklearkrieg, sagte er, könne niemals gewonnen werden. So habe er auch Sowjet-Außenminister Gromyko gesagt, Amerika strebe nicht Überlegenheit an, sondern wolle nur Abschreckung erzeugen. Sein Plan eines Defensivsystems im Weltraum sei darauf gerichtet, die Atomraketen überflüssig zu machen. Er warf seinem Rivalen im Bereich der Verteidigungspolitik eine „Schwäche ersten Ranges vor".

SEITE 3:
Reagan schon unschlagbar?

Mondale hielt dem Präsidenten dagegen vor, es sei die USA teuer zu stehen gekommen, daß Reagan im Bereich der Rüstungsbegrenzung nichts erreicht habe. Sein Plädoyer für niedrigere Rüstungsausgaben bedeute nicht eine Schwächung des Verteidigungssystems, wehrte Mondale die Kritik ab. Er wolle vielmehr, daß mit jedem Dollar für die Rüstung auch Verteidigung im Werte von einem Dollar gekauft werde.

Die Vereinigten Staaten hätten sich gedemütigt aus Libanon zurückgezogen. In Nicaragua habe die Regierung Reagan gegenüber der sandinistischen Regierung die moralische Autorität der USA untergraben. Ein kürzlich gefundenes CIA-Handbuch für nicaraguanische Rebellen habe die USA in Verlegenheit gebracht. Reagan konterte, das Handbuch stamme von untergeordneten Stellen.

Irrtümlich sprach der Präsident in diesem Zusammenhang von CIA-Agenten in Nicaragua, konnte sich sofort aber wieder korrigieren. Reagan gelang es jedoch jenes Thema zu begraben, daß nach dem ersten TV-Duell aufgekommen war und ihm hätte gefährlich werden können: sein Alter. Er wolle die Altersfrage nicht ausschlachten und werde die Jugend und Unerfahrenheit Mondales nicht ausnutzen, scherzte Reagan.

Rohdes Verdacht gegen das Haus Schnoor

WILM HERLYN, Düsseldorf

Mit allen Anzeichen der Entrüstung weist der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) Vorwürfe zurück, aus seinem Amt seien Vorgänge aus der Personalakte des designierten FDP-Spitzenkandidaten Achim Rohde an die Öffentlichkeit gelangt. Wie es aber dazu kam, daß der „Spiegel" sogar aus Korrespondenzen zitieren konnte, die Bestandteil der Akte und nur dem Ministerium und Rohde selbst bekannt sind, vermögen auch Schnoors Beamte nicht zu erklären.

Als besonders ehrabschneidend empfindet es Rohde, daß das Magazin den Eindruck zu erwecken versucht, er habe tatsächlich noch zu seiner Zeit als Düsseldorfer Regierungspräsident unlauter 20 000 Mark von einer Stiftung erhalten und erst dann zurückgezahlt, als die Spitzenkandidatur der FDP auf ihn zulief.

Denn Rohde hatte korrekt seiner damalig vorgesetzten Behörde, dem Innenminister, am 14. Juli 1982 mitgeteilt, er sei seit dem 17. Dezember 1981 Kuratoriumsmitglied der „Ferdinand Lentjes-Stiftung", die sich vor allem „um die Unterstützung von hilfsbedürftigen Kranken und Blinden" kümmere. Schnoor gab seine Einwilligung. Am 7. Januar 1983 teilte Rohde mit, er habe für seine Stiftungsarbeit eine Vergütung erhalten. Im Gespräch mit Schnoor offenbarte Rohde, die Vergütung habe 20 000 Mark betragen, außerdem sei er von der Lentjes-Stiftung in den Aufsichtsrat der Ratinger „ARG-Mineralölbau GmbH" entsandt worden.

Soweit zitiert das Magazin korrekt. Doch berichtet es nicht über die weiteren Vorgänge. Schnoor nämlich eröffnete Rohde am 17. Oktober 1983, er müsse ihn als Regierungspräsident zum 31. Oktober 1983 entlassen. Er habe nicht mehr das Vertrauen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung. In der Tat hatte Rohde häufig gerügt, Raus Kabinett tue zu wenig im Umweltschutz, außerdem fiel er mißliebig bei Schnoor wegen seiner Kritik an der Polizei-Einsatzleitung während der Krefelder Krawalle auf. Einen Tag später, am 18. Oktober, teilte Schnoor Rohde außerdem mit, er halte die Vergütung der Stiftungstätigkeit Rohdes für bedenklich. Rohde zog die Konsequenz und überwies das Geld am 20. Oktober 1983 zurück. In diesem September aber bat das Innenministerium die Stiftung, sie möge den Erhalt der Rücksendung bestätigen – was diese prompt unter dem Datum des 1. Oktober 1984 tat. Somit konnte der Eindruck in Düsseldorf erweckt werden, Rohde habe das Geld erst in letzter Zeit „loswerden" wollen. Rohde: „Ich halte meinen Verdacht für begründet, daß die oberste Datenschutzbehörde des Landes NRW mit einem Magazin zusammenarbeitet."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Tapetentür

Von Herbert Kremp

Vier Bürger aus dem anderen Teil Deutschlands, vielleicht sogar mehr, halten sich in der Deutschen Botschaft in Budapest auf, um Straffreiheit und Ausreise zu erreichen. 154 Flüchtlinge sitzen in der Botschaft zu Prag. Sie haben eine gewisse Aussicht, straffrei auszugehen, wenn sie die Mission in Richtung Heimat verlassen, aber von Ausreise in die Bundesrepublik ist nicht mehr die Rede. Die Chancen, über Botschaften in die Freiheit zu gelangen, sind gesunken.

Budapest lag bis jetzt in der schützenden Zone der Diskretion. Daß nun die bisher wirksame Tätigkeit auch dieser Mission von den Scheinwerfern erfaßt wurde, kann nicht ohne weiteres der Presse angelastet werden. Offenbar gibt es im Auswärtigen Amt und in anderen Ministerien zwei Schulen, deren eine die Trommeln zu rühren empfiehlt, deren andere das Instrument schweigen lassen möchte. Welche der beiden Schulen hat recht, genauer, welche konnte den Bürgern, die nicht mehr in der „DDR" leben wollten, mehr nützen?

Die Antwort hängt zunächst vom Klima der Politik ab. Solange Honecker mit vollen Segeln in Richtung des Gastlandes Bundesrepublik fuhr, ließ er nicht nur dreißigtausend Menschen ausreisen, sondern war auch im schwierigeren Fall der Botschafts-Flucht zu Regelungen bereit. Er bot Morgengaben dar und hoffte, sich auf demselben Wege von innerem Druck zu befreien. Nachdem er auf Moskaus Geheiß das Ruder herumlegen mußte, erscheint ihm die Methode der Konzession weder nützlich noch zuträglich. Die Bilder des gewährten Abzugs eignen sich nicht mehr zur Demonstration der Großzügigkeit, sondern manifestieren die Schwäche des kommunistischen Systems.

Es gibt in der Tat Situationen, wo selbst im Umgang mit dem Osten Zurückhaltung nützen kann. Denn das Ziel bleibt immer dasselbe: den Deutschen zu helfen, wie immer es am besten geht. Also durch die Tapetentür – solange sie nicht verschlossen ist.

Kaspanazes Triumph

Von Carl Gustaf Ströhm

Nun hat das grüne Wunder auch Österreich erreicht. Bei den Landtagswahlen in Vorarlberg gewannen die Grünen und Alternativen auf gemeinsamer Liste aus dem Stand und ohne viel Wahlwerbung mehr als dreizehn Prozent der Stimmen.

Die in Vorarlberg regierende Österreichische Volkspartei (ÖVP) behielt zwar ihre absolute Mehrheit, aber sie rutschte von 57,5 auf 51,6 Prozent. Und auch die Sozialisten erlitten dort schwere Verluste. Ihre Talfahrt führte von bisher 29 auf nunmehr ganze 24 Prozent. Die Freiheitliche Partei – in etwa der FDP vergleichbar – büßte zwei Prozent ein und liegt jetzt in Vorarlberg, einem traditionell „liberalen" Land, mit 10,5 Prozent hinter den Grünen. Die Partei, die mit den Sozialisten in Wien die Regierung bildet, ist damit nicht mehr die dritte, sondern allenfalls noch die vierte Kraft.

Gewiß haben lokale Besonderheiten, das in Vorarlberg besonders spürbare Waldsterben und damit der Einfluß des benachbarten Baden-Württemberg, bei diesen Erdrutsch eine Rolle gespielt. Aber Beobachter sehen auch für Österreich etwas anderes, vielleicht nicht ungefährliches dahinter: Eine Krise des überkommenen Parteiensystems, ein Davonlaufen und Ausflippen vor allem von Teilen der jungen Generation, die sich von den Parteipolitikern – seien sie nun sozialistisch, liberal oder konservativ – gelangweilt abwenden.

Dabei ist die österreichische Situation nicht ganz mit der deutschen zu vergleichen, weil es in der Alpenrepublik neben den Links-Grünen – gemeinhin als Jeans- und Pullover-Grüne bezeichnet – noch die Trachtenanzug- und Lodenmantel-Grünen gibt. Zwischen beiden herrscht eine gewisse Spannung, und nicht überall gibt es eine Führungsfigur wie den Vorarlberger Spitzenkandidaten der „vierten", faktisch dritten Kraft, der auf den Namen Kaspanaze Simma hört, ein Bauer ist und dem Fernsehen seine Politik zwischen Kuhschwanz und Euter beim Melken erläuterte. Jetzt hat Kaspanaze (auf hochdeutsch: Kaspar Ignazius) die Etablierten das Fürchten gelehrt – aber bei uns gab es ja anfangs auch bäuerliche Führungsfiguren, ehe das Grün der Gruppe Z sich durchsetzte.

Rotkäppchen ist schuldig

Von Enno v. Loewenstern

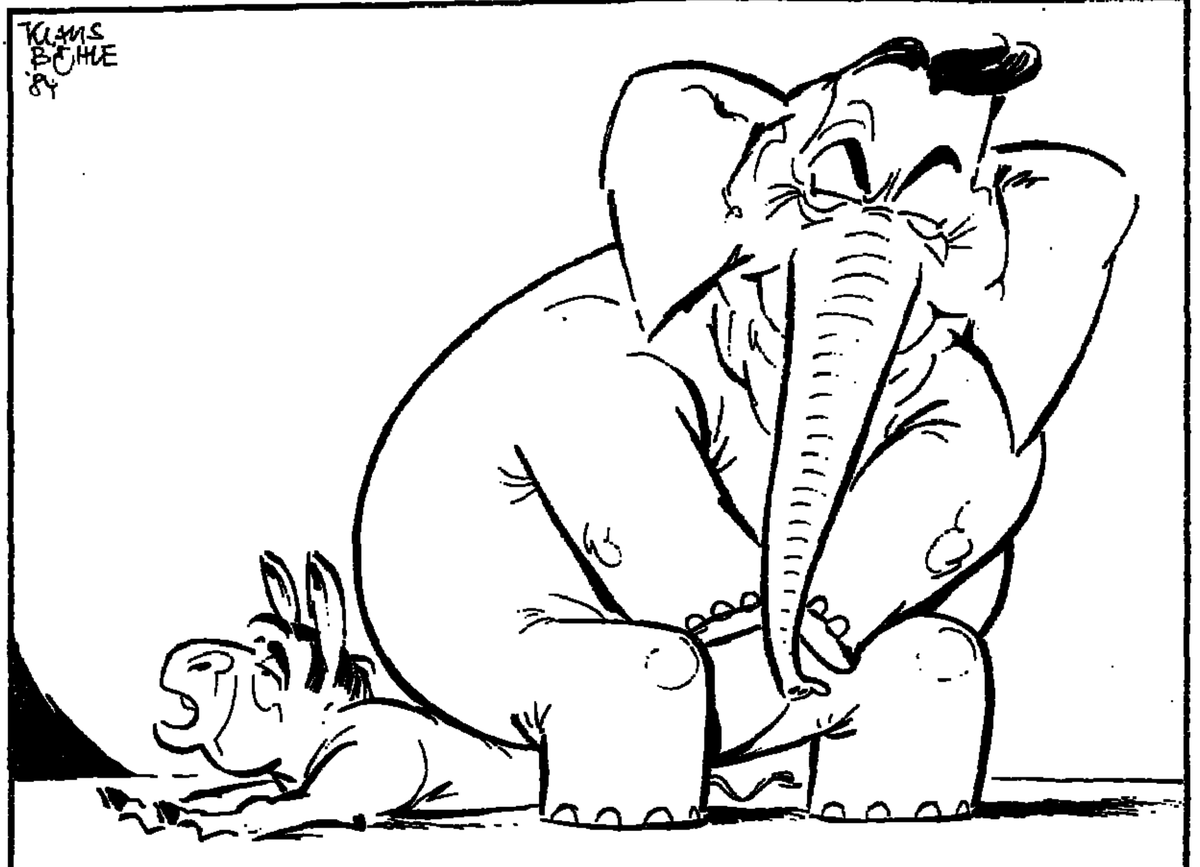
In Venedig hat ein Prozeß stattgefunden, dessen Form und Ausgang gewissen Bedenken begegnet. Der böse Wolf wurde angeklagt – und freigesprochen – hinsichtlich des Vorwurfs, er habe Rotkäppchen und dessen Großmutter verzehrt und dadurch zwei Mordversuche begangen.

Gegen zwei (berufsmäßige) Staatsanwälte setzten sich zwei Verteidiger bei der achtköpfigen Geschworenenbank mit der Ansicht durch, die Straftaten habe der Wolf nicht begangen; vielmehr habe Rotkäppchen, von Sexualängsten geplagt, die Geschichte erfunden. In Wahrheit handle es sich um die Geschichte eines Initiationsritus.

Mit dem Prozeß sollte bewiesen werden, daß der italienische Strafprozeß reformiert werden müsse und daß er derzeit von „Vorurteilen, scheinbaren Gewißheiten und ungerechtfertigten Überzeugungen" beherrscht sei. Dem Betrachter fällt erst einmal auf, daß alle drei Begriffe dasselbe meinen. Ihm fällt zweitens auf, daß der Prozeß prozeßrechtlich in der Luft hängt, daß er keine Revision und kein Wiederaufnahmeverfahren war, denn der Wolf wurde nie verurteilt; er starb unter dem Chirurgenmesser des Jägers.

Drittens wäre eine Verurteilung ohnehin gegenstandslos, denn Tiere können nach heutigem Recht nicht unter dem Strafgesetz angeklagt werden. (Im Mittelalter konnten und wurden sie oft angeklagt, aber da hat es noch nie eine Wiederaufnahme gegeben). Viertens aber, und das ist das Ärgerliche, wurde Rotkäppchen von den venezianischen Schwarzkäppchen kurzerhand als Sexualphantastin abgetan, ohne daß man die Aussagen der Großmutter und des Jägers verwertete; ohne daß man bewiesen hätte, daß es im norddeutschen Raum Initiationsriten für Mädchen (!!!) gab.

Womit wir fünftens bei der Überlegung sind, daß der kontinentale Strafprozeß, zum Unterschied vom angelsächsischen, tatsächlich eine ziemlich finstere Angelegenheit ist; im Common-law-Recht geht man selten so großzügig ohne exakte Beweise vor. So drängt sich sechstens die Frage auf, ob der Prozeß nun tatsächlich den Vorurteilen entgegenwirkte oder ob er nicht vielmehr dem Obervorurteil der Gegenwart dienen sollte: nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig. Und ob, wenn siebentens eine Touristin schreiend vor einem bösen Wolf davonrennt, ihr nicht achtens durch die Blume gesagt werden sollte: Hab dich nicht so.



No more discussion! KLAUS BÖHLE

Bildung und Nulltarif

Von Günter Zehm

Präsident Reagan, so entrüstete sich vorige Woche eine deutsche Zeitung, habe es nun auch geschafft, seine Hochschulen gegen die Kinder der Werktätigen abzuschotten. „Die besten Bildungseinrichtungen des Landes stehen nur noch einer reichen Minderheit offen", hieß es da so lapidar wie falsch. In Wirklichkeit ist der Run auf die Eliteuniversitäten der USA nach wie vor so stark, daß sich sämtliche Bewerber strengen Aufnahmebedingungen unterwerfen müssen, die eindeutig auf eine Selektion nach Begabung hinauslaufen. Hochbegabte bekommen unverändert Studienkredite oder auch Stipendien; die Gefahr für ein potentielles Genie, ungefördert zu bleiben oder aus sozialen Gründen abgewiesen zu werden, ist drüben sehr viel geringer als bei uns, wo die Masse des Durchschnitts wichtige Förderkanäle blockiert oder verstopft.

Mit Reagan und den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen hat das alles wenig zu tun. Die Bildungspolitik ist kein Thema des amerikanischen Wahlkampfes. Jeder weiß, daß die staatlichen Gelder auch auf diesem Gebiet, wie auf so vielen anderen, spärlicher fließen, aber kaum einer regt sich darüber auf. Bildung zum Nulltarif ist für die Amerikaner kein Ideal, geschweige denn das „Bürgerrecht", als das sie seinerzeit in der Bundesrepublik von Dahrendorf und anderen eingefordert wurde.

„Wer eine gute Ausbildung haben will, der soll auch dafür bezahlen", lautet die allgemeine Überzeugung, und danach lebt und plant die amerikanische Durchschnittsfamilie. In ihrem Budget ist ein großer Posten von vornherein für die Ausbildung vorgesehen. Jedes Familienmitglied findet das selbstverständlich und nimmt dafür klaglos Einschränkungen an anderen Stellen in Kauf.

Für Gäste aus Deutschland ist der Altruismus amerikanischer Familienväter, die sich richtig abrakkern, um ihren Kindern eine optimale Ausbildung zu finanzieren, immer wieder Anlaß zur Bewunderung. Die Amerikaner kommen gar nicht auf den Gedanken, den Staat um Beihilfen anzugehen, solange sie selbst irgendwie zahlen können. Stattdessen werden Subsidiarität und Nachbarschaftshilfe großgeschrieben, Onkel und Tanten beteiligen sich an den Ausbildungskosten, und oftmals ist es sogar eine kleine Gemeinde als Ganzes, die einem begabten Jungen, dessen Eltern die Kosten für eine Eliteausbildung nicht allein aufbringen, von sich aus mit einem Stipendium oder einem Kredit auf die Universität schickt.

Auch auf seiten der Jungen ist von der bei uns so verbreiteten Versorgungs- und „Steht-mir-zu"-Mentalität wenig zu spüren. Stipendiaten und Kreditnehmer wissen, daß sie sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig zu erweisen haben. Soziologische Erhebungen in Harvard haben an den Tag gebracht, daß Studenten, die einen Kredit ihrer Heimatgemeinde oder ihrer Kirchengemeinde in Anspruch nehmen, in der Regel am intensivsten studieren, am frühesten fertig werden und die besten Examensergebnisse vorweisen. Die Kulanz der Geldgeber wird also durch Disziplin, Arbeitseifer und Sparsamkeit vergolten.

Und ein Drittes fällt dem auswärtigen Beobachter auf: die ungewöhnliche postscholare Treue, die die meisten Absolventen ihrer alten Universität oder ihrem alten College bewahren. Es gibt unzählige Altherren- und Alumnenvereine, die keineswegs nur sentimentale Erinnerungen pflegen, sondern der angestammten Alma Mater auch regelmäßig große Geldsummen zukommen lassen und unter ihren Berufspartnern und Geschäftsfreunden um Spenden für die Universität werben. Manche richten sogar auf eigene Kosten Lehrstühle ein, die dann – verzeihbare Eitelkeit! – meist den Namen des Spenders tragen müssen.



Teuer, aber dafür auch gut: Campus der Stanford University FOTO: KATHARINE YOUNG

Es gibt bei uns nicht den geringsten Grund, überheblich auf Amerikas Bildungssystem herabzusehen. Gewiß, das traditionelle deutsche Gymnasium und die traditionelle deutsche Universität (von denen die Amerikaner ja einst eine Menge gelernt haben) mochten selbst den Schulen der berühmten „Ivy League" manches voraushaben, den hohen Rang des Abiturs beispielsweise, der es den Erstsemestern erlaubte, das Universitätsstudium lässig und souverän anzugehen, die vorbildliche Verknüpfung von Lehre und Forschung. Aber die deutsche „Bildungsreform" hat so gut wie nichts von diesen alten Vorzügen übriggelassen. Und ihre eigenen Verheißungen, nicht zuletzt das Massenstudium zum staatlich garantierten Nulltarif, haben sich sämtlich als verhängnisvoll für das allgemeine Ausbildungsniveau erwiesen.

Heute sollten wir unsererseits einiges von den Amerikanern lernen, und zwar genau dort, wo ihr System angeblich „unsozial" oder „elitär" ist. Die gezielte Förderung Hochbegabter, der rückzahlbare Kredit als dominierende Studienhilfe, der hohe Differenzierungsgrad zwischen den einzelnen Schulen, das „Bundesliga-Denken", das das ganze Land scharf zwischen guten und weniger guten Universitäten und Colleges unterscheiden läßt – das sind Strukturen, die auch in Deutschland willkommen wären.

Vor allem aber sollten wir uns ein Vorbild nehmen an der amerikanischen Überzeugung, daß man gerade in der Bildung nicht alles dem Staat überlassen darf, sondern daß man selber und die nächsten Verwandten und Freunde dafür einzustehen haben. Was nichts kostet, wird nicht geschätzt; es ist kein Zufall, daß Bildung bei uns zur Zeit so viel gepriesen und so wenig geschätzt wird.

IM GESPRÄCH Werner Ungerer

Wo die Musik spielt

Von Evi Keil

Glaubt man einem alten Filmschlager, hat, wer Klavier spielt, Glück bei den Frauen. Aber auch im maskulin beherrschten Bonner Auswärtigen Amt war musikalisches Talent schon in mehreren Fällen der Karriere zumindest nicht abträglich. Als Werner Ungerer 1979 als Generalkonsul Abschied von New York nahm, kamen tausend Freunde in die Carnegie Hall, um dem Klavierkonzert des Deutschen zu lauschen. Ungerer spielte eigene Kompositionen. „Sie haben", sagt er, „einen Schuß Romantik wie Schumann, Klangfarben wie Ravel und Strawinsky und Züge des Jazz wie Gershwin."

Werner Ungerer wird aber auch in nächster Zukunft nicht dazu kommen, seine Kompositionen, die er nur im Kopf hat, aufzuschreiben: Er übernahm als Ministerialdirektor die Abteilung Vier im AA: die Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäisch-wirtschaftliche Integration. Er wurde als Chef dieser Abteilung, in der er zuletzt als Stellvertreter tätig war, Nachfolger von Per Fischer, der als Botschafter nach Peking geht.

Werner Ungerer ist in Stuttgart geboren. Nach dem Studium der Volkswirtschaft und der Promotion ließ er ein zweites Studium am Europa-Kolleg in Brügge folgen. 1952 gehörte er zur dritten Crew, die damals die Diplomatenschule in Speyer besuchte. Posten in der Ferne folgten: das Konsulat in Boston, wo Werner Ungerer vor allem auch Kontakte zu den amerikanischen Universitäten pflegte, und das Generalkonsulat in Bombay. 1958 ging Werner Ungerer zur EWG; er war speziell bei der Euratom-Kommission tätig. Ab 1964 kam er in das für die Europäische Gemeinschaften zuständige Referat im AA. 1967 bekam er das neu gegründete Referat „Internationale Technologische Zusammenarbeit"; die zivile Nutzung der Kernenergie, die Weltraumtechnologie und der Non-Proliferations-Vertrag fielen in seinen Arbeitsbereich. 1970 wurde Ungerer zu den Internationalen Organisationen nach Wien geschickt. Er war dort auch erster deutscher Beobachter bei der



Wir geben viel mehr als der O[illegible]block: Entwicklungs-Beamter U[illegible]gerer FOTO EV[illegible]

neu angesiedelten Opec. Ende 1[illegible] erfolgte seine Ernennung zum Ge[illegible]ralkonsul in New York.

Die Abteilung Vier, die Unge[illegible] jetzt übernommen hat, gehört zu d[illegible] Mammutabteilungen des Amtes. H[illegible] werden außenpolitische Grundsä[illegible] der Entwicklungspolitik formul[illegible] hier im Blickfeld sind die interna[illegible]nalen Organisationen, die sich [illegible] wirtschaftlichen Bereich mit No[illegible] Süd-Beziehungen befassen, hier g[illegible] es um UNIDO, FAO, Weltbank [illegible] Internationalen Währungsfonds, h[illegible] ist der Arbeitsstab Antarktis ange[illegible]delt, die Rüstungsexportpolitik u[illegible] auch die Umweltpolitik.

Werner Ungerer teilt heute mit v[illegible]len anderen Experten Besorgnis[illegible] vor allem über die zukünftige w[illegible]schaftliche Entwicklung in den a[illegible]kanischen Staaten. Er meint a[illegible] auch, daß das Angebot der EG [illegible] Lomé III mit einem Finanzvolum[illegible] von sieben Milliarden Ecu in [illegible] nächsten fünf Jahren (rund 17 Mil[illegible] den DM) eine große Leistung der [illegible] darstelle. Sie solle vor allem [illegible] Agrarstruktur der AKP-Staaten st[illegible]ken. „Rechnet man dazu noch [illegible] bilaterale Hilfe und die Hilfen [illegible] UN-Organisationen, geben wir, [illegible] EG, mehr als die USA. Und sehr, se[illegible] viel mehr als der ganze Ostblo[illegible]", sagt Ungerer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Zu den Grünen heißt es hier:

Die Grünen zum Beispiel werden es nicht gern hören, daß sie Erinnerungen an die Nationalsozialisten und an das Ende der Weimarer Republik wecken. Aber Tatsache ist, daß ihre Wortführer sich – den grünen Ansatz und Anstrich ihrer Politik weit zurücklassend – zur Gewalt bekennen, das Recht mißachten und das westliche Verteidigungsbündnis untergraben wollen. Tatsache ist es auch, daß einige demokratische Politiker sich dem Druck der Grünen beugen, knieweich taktieren und sich nicht trauen, die meisten Funktionäre der Grünen als das zu bezeichnen, was sie sind: Gegner unserer Republik und ihrer Ordnung, eine Gefahr für unsere Freiheit. Und geschichtliche Tatsache ist, daß genauso – mit Gewalt, mit Hohn für das Recht auf der einen und Knieweichheit auf der anderen Seite – das Ende der Weimarer Republik begonnen hat.

KielerNachrichten

Die Zeitung äußert sich zu den Demonstrationen:

Geht der deutschen Friedensbewegung die Luft aus? Am Sonnabend brachte sie zwar eine Menge Menschen auf die Beine, um gegen die Hochrüstung in Ost und West zu demonstrieren, doch ihre selbstgesteckten Ziele erreichte sie nur unvollkommen. Die angestrebte ununterbrochene Menschenkette von Hasselbach im Hunsrück bis zum Arbeitsamt in Duisburg wies erhebliche Lücken auf. Nüchtern sachlich betrach[illegible] muß festgestellt werden, daß sich d[illegible] Engagement vieler Nachrüstungsg[illegible]ner aus der emotionsgeladenen [illegible] des letzten Herbstes nicht konser[illegible]ren und hinüberretten ließ in die[illegible] Herbst. Dabei hatten die Initiato[illegible] der Großveranstaltung vom Woche[illegible]ende kaum einen Propagandaau[illegible]wand gescheut, um wieder auf bee[illegible]druckende Teilnehmerzahlen [illegible] kommen.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung deutet d[illegible] Fall Abouchar:

Es ist völlig unnütz, in Kabul na[illegible] den Gründen für die unfaßbare Str[illegible] zu fragen, die Jacques Abouchar g[illegible]troffen hat ... Einmal mehr wird d[illegible] Informationsfreiheit angegriffen. S[illegible] ist vollständig unvereinbar mit de[illegible] den Sowjets so teuren Plänen ein[illegible] „neuen Informationsordnung".

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Das Blatt kommentiert den CSU-Parteitag:

Bei der CSU hat sich an diese[illegible] Wochenende fast so etwas wie ei[illegible] „kleine Wende" abgespielt. Aus ein[illegible]ständig mäkelnden dritten Partei i[illegible] Bonner Bündnis scheint plötzlich e[illegible] treuer Koalitionspartner geworden [illegible] sein, dem zuallererst das Schicks[illegible] der konservativ-liberalen Regierun[illegible] am Rhein am Herzen liegt. Für die[illegible] Klarheit hat Parteichef Franz Jo[illegible] Strauß selbst gesorgt, der versch[illegible]dentlichen Glasperlenspielen in de[illegible] Reihen der Union über eine gro[illegible] Koalition eindeutig eine Absage e[illegible]teilte.

In Ostanatolien wird ein Bürgerkrieg geschürt

Unterentwicklung und Ostblock hinter dem Aufbegehren der Kurden / Von Evangelos Antonaros

Was zur Zeit im Länderdreieck Türkei–Irak–Iran vorgeht, ist kein neues Phänomen. Seit Mitte der sechziger Jahre haben die hier lebenden Kurden immer wieder gegen die Regierungen dieser drei Länder aufbegehrt. Insbesondere im türkischen Ostanatolien, wo sieben bis acht Millionen Kurden beheimatet sind, war es vor dem Putsch der Generäle im September 1980 zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen gekommen. Die damals in Ankara regierenden Politiker brauchten die kurdischen Stimmen und gingen daher nur zögernd gegen die Guerrilla vor. Nach der Machtergreifung durch das Militär wurde das Unruhegebiet mit Gewalt befriedet.

Dennoch hat die Neu-Auflage der kurdischen Aktivität seit dem Frühjahr von 1983 einen neuen, dramatischeren Charakter. Denn sie findet vor dem Hintergrund des irakisch-iranischen Dauerkrieges statt, der eine neue politische Situation geschaffen hat. Wegen der Kriegshandlungen haben Bagdad und Teheran ihre Truppen aus den Grenzgebieten an die gemeinsame Front verlegt. Dadurch haben die Kurden Handlungsfreiheit erhalten. Für die Türkei bedeutet dies, daß die ostanatolischen Kurden Anschläge verüben und anschließend ohne Schwierigkeiten in die unbewachten Grenzgebiete der Nachbarländer fliehen können. Ein wirksames Durchgreifen gegen die Aufständischen ist bisher nicht möglich gewesen. Aus diesem Grunde hat Ankara nun die Zustimmung Teherans und Bagdads erbeten, auch seine Soldaten über die türkische Grenze hinaus auf die Verfolgung der Kurden schicken zu können.

Bisher liegt nur das Einverständnis der Iraker vor, die bereits einmal im Mai 1983 eine türkische Militäraktion auf ihrem Gebiet geduldet haben. Teheran weigert sich, unter anderem, weil die Mullahs ein abgekartetes Spiel der Türken und der Iraker vermuten, das Kurdengebiet unter ihre Kontrolle zu bringen.

Ohne Teherans Mitwirkung ist jedoch eine Zerschlagung der kurdischen Revolte nicht möglich. Hinzu kommt, daß die Radikalisten unter den Kurden nach geheimdienstlichen Erkenntnissen Ankaras einen viel hilfsbereiteren Verbündeten in der Region zu haben scheinen: Die Syrer.

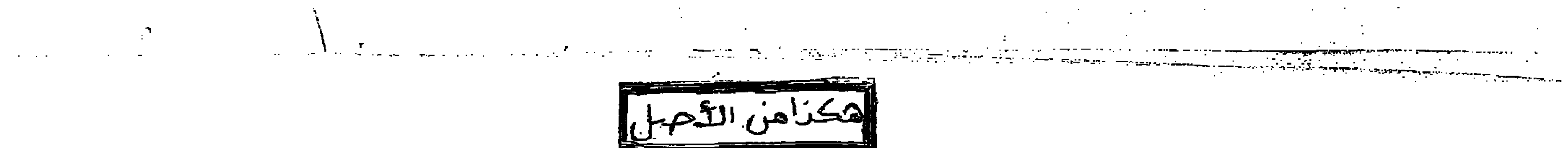
In Ankara ist man davon überzeugt, daß Syrien im Auftrag der Sowjets eine systematische Desintegration der Osttürkei betreibt, indem es die kurdischen Aktivitäten schürt und unterstützt. Regierungschef Özal sprach unlängst vor dem Parlament in Ankara von einer Zusammenarbeit von Kurden und armenischen Terroristen, die ihre Operationszentrale inzwischen nach Damaskus verlegt haben sollen. Freilich: Den Syrern ist nur schwer etwas nachzuweisen, weil sie die kurdischen Extremisten nicht direkt über die syrisch-türkische Wüstengrenze, sondern auf Umwegen über Irak nach Ostanatolien einschleusen.

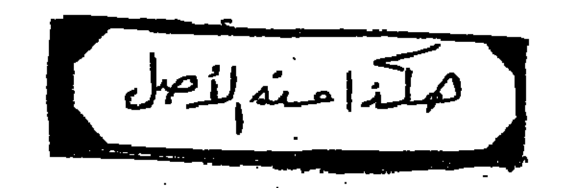
Die Feststellung, daß kurdische Guerrilla-Verbände jetzt zum ersten Mal mit heftigem Artilleriefeuer auf die türkischen Vorstöße geantwortet haben, erhärtet den Verdacht, daß ein zahlungskräftiger Verbündeter aus dem Hintergrund agiert. Den Kurden hat nämlich bisher sogar das Geld für billige Gewehre gefehlt. Aber die Sowjetunion hätte zweifellos Vorteile davon, falls die Kurden einen Quasi-Bürgerkrieg im Südosten des NATO-Partners Türkei entfachten.

Dennoch wäre es falsch, die kurdische Erhebung ausschließlich als ein Erzeugnis sowjetischer Politik zu betrachten. Moskau und seine Stellvertreter in der Region nutzen nur die Ressentiments aus, die immer mehr Kurden Ostanatoliens erfassen.

Einen großen Teil der Verantwortung für das Entstehen der „Kürtcülük", also der kurdischen Bewegung, trägt nämlich Ankara. Alle türkischen Regierungen h[illegible]ben die Ostprovinzen vernachlä[illegible]sigt und die Kurden regelrecht a[illegible] Untertanen zweiter Klasse behan[illegible]delt. Die kurdische Sprache da[illegible] nicht benutzt werden, obwohl nu[illegible] die wenigsten Kurden Türkis[illegible] sprechen und verstehen. Eine ku[illegible]turelle Autonomie hat es niema[illegible] gegeben. Ja, selbst als Volk werde[illegible] die Kurden nicht anerkannt. Im [illegible]fiziellen Sprachgebrauch werd[illegible] sie „Bergtürken" genannt.

Die Angst der Türken vor ei[illegible] Zerstückelung ihres Staates [illegible] Ankara bisher daran gehindert, [illegible] kurdischen Minderheit gewi[illegible] Rechte einzuräumen, ja, die E[illegible]stenz dieser Volksgruppe anzu[illegible]kennen. So verständlich die An[illegible] sein mag, zur Lösung des Kurde[illegible]problems wird sie nicht beitrage[illegible]. Erst durch eine wirtschaftliche E[illegible]schließung der Ostprovinzen un[illegible] eine flexiblere Haltung gegenübe[illegible] den Kurden könnte den Radikale[illegible] und den Sowjets das Handwerk g[illegible]legt werden.





Bei den Demokraten heißt es nun: Wie sollen wir Reagan noch schlagen?

Wäre es für Walter Mondale so gelaufen wie beim ersten Fernseh-Duell – wer weiß, vielleicht hätte er eine Chance gehabt, den Popularitäts-Vorsprung Ronald Reagans weiter zu verringern. Doch es kam anders. Diesmal machte der Präsident vor den Kameras in Kansas City den besseren Eindruck.

Von TH. KIELINGER

Die Voranzeigen hatten den Eindruck erweckt, hier gehe es um das politische Ereignis des Jahres. Wer die Führung der Weltmacht USA in den nächsten vier Jahren in Händen halten werde – diese und andere gewichtige Fragen würden auf der Bühne der Music Hall von Kansas City, Missouri, entschieden. Wo sonst große Orchester ihre Gastvorstellungen geben, sollten Ronald Reagan und Walter Mondale ihren Strauß ausfechten. Zwei Skorpione in der Flasche, bereit zum tödlichen Stich.

Aber wie so häufig in der Welt der Dramaturgie versprach der Bühnenzettel mehr, als er einlösen konnte. Das große Ringen gerann eher zu einer langwierigen, auch etwas langweiligen Balgerei. Walter Mondale hatte nicht, wie erwartet, den Dolch im Gewande, sondern bestenfalls einen „Federkiel, mit dem er gelegentlich die Halsschlagader des Präsidenten ankratzte", wie es ein Kritiker bissig ausdrückte.

Reagan seinerseits kam ganz ohne die Grimmigkeit daher, die seine stockende Vorstellung in der ersten TV-Debatte mit Mondale so besonders befremdend hatte erscheinen lassen. Als beste Waffe diente ihm diesmal wieder eine gute Dosis seines Humors.

Dieser Reagansche Humor verhalf der zweiten und letzten Fernseh-Konfrontation zwischen den beiden Präsidentschafts-Kandidaten zu ihrer bleibenden Pointe. An sie werden sich die Zeitgenossen noch erinnern, wenn die gewichtige Substanz der außenpolitischen Auseinandersetzung längst in Vergessenheit geraten ist. Als ihn einer der vier befragenden Journalisten wegen seines Alters aushorchen wollte, und ob er, der Präsident, sich zutraue, Krisen wie die Kuba-Tage des Oktobers 1962 durchzustehen, schlug Reagan mit unbeweglicher Miene zurück: „Aber natürlich, und ich will Ihnen im übrigen sagen, daß ich nicht vorhabe, das Alter zu einem Thema dieses Wahlkampfes zu machen: Ich werde die Jugend und Unerfahrenheit meines Gegners nicht politisch auszuschlachten suchen."

Applaus und Gelächter hallten lange nach dieser Entgegnung durch den Raum. Auch Mondale konnte nicht umhin zu grinsen. Reagan fuhr fort: „Ich glaube, es war Seneca oder Cicero, der sagte, wenn wir nicht die Älteren hätten, die die Fehler der Jungen korrigieren, dann gäbe es keinen Staat."

Der Umstand, daß diese ganze Antwortfolge *einstudiert war, nahm ihr* nichts von ihrer Wirksamkeit. Mit einem Hieb hat der Präsident damit die Thematik seines Alters, die sich wie eine gefährliche Wolke über ihm aufzubauen schien, zerteilt und zerstreut. Ohnehin wirkte er an diesem Abend, der eine Stunde früher für ihn begann als am 7. Oktober die Begegnung in Kentucky, frischer und gelöster. Unter Mondales Augen dagegen hingen die Falten langer Nächte und harter Vorbereitung.

Die Kamera, anders als in Louisville, meinte es in Kansas City überhaupt nicht gut mit dem Herausforderer. Sein Blick wirkte fixiert und angestrengt, selten auf die Frager gerichtet, meistens direkt in die amerikanischen Wohnstuben hinein. Die Stimme war zu ihrem alten, leicht weinerlichen Klang zurückgekehrt, was stark gegen den sonoren Bariton des Präsidenten abfiel. Dies ist das Land und die Kulisse der Images, der Erscheinung. In beiden Kategorien, die so viel prägender wirken als die Punkte der Debatte selber, unterlag Mondale deutlich.

Trotzdem gab sich der Spitzenkandidat der Demokratischen Partei weidlich Mühe, den Präsidenten in die Enge zu treiben. Über Libanon und Nicaragua, hielt er Reagan vor, nicht ausreichend informiert zu sein, das Leben amerikanischer Soldaten in dem einen Fall, die Ehre der USA im anderen Fall aufs Spiel gesetzt zu haben. „Wer hat hier überhaupt das Sagen?", rief Mondale mehrfach, als er den jüngsten peinlichen Fall eines von der CIA inspirierten Schulungshandbuchs für die Guerrilla in Nicaragua zur Sprache brachte.

Die Kompetenz Reagans als Chief Executive in Zweifel zu ziehen schien an diesem Abend Mondales Schlachtplan zu sein. Mit großer Genüßlichkeit tischte er die Aussagen zweier Abrüstungs-Experten auf, Strobe Talbott und John Newhouse, die kürzlich in Publikationen die Kenntnisse des Präsidenten in Sachen nuklearer Planung und nuklearer Abrüstung in Zweifel gezogen und Reagan in Mißkredit gebracht hatten. Wolle Reagan etwa leugnen, daß er behauptet habe, Atomraketen, von U-Booten abgefeuert, könne man wieder „zurückrufen"?

Es war der einzige Augenblick, in dem der Präsident Entrüstung zeigte. „Wer solche Auffassungen vertritt, muß wohl die lächerlichste Person genannt werden", entgegnete er. Er, Reagan, wolle ein für allemal diese üble Nachrede korrigieren: Nicht von Raketen, die man zurückrufen könne, habe er gesprochen, sondern von Trägern, seien dies *U-Boote* oder Flugzeuge, stellte er klar. Mondale, triumphierend, gab nicht nach. Er wolle im Laufe des nächsten Tages dokumentieren, was der Präsident gesagt habe und wann. Das Publikum zeigte sich wenig beeindruckt.

Einen lebhaften Kampf lieferten sich beide zum Thema „Star Wars", womit der Plan der Reagan-Regierung gemeint ist, eine weltraumgestützte strategische Verteidigung zu erforschen und zu entwickeln. Reagan, der schon mehrfach seine Unzufriedenheit mit der noch gültigen Abschreckungsstrategie der „gegenseitig zugesicherten Vernichtung" (MAD) dokumentiert hat, wie*derholte auch diesmal sein Ur-Credo:* Ein System, welches feindliche Raketen vernichten könne, statt den Massentod von Menschen anzudrohen, sei weitaus humaner und daher vorzuziehen. Dem philosophischen Argument hatte Mondale nichts entgegenzusetzen als den Hinweis auf die Kosten und die Gefahren eines neuen Wettrüstens.

Der Präsident, hingerissen von seiner eigenen Idee, deutete sogar an, er würde die entsprechende Technologie mit den Russen austauschen oder zumindest dem Gegner „eine Demonstration" der amerikanischen technischen Fähigkeit auf diesem Gebiet geben. Die Antwort gab Mondale eine seiner vielen Gelegenheiten, den Präsidenten quasi rechts zu überholen und sich scharf dagegen zu wenden, irgendwelche sensitive Technologie mit den Russen zu teilen.

Aber die Vorstellung des Demokraten Mondale, der an diesem Abend die Sowjets „ruchlos" nannte und Präsident Reagan geradezu anflehte, seine, Mondales, Verpflichtung zu einem verteidigungsfähigen Amerika doch bitte sehr ernst zu nehmen, hatte etwas von einer späten Erleuchtung an sich. Ronald Reagan ließ seinen Gegner in diesem Punkt nicht davonkommen und zählte mit großer Genugtuung alle jene Waffenprogramme auf, die Walter Mondale in seiner Zeit im Senat und als Vizepräsident bekämpft hatte.

Heute lasse sich der Demokrat gerne auf Flugzeugträgern der Nimitz-Klasse fotografieren, beim Abnehmen des Starts des F-14-Marineflugzeuges, schob Reagan sarkastisch nach. „Aber wenn es nach Mr. Mondale gegangen wäre, dann hätte es gar keine ‚Nimitz' gegeben, und sein Gegner hätte zum Salut ganz schön tief im Wasser gestanden."

Kurzum: Die Debatte zeigte den Präsidenten, der diesmal nicht überpräpariert worden war, in seiner alten Kampfeslaune, auch wenn er gegen Ende wiederum ins leichte Schwafeln verfiel und sein Schlußwort nicht in der zugedachten Zeit über die Runden brachte.

Und dabei wurden in den 90 Minuten nicht mit einem Wort die jüngsten Vorschläge Konstantin Tschernenkos gestreift, mit denen sich der Kreml-Boß über den Umweg der „Washington Post" in den amerikanischen Wahlkampf hatte einschleichen wollen. Und ebenfalls mit keinem Wort kam das Paradebeispiel der Administration, die Intervention in Grenada, zur Sprache.

Viele Pfeile blieben also im Köcher. Und die Demokraten müssen *sich nach diesem Debatten-Unent*schieden mit Bangen fragen, wie um alles in der Welt sie einen nach wie vor populären Präsidenten bis zum Wahltag am 6. November einholen wollen.

Entspannung nach dem Gefecht: Reagan und Mondale scherzen mit den Veranstaltern der Diskussion FOTO: UPI

„Einen sensiblen Hintern mußt du dafür haben"



Fünf Jahre blieb Marlene Lauda den Rennpisten fern. Doch an dem Tag, als ihr Niki seinen Rivalen Alain Prost schlug, war sie zur Stelle. FOTO: UPI

Zum dritten Mal wurde Niki Lauda Weltmeister in der Formel 1. Wer ist dieser Niki Lauda, wie kam er zu diesem Erfolg?

Von KLAUS BLUME

Ron Dennis ist Teamchef des englischen Formel-1-Rennstalls McLaren. Ein Mann, der es vom Mechaniker bis zum Direktor brachte. Ein Mann, der seine Zunft in- und auswendig kennt und der bar jeglicher Schwärmerei handelt.

Dieser Ron Dennis sagte über seinen Angestellten Niki Lauda: „Sein Fehler ist seine Mystifikation, sein Comeback aus dem Tod." Was in dieser Saison widerlegt wurde. In einer Grand-Prix-Saison, in der Lauda zum dritten Mal nach 1975 und 1977 Weltmeister wurde, in dem das Finale am Sonntag in Estoril bei Lissabon zum Sinnbild des Rennfahrers Niki Lauda geriet: Vom elften Startplatz aus ins Rennen gegangen, benötigte er den zweiten Platz bei einem Sieg seines französischen Teamkollegen Alain Prost, um den Titel zu gewinnen. Prost fuhr an der Spitze, und Lauda holte auf, kalkuliertes Risiko und kühl bis ans Herz, oder, wie er es einmal sagte: „Einen sensiblen Hintern mußt du dafür haben." Der zweite Platz reichte, Prost – der Sieger – war der Düpierte.

Als ob Mystifikation ausreiche, um Formel-1-Weltmeister zu werden! Zwölf Jahre lang ist der Wiener dabei, und das, was ihm jetzt gelang, ist die Summe daraus. Es ist die Erfahrung mit diesem Geschäft und zugleich die Erfahrung, die Lauda mit sich selber gemacht hat. Es ist seine ungeheure Konzentration auf diesen Job, die Möglichkeit, überdurchschnittliche Intelligenz auf urplötzlich anstehende Aufgaben kanalisieren zu können. Es ist die Fähigheit, Situationen und Handlungsweisen auf ihren Kern zu reduzieren, um somit erfolgreicher als die Konkurrenz zu arbeiten.

Lauda-Aussagen klingen deshalb stets lapidar. Vor einigen Jahren, als er noch im Ferrari das Rennen im südafrikanischen Kyalami gewonnen hatte, schrieb er darüber in seinem Buch „Protokoll": „Zu Hause liegt ein Telegramm vom Alten (Enzo Ferrari, die Red.): ‚Du bist immer Du – so wie vorher, mehr als vorher!' So ein Blödsinn. Er schickt dieses Telegramm ja *nicht* wegen *mir*, sondern nur deshalb, weil sein Auto als erstes ins Ziel gekommen ist. Er gratuliert nicht zu meiner Arbeit, sondern dem Zufall, daß der Bock nicht stehengeblieben ist. Wäre die Maschine in der letzten Kurve zerplatzt, hätte ich aufs Haar genausoviel geleistet gehabt. Aber Telegramm hätte er keines geschickt." Oder über Popularität: „Wenn du Erfolg hast, wenn du gewinnst, dann drängen sich eh die Leut' um dich. Mehr ist es nicht." Und was seine so überaus sorgfältige Arbeit beim Abstimmen eines Formel-1-Rennwagens angeht: „Herantasten, das sagt sich so leicht. Dort, wo die Formel 1 wirklich schnell wird, ist nichts mit Tasten: Wenn ein Formel-1-Wagen rutscht, gibt's nur Beherrschen oder Nichtbeherrschen."

Er hat es selber erfahren, am 1. August 1976 auf dem alten Nürburgring, als er in seinem Ferrari fast verbrannte, als man ihm bereits die letzte Öhlung gegeben hatte. Auch darüber hat er geschrieben und gesprochen, knapp, formelhaft, lapidar: „Ich habe keine Illusionen über meinen Zustand: Ich humple am Stock dahin, habe Schmerzen an den Stellen, wo die Haut abgeschabt wurde, und sehr schön bin ich auch nicht, weil ich den rechten Oberschenkel jetzt im Gesicht trage. Aber das erschüttert mich nicht." Man darf ihm das so abnehmen, bei Lauda gibt es keine Nischen für Phantasien.

So wurde er zum Synonym für die Formel 1, ein Mann, der wie kein anderer durch sie geprägt und gezeichnet wurde, der aber auch wie kein anderer die Wege dieser Branche vor- und aufgezeichnet hat. Die Formel 1 dürfe kein blutrünstiges Ritual sein, nicht Tod am Nachmittag, sondern sportliche und technische Herausforderung. Wäre es ohne diese Lauda-Prämisse zum neuen Nürburgring, einer der sichersten Grand-Prix-Strekken der Welt, gekommen? Wäre die Formel 1 ohne Lauda zur sichersten Motorsportklasse geworden?

Er ist aus diesem Geschäft einmal kurzzeitig ausgestiegen, weil er eigenen Worten zufolge nicht dauernd im Kreise herumfahren wolle. Und er ist zurückgekommen, als ihm das seine Frau Marlene als eine besondere Form später Pupertät auslegte und den Laudaschen Arbeitsplätzen bis zum Sonntag fernblieb, als das Turbo-Zeitalter angebrochen war, als sich die Autos extrem verändert hatten, als sie zum Mittelding zwischen Raumfahrt, Flugzeugtechnik und Automobilbau geworden waren. Und auch da war es wieder Lauda, der den Einsatz des Porsche-Triebwerkes für den McLaren-Rennwagen mit rastlosem Einsatz vorantrieb, als er dabei eigene Fehler und Niederlagen auf dem Weg zum dritten Weltmeistertitel gleichermaßen als Doping in sein morgendliches Biomüsli streute.

Im Team fürchteten sie seinen Erfolg. Denn im Gegensatz zu Prost, der vergleichweise für einen Pappenstiel verpflichtet worden war, würde ein dreimaliger Weltmeister Niki Lauda seinen Marktwert zwangsläufig in schwindelerregende Höhen treiben. Der frühere finnische Weltmeister Keke Rosberg brachte es auf den Punkt: „Wenn der Niki den Titel holt, wird er unbezahlbar." Vielleicht passierten vor diesem Hintergrund Dinge, die jeden anderen Fahrer auf den seelischen Tiefpunkt gebracht hätten. Die Schraube einer Wasserpumpe, die zwischen Zolder und Imola wie eine wilde Hummel durchs Kühlsystem wirbelte, die Boxenregie in Dijon, die Lauda keine Runden anzeigte, so daß er viel zu lange mit dem ersten, abgewetzten Reifensatz im Rennen blieb, oder die Angelegenheit in Monte Carlo, als die Lufthutzen der vorderen Scheibenbremsen einseitig abgeklebt waren, wodurch das Rad zum Blockieren neigte.

Lauda sagte, daß man auf diese Weise nicht Weltmeister werden könne, daß es aber auch Prost nicht schaffen würde, wenn man sich im Team gegenseitig aufreibe. Gleichzeitig streute der Lauda-Hofstaat aus, wie oft und wie lange Lauda bereits wieder mit seinem früheren Chef Enzo Ferrari geredet habe und daß der Commendatore ihm selbstverständlich einen Job angeboten hätte.

Es war eine taktische Variante. Verunsichern, Ausbremsen, Schalten, Gasgeben. So wie am Sonntag, als er Weltmeister wurde.

Koschnick will keine Vorreiter-Rolle spielen

Von W. WESSENDORF

Die Ausbildungsplatzabgabe, eines der brisanten landespolitischen Themen im Land Bremen, entwickelt sich zum Dauerbrenner. DGB, IG Metall und Arbeiterkammer versuchen seit Anfang des Jahres ein entsprechendes Landesberufsbildungsgesetz durchzupauken, gegen das sich die alleinregierenden Sozialdemokraten sperren. Denn die SPD im kleinsten Bundesland zeigt sich über diese Frage zerstritten. Ende Oktober wollen Teile des SPD-Unterbezirks Bremerhaven einen neuen Anlauf nehmen, die Geldabgabe für Betriebe, die keine Jugendlichen ausbilden, gesetzlich zu verankern.



Landesbericht Bremen

„Ich bin nach wie vor gegen eine Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsplatzabgabe nur im Lande Bremen," erklärte der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Hans Koschnick, vor der Delegiertenversammlung des SPD-Unterbezirks Bremen/West. Diese Abgabe berge einerseits im Kern die Gefahr in sich, daß der bisherige Ausbildungsbetrieb sich durch Zahlung einer Abgabe seinen Ausbildungspflichten entziehe, meinte Koschnick.

Zum anderen sei die Ausbildungsplatzabgabe kontraproduktiv hinsichtlich des Angebots, das zu Lasten bremischer Betriebe im niedersächsischen Umland entwickelt werde. Der Regierungschef: „Schon heute bilden wir im Land Bremen mehr Jugendliche aus Niedersachsen aus als wir noch ausbildungsplatzsuchende Bremerinnen und Bremer haben."

Und schließlich würde nach Koschnicks Ansicht eine in Bremen isoliert erhobene Ausbildungsplatzabgabe die notwendigen Ansiedlungsbemühungen sehr erschweren. „Aus diesem Grunde bleibe ich für ein bundesweites Vorgehen," meinte der Präsident des Senats.

„Bremische Gewerkschaften mögen das anders sehen." Er, Koschnick, halte es aber nicht für unerträglich, wenn in strategischen Fragen wie in Fragen der Ansiedlungs- und Arbeitsmarktpolitik unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Senat und den Gewerkschaften bestünden.

Doch so wenig die Gewerkschaften ein Anhängsel der SPD seien, so sei der Senat gehalten, seine Position klar zu vertreten. Er sei es nämlich dann, der beschuldigt werde, nicht genügend zur Ergänzung und Modernisierung der Wirtschaft getan zu haben. Und selbst das sei oft nur nach harter Auseinandersetzung zustande gekommen. Koschnick: „Bei Daimler-Benz habe ich jedenfalls oft alleine gestanden!"

Dennoch wollen DGB, IG Metall und Arbeiterkammer einen neuen Vorstoß unternehmen; ihre Gesetzesinitiative war Anfang des Jahres vom Landsparlament verworfen worden. Natürlich war die CDU damals so wie heute dagegen; die SPD enthielt sich im Januar der Stimme.

Die SPD-Fraktion hat für die morgige Sitzung der bremischen Bürgerschaft den Antrag gestellt, einen nicht ständigen Parlamentsausschuß zur „Ausbildungsplatzsituation im Lande Bremen" einzusetzen. Nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten soll der SPD-Fraktionsvize Hermann Stichweh den Vorsitz des Ausschusses übernehmen.

Der DGB-Landesbezirksvorsitzende Karl Neumann erklärte, daß er aus seiner Sicht einem bundesweiten Gesetz den Vorzug geben würde. Der DGB will das Thema über die Bonner SPD-Fraktion im Bundestag zur Sprache bringen. Neumann: „Ich gehe davon aus, daß sich niemand mehr dieser Frage entziehen kann, der Versuch, einen Gesetzesentwurf über die Bundesgremien durchzusetzen, dürfte deshalb nicht völlig aussichtslos sein."

Schotten sich RGW-Staaten von westlichen Märkten ab?

Tagung in Berlin: Ost-West-Handel und Deutschlandpolitik

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Werden die kleineren RGW-Staaten sich unter dem Druck Moskaus und auf Grund ihrer hohen Verschuldung im Westen in Zukunft stärker von westlichen Märkten abschotten? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Konferenz im Berliner Reichstagsgebäude über das Thema „Ost-West-Handel und Deutschlandpolitik".

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, beantwortete die Frage mit einem deutlichen „Nein". Er begründete diese Auffassung damit, daß die Ausstattung der kleineren RGW-Länder mit westlichen Kapitalgütern einen solchen Grad erreicht habe, daß die „Inbetriebhaltung" von Anschlußimporten aus dem Westen unumgänglich sei.

Sprung ging in seinen Ausführungen zur Wirtschaftspolitik in Ost und West auch auf die besondere Situation der „DDR"-Ökonomie innerhalb des östlichen Wirtschaftsblocks ein. Der Warenhandel zwischen der „DDR" und den RGW-Ländern habe eine Struktur wie zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern. 80 Prozent der „DDR"-Exporte in RGW-Länder seien industrielle Fertigwaren. Auf Grund ihrer langen industriellen Tradition im Unterschied zu den anderen RGW-Ländern müsse die „DDR" das Innovationsrisiko weitgehend allein tragen. Diese Situation werde noch dadurch verschärft, daß die „DDR" im Westhandel keineswegs als führendes Industrieland gelten könne. Die exponierte Stellung innerhalb des RGW sowie im Ost-West-Handel habe die „DDR" zu großer Vorsicht veranlaßt.

Ein weniger positives Bild über die Zukunft des Ost-West-Handels zeichnete der Wirtschaftswissenschaftler Heinrich Machowski vom DIW-Berlin. In einem Referat über „Politische und wirtschaftliche Implikationen der Staatsverschuldung im Ostblock" wies Machowski darauf hin, daß die Ursachen der hohen Staatsverschuldung der kleineren RGW-Länder auf die Wachstumsstagnation in den siebziger Jahren zurückzuführen sei.

Man habe geglaubt, durch Kreditfinanzierung die Industrialisierung vorantreiben und damit eine Wachstumsankurbelung durch eine Verstärkung des Westhandels erreichen zu können. Die aus dem Westen importierte Technologie sei aber nicht sinvoll eingesetzt und behandelt worden. Machowski sprach von einer „systembedingten Unfähigkeit", die Möglichkeiten moderner Technologien zu nutzen.

Grüne lehnen Vertrag über Privatfunk ab

AP, Wiesbaden

Die hessischen Grünen lehnen einen Staatsvertrag über Privatfunk auf der Grundlage der Vereinbarung ab, die in der vergangenen Woche von den Ministerpräsidenten der Länder getroffen worden ist. Ihre Landtagsfraktion erklärte gestern, mit der Zustimmung von Ministerpräsident Börner zur Zulassung privater Rundfunkveranstalter sei „die letzte SPD-Bastion gegen den Kommerzfunk gefallen". Der Vertrag bedrohe die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Entgegen den Vereinbarungen zwischen den Grünen und der SPD über die Tolerierung einer SPD-Regierung solle jetzt der Hessische Rundfunk nicht ausgebaut, sondern durch das Verbot von zusätzlicher Werbung, die den Privaten anstandslos erlaubt werde, erheblich geschwächt werden.

CDU stellt Fragen zum WDR-Überschuß

dpa, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische CDU will von der SPD-Landesregierung wissen, ob die Erhöhung der Rundfunkgebühren beim WDR zum 1. Juli 1983 tatsächlich notwendig gewesen ist. Anlaß der parlamentarischen Anfrage des medienpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Helmut Elfring, ist die Jahresabrechnung des WDR, die mit einem Überschuß in Höhe von 176,2 Millionen Mark abschließt (WELT vom 5.10.).

Telegramm Honeckers an den Papst

AP, Berlin

Das SED-Organ „Neues Deutschland" – das ebensowenig wie die anderen „DDR"-Medien den Besuch des polnischen Primas Kardinal Glemp in Ost-Berlin angekündigt hatte – veröffentlichte gestern auf der Titelseite den Wortlaut eines Glückwunschtelegramms des „DDR"-Staats- und Parteichefs Erich Honecker an Papst Johannes Paul II. Dort hieß es, Honecker teile die Besorgnis des Papstes „über die aktuelle Bedrohung des Friedens und die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen zur Verhinderung eines nuklearen Infernos". Der Schluß des Telegramms lautete: „Für ein Wirken zum Wohle des Weltfriedens, der internationalen Entspannung, für Vertrauen und Verständnis zwischen den Staaten und Völkern wünsche ich Ihnen beste Gesundheit und Wohlergehen."

„Nicht mosern, mitmachen"

SPD-Chef Brandt: Bessere Parteistruktur, mehr Beitrag und 50 000 neue Mitglieder

PETER PHILIPPS, Bonn

Der verstorbene Bundestrainer Sepp Herberger wird von SPD-Parteichef Willy Brandt als Kronzeuge aufgeboten: Mit dessen Lehrsatz „Das nächste Spiel ist das wichtigste" läutet er seinen Aufruf „Nicht mosern, sondern mitmachen" im „sm"-Mitgliedermagazin an die Genossen ein. Denn die SPD will in den kommenden Monaten ihre Parteistruktur in Ordnung bringen, um für die großen Wahlauseinandersetzungen – insbesondere 1987 – organisatorisch gewappnet zu sein.

Zu den erheblichen Schwachpunkten der Partei gehört, daß ihre traditionelle Stärke, die basisnahe Präsenz vor Ort, gelitten hat. Das Netz an hauptamtlichen Funktionären, an Geschäftsstellen ist löchrig geworden. Im neuesten Funktionärsrunddienst „intern" wird den Genossen vorgerechnet, daß heute beispielsweise in Bayern den „166 hauptamtlich besetzten Geschäftsstellen der CSU nur ein Viertel der SPD gegenüber stehen". Vor allem der harte Sparkurs des bisherigen Bundesschatzmeisters Friedrich Halstenberg habe auf diesem Feld die SPD „Schlagkraft gekostet". Im gesamten Bundesgebiet verfüge die CDU heute „etwa über ein Drittel mehr Geschäftsstellen als die SPD".

Um hier wieder aufholen zu können, so lautet eine der Begründungen des Halstenberg-Nachfolgers Hans-Jürgen Wischnewski, müßten neue Mitglieder gewonnen werden und die bisherigen freiwillig höhere Beiträge zahlen. Nach einer eindeutigen Niederlage für alle Beitragserhöhungs-Forderungen auf der letzten Organisations-Konferenz der Partei, hat das Parteipräsidium – offiziell nur für die kommenden sechs Monate, voraussichtlich aber auf absehbare Zeit – auf alle Pläne für einen Sonderparteitag verzichtet, der eine neue Beitragsstruktur beschließen müßte. Statt dessen wird an die Parteimitglieder appelliert (und dies in Rechenbeispielen vorgeführt), die besseren steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten für Partei-Beiträge und -Spenden aus dem neuen Parteienfinanzierungsgesetz dafür zu nutzen, einen Teil der Einsparungen an die SPD weiterzuleiten. Außerdem hat der letzte Bundesparteitag in Essen das Ziel vorgegeben, bis Mitte 1985 50 000 neue Mitglieder zu werben. Am 1. Januar soll eine entsprechende große Kampagne dafür gestartet werden. Die Erinnerung an den Rekord von 1972 mit 153 426 Neuaufnahmen soll für Motivation sorgen.

Ein weiteres Mobilisierungs-Instrument, das insbesondere von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz angeregt worden war, ist hingegen vorläufig auf Eis gelegt: Über die Frage einer grundlegenden Reform des traditionsreichen Parteiblattes „Vorwärts" wird erst im Laufe des kommenden Jahres wieder gesprochen werden können. In diesen Tagen ist erst einmal eine Meinungsbefragung unter den Mitgliedern vom „Sinus"-Institut begonnen worden. Darin soll das Interesse der Genossen an der Parteizeitung, aber – noch zukunftsweisender – auch an den Neuen Medien erforscht werden sowie die Bereitschaft, dafür auch finanzielle Opfer zu bringen. In etwa einem Vierteljahr soll, als zweiter Stufe, dann mit daraus entwickelten Modellen eine weitere Meinungsforschung und -findung stattfinden.

„Reden wir offen davon, daß wir Sozialdemokraten sind", unter diesem von Brandt vorgegebenen Motto soll wieder mehr Selbstbewußtsein demonstriert werden. Dazu gehört natürlich, neben dem Abstellen organisatorischer Mängel, auch das, was Brandt-Stellvertreter Hans-Jochen Vogel als das „Zurückgewinnen der Meinungsführerschaft" auf wichtigen Politikfeldern bezeichnet. Ein weiterer Schritt dabei soll eine „Umwelt-kampagne" in der gesamten Partei sein, die morgen von der Parteiführung in Bonn vor einer großen Zahl örtlicher Funktionäre in Bonn gestartet werden wird. In einer „Diskussion mit den Unterbezirksbeauftragten über die praktische Parteiarbeit zum Thema" will Glotz am selben Tag noch die notwendigen, praktischen Handreichungen geben.

Die nächste Themen-Kampagne ist auch bereits terminiert: Nahtlos soll es Mitte November im Bereich Sozialpolitik weitergehen. Die dann hautnah erfahrbaren Kürzungen beim Weihnachtsgeld sollen für die nötige Schubkraft beim Start sorgen.

Glemp und die Sorgen der SED

Polens Primas als Gast von Kardinal Meisner nach Ost-Berlin eingeladen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit einer gewissen Irritation verfolgt die SED-Führung den gestern begonnenen Besuch des Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, in Ost-Berlin. Polens ranghöchster katholischer Geistliche ist zu einer dreitägigen Visite als Gast von Joachim Kardinal Meisner im Ostteil der Stadt eingeladen. Für den Abend war ein Pontifikalamt in der Ostberliner St. Hedwigs-Kathedrale angesagt, bei dem Glemp ein – vermutlich unpolitisches – Grußwort sprechen sollte. Die „DDR"-Sicherheitsbehörden befürchten mögliche Sympathiekundgebungen für den Gast unter den 20 000 polnischen Gastarbeitern in der „DDR". Glemp will für seine Landsleute in einer Stadtrandkirche eine eigene Messe halten.

Die seit längerer Zeit vorbereitete Reise des Kardinals findet offenbar trotz der neuerlich angespannten innenpolitischen Lage in Polen nach der Entführung des oppositionellen und populären Warschauer Pfarrers Jerzy Popieluszko statt. Aus Warschau war zu hören, Glemp verschiebe seine Reise möglicherweise wegen der neuen Situation. Sie stellt den Gegenbesuch für eine Visite von Kardinal Meisner dar, der seinen Amtsbruder im November 1982 in Warschau aufgesucht hatte.

Die Fahrt von Glemp nach Ost-Berlin – das Bistum Berlin umfaßt auch West-Berlin und große Teile der Mark Brandenburg – steht im Zusammenhang mit dem früher geäußerten Wunsch von Papst Johannes Paul II., die Oberhäupter benachbarter Episkopate mögen sich – auch über die politischen Trennungslinien hinweg – so oft wie möglich brüderlich begegnen.

In diese Absicht reihen sich frühere Begegnungen von Kardinal Meisner mit dem Erzbischof von Prag, Kardinal Tomasek, Wiens Kardinal König, Joseph Kardinal Höffner in Köln sowie mit den Bischöfen von Budapest und Kroatien ein.

Von seiten offizieller SED-Gesprächspartner war der katholischen Kirche bedeutet worden, bei Glemps Reise jede Andeutung einer politischen Verwicklung zu vermeiden und dem Gast nahezulegen, in Ost-Berlin keinerlei politische Erklärungen abzugeben. Angesichts der strikten Ferne der katholischen Kirche gegenüber der „DDR"-Obrigkeit liegen spektakuläre Ereignisse am Rande des Glemp-Besuchs auch nicht im Interesse von Kardinal Meisner. Seine mit den Auffassungen des Papstes deckungsgleiche Pro-Vatikan-Kirchenpolitik wird in Ost-Berlin ohnedies in bestimmten SED-Zirkeln beargwöhnt.

Pläne der WHO beunruhigen die Pharmaindustrie

PETER JENTSCH, Bonn

Ginge es nach der internationalen Gesundheitsorganisation WHO in Genf, dann wäre das Ende der forschenden Pharmaindustrie eingeleitet. Auf ihrer Sitzung über die „zweckmäßige Verwendung von Arzneimitteln" hat die WHO auf Initiative Schwedens ihre Absicht bekundet, die marktwirtschaftlich orientierte Rolle der Pharmahersteller von 1986 an zu reglementieren. Das wurde jetzt während der Generalversammlung des Verbandes der internationalen Pharmaindustrie in Paris bekannt, die unter dem Thema stand „Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt".

Gert von Breitenbach, Vorsitzender des Außenhandelsausschusses des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie, wertete gegenüber der WELT die WHO-Sitzung als „Tribunal über die Pharmaindustrie". Breitenbach: „Die nächsten 18 Monate werden über das Schicksal der forschenden Pharmaindustrie in den kommenden 30 Jahren entscheiden."

Der WHO-Pharmakodex, der von der Gesundheitsorganisation noch beschlossen werden muß, sieht unter anderem vor, die Zahl der „notwendigen" Arzneimittel auf insgesamt 248 Spezialitäten zu begrenzen. Das würde bedeuten, daß Ärzte nicht mehr auf Kosten der Krankenkassen individuell verordnen dürften. Zum Nachteil des Patienten: Vertrug er zum Beispiel bisher ein bestimmtes Präparat nicht – etwa durch eine allergische Reaktion –, so konnte ihm der Arzt ein anderes Medikament gleichen Wirkstoffinhalts, aber mit einer ihm verträglicheren Zusammensetzung verschreiben. Diese Möglichkeit schließt der WHO-Kodex aus. Von Breitenbach: „Diese Initiative ist nur zu verstehen aus der ideologischen Grundeinstellung der Initiatoren. Ein derart restriktiv gelenkter Pharmamarkt weist auf das maschinelle Menschenbild der Initiatoren hin."

Darüber hinaus plant die WHO, Arzneimittel nur noch nach einer Bedürfnisprüfung zuzulassen und den Patentschutz für neue Produkte aufzuheben. Das wäre in der Tat das Ende der forschenden Pharmaindustrie, da jeder Staat neue Medikamente durch nationale Hersteller nachahmen lassen könnte. Die Investitionen der forschenden Industrie, die bei deutschen Firmen durchschnittlich 13 Prozent des Umsatzes betragen, würden sich nicht mehr rentieren.

Mit welchen Schwierigkeiten bereits heute hochqualifizierte Pharmahersteller in den Ländern der Dritten Welt rechnen müssen, beweist das Beispiel „Aspirin". In Mexiko und Argentinien muß der deutsche Aspirin-Produzent den Wirkstoff (Azetylsalizylsäure) von nationalen Herstellern kaufen, um ihn dann in Tablettenform auf den Markt bringen zu können. In anderen Entwicklungsländern (z.B. Indien) versucht man, durch Zölle auf Einfuhren die nationale Arzneimittelproduktion selbständig zu machen. Ähnlich arbeitet auch Spanien, das 11 Prozent des Arzneimittelumsatzes von Importeuren kassiert und zum Aufbau einer nationalen Pharmaindustrie verwendet.

Während der Generalversammlung in Paris machte die Industrie auch deutlich, daß die als unzureichend kritisierte Arzneimittelversorgung in den Entwicklungsländern nicht der Industrie angelastet werden könne. Eine der Hauptursachen für die Versorgungsengpässe sei der oft desolate Zustand des Gesundheitswesens in diesen Staaten. So fehlten Ärzte, Krankenhäuser und Einrichtungen zur sachgemäßen Lagerung von Medikamenten, zum Beispiel Kühlketten, damit Impfstoffe nicht verderben. Hinzu komme, daß viele Entwicklungsländer trotz ihrer angespannten Haushaltslage Rüstungsausgaben und teuren Prestigeobjekten Vorrang vor dringend notwendigen strukturellen Verbesserungen des Gesundheitswesens einräumten.

Die deutsche Pharmaindustrie beschäftigt nach Darstellung von Breitenbachs in 86 Entwicklungsländern rund 40 000 Mitarbeiter, davon seien 99 Prozent Einheimische. Durch eigene Tochtergesellschaften und den Transfer von Know-how trage der Industriezweig zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft bei. Zur Zeit plant die deutsche Pharmaindustrie die Einrichtung eines Fonds, mit dessen Mitteln die Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt verbessert werden soll.

Erdgasleitung führt jetzt nach Berlin

dpa, Berlin

Die durch die „DDR" führende Transitleitung für sowjetische Erdgaslieferungen hat am Montag West-Berlin erreicht. Im Stadtteil Buckow stellten „DDR"-Arbeiter einen Mauer-Durchbruch her, durch den anschließend die Erdgasrohre in einem Graben verlegt wurden. Später schlossen Arbeiter die Mauerlücke wieder. Die Bauarbeiten wurden von Grenzsoldaten überwacht.

Der Anschluß an das westliche Rohrnetz soll in einigen Wochen erfolgen. Am 1. Oktober 1985 soll mit der Gaslieferung begonnen werden. Sie beruht auf einem im März 1983 geschlossenen Vertrag zwischen dem sowjetischen Gasproduzenten, dem „DDR"-Kombinat Verbundnetze Energie und der Essener Ruhrgas AG. Das Gas wird über eine Zwischenstation in einen unterirdischen Speicher im Grunewald gepumpt. Für die Erdgasversorgung werden in Berlin rund 36 Kilometer Rohre verlegt. Insgesamt sind Investitionen von 1,42 Milliarden Mark erforderlich.

Koalition berät über Rentenversicherung

hey, Bonn

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP werden auf ihren heutigen Sitzungen über Neuordnungen bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung beraten. Wenn das Kabinett morgen diesen Plänen zustimmt, soll eine entsprechende Gesetzesvorlage am Freitag in erster Lesung behandelt werden.

Nach den bisherigen Überlegungen sollen die Beiträge zur Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte angehoben werden. Damit soll die weitere Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung sichergestellt werden. Parallel dazu sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um den gleichen Satz gesenkt werden, so daß sich die Beitragsleistungen insgesamt nicht erhöhen werden.

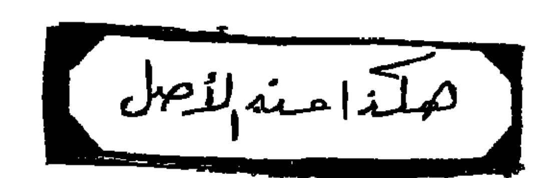
Außerdem sollen ähnlich wie bei der Rentenversicherung auch bei der Arbeitslosenversicherung die staatlichen Leistungen mehr an den Zahlungen ausgerichtet werden, die der Empfänger zuvor geleistet hatte. So sollen über 50jährige Arbeitslose künftig bis zu 18 Monaten Arbeitslosengeld erhalten können. Darin wird unter anderem eine Antwort auf die Strukturprobleme auf diesem Feld gesehen. Denn die Zahl derjenigen, die länger als ein Jahr beschäftigungslos sind, steigt ständig.

Prozeß gegen Kühnen in Frankfurt

rtr, Frankfurt

Der Anfang Oktober von Frankreich an die Bundesrepublik Deutschland ausgelieferte Neonazi Michael Kühnen wird sich vor einem Frankfurter Strafgericht wegen des Vorwurfs verfassungswidriger Propaganda verantworten müssen. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft teilte gestern mit, das Verfahren gegen den 29jährigen ehemaligen Chef der inzwischen verbotenen „Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) werde am 14. November beginnen. Der am 5. Oktober nach der Abschiebung aus Paris auf dem Köln/Bonner-Flughafen festgenommene Kühnen befindet sich seit dem 9. Oktober in der Frankfurter Justizvollzugsanstalt Preungesheim in Untersuchungshaft.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



„Etablierte Parteien innerlich ausgehöhlt“

WELT-Gespräch mit dem ÖVP-Vize, Erhard Busek

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der erdrutschartige Wahlsieg der Grünen in Vorarlberg, ferner die schweren Verluste, die sowohl Sozialisten wie die Österreichische Volkspartei bei den Landtagswahlen im westlichen „Musterländle“ Österreichs hinnehmen mußten, haben den Warnungen eines Mannes vor der Krise der Parteiendemokratien neues Gewicht verliehen: Erhard Busek, Vize-Bürgermeister von Wien, stellvertretender Vorsitzender der ÖVP, galt in letzter Zeit auch in den eigenen christlich-demokratischen Reihen ein wenig als „halbgrüner Außenseiter“. In Wirklichkeit besitzt Busek offenbar jenes politische Gespür für Bewegungen und Gefahren, das manchem Etablierten in den letzten Jahren verlorengegangen ist.

Im Gespräch mit der WELT erwähnt Busek den „Substanzverlust“ und die „innere Aushöhlung“ der etablierten politischen Parteien – auch seiner eigenen. Der Wohlstand habe zu „Korrosionserscheinungen“ am System geführt. Die wirklichen Probleme seinen übertüncht und kaschiert – nicht zuletzt mit einem Sozialsystem, das auf Pump lebe. Die etablierte Politik, so Busek, versuche „Fassaden“ aufrechtzuerhalten. An die Stelle der Präsenz in der Politik trete die Präsenz der Politiker in der Schickeria.

Die Autorität der Politiker sei in allen westlichen Demokratien im Schwinden begriffen, diagnostiziert Busek. Anders als die Generation der Nachkriegspolitiker nach 1945, die zupacken und konkrete Lebensfragen lösen mußte – Trümmerbeseitigung, Wiederaufbau der Wirtschat und Aufbau eines demokratischen Staatswesens –, hätten viele Leute der heute aktiven Generation Veränderungen wie den Technologie-Sprung überhaupt noch nicht begriffen.

Busek meint, daß sich die parteienstaatliche Demokratie in einem dramatischen Wettlauf mit der Zeit befindet. Die Verantwortlichen sähen nicht, was sich um sie herum vollziehe – etwa den Auszug der Jungen aus den traditionellen Parteien. Denn die Verantwortlichen, so Busek, glaubten an ihre eigenen Fassaden. Sie müßten sich ja sonst selber in Frage stellen. Busek wörtlich: „Vor lauter täglichen Terminen und vor lauter dringenden Verpflichtungen kommen die Politiker nicht mehr dazu, diese ernsten Fragen an sich selber zu richten.“

Um alle Mißverständnisse auszuschließen: Busek ist überzeugt, daß es zur parlamentarischen Demokratie keine Alternative gibt. „Alle anderen politischen Formen liegen für mich außerhalb des Spektrums und bedeuten dann meist unendlich viel Leid, wenn nicht sogar Tote und eine gehörige Portion Unfreiheit.“ Aus dieser Erkenntnis heraus wolle er im bisherigen System weitermachen. „Ich sehe ein Hindernis darin, daß die Demokratie verfassungsrechtlich in einem Vehikel des 19. Jahrhunderts fährt“, formulierte der Wiener Vize-Bürgermeister. „Was sich heute in unseren Parlamenten abspielt, ist einfach dem ausgehenden 20. Jahrhundert nicht angemessen.“ Es mache ihn nachdenklich, daß hier weder von der Politologie noch von den Rechtswissenschaften ein gedanklicher Anstoß für Neuerungen komme.

Die zwischen SPÖ und ÖVP in Österreich ausgebrochene Debatte, *wer und wo die politische Mitte im* Lande sei, bezeichnet Busek als unsinnig. Wörtlich sagte er: „Weil man nicht mehr weiß, wo links und rechts ist, redet man sich auf die Mitte heraus.“ Heute gehe es aber längst nicht mehr darum, wer links und wer rechts stehe, sondern vielmehr, wer vorne und wer hinten sei. Und Busek: Die traditionellen Parteien seien heute „hinten“, weil sie hinter der Entwicklung herlaufen, anstatt selber Wege in die Zukunft zu bahnen.

Die Reform müsse, so Busek, beim Bild des Politikers einsetzen. Die Transmission zwischen Politik und Bürger müsse wieder in Gang gebracht werden. „Wenn man den Menschen sagt, was das Verhältnis Amerika/Europa für die Österreicher bedeute oder wie sicher die österreichische Neutralität ist, dann versteht das ein jeder – denn wir haben schon einmal die Russen und die Amerikaner hier im Lande gehabt. Und wenn man nicht abstrakt über die Sozialversicherung spricht, sondern die Frage stellt: Können wir uns dieses System noch leisten oder sollte nicht der Bürger selber etwas für seine eigene Vorsorge machen – dann versteht das auch jedermann.“ Das sei bereits die „Übersetzung“ von der Politik zum Staatsbürger.

Ist die deutsche Nation historisch überholt?

Kontroverse Tagung des „Arbeitskreises Deutscher Bildungsstätten“ in der Europäischen Akademie Berlin

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Über fehlendes Geschichtswissen der Jugend und weitgehende Unkenntnis über die Problematik der ungelösten deutschen Frage wird schon seit längerer Zeit geklagt. Diesem Defizit steht ein wachsendes Interesse in der deutschen Jugend an der eigenen nationalen Geschichte und an der Situation im geteilten Deutschland gegenüber.

In dieser Situation gewinnt die deutschlandpolitische Bildungsarbeit in den Schulen und Erwachsenenbildungsstätten an Gewicht. Das Geschichtsbild, das den Jugendlichen dort vermittelt wird, die Art und Weise, in der die Probleme des geteilten Deutschland dargestellt werden, ist von nicht zu unterschätzender politischer Bedeutung. Vor allem von dieser Generation wird es abhängen, ob die deutsche Frage weiterhin offen bleibt oder nicht.

Eben dieses Thema wurde vor kurzem auf einer Tagung des „Arbeitskreises Deutscher Bildungsstätten“ in der Europäischen Akademie in Berlin kontrovers diskutiert. Schon bei der Aussprache über das einleitende Thema „Ist die deutsche Nation historisch überholt, nur noch eine Fiktion oder zukunftsweisendes politisches Ziel?“ war nicht zu überhören, daß die überwiegende Zahl der Teilnehmer eine Wiedervereinigung des geteilten Deutschland nicht als eine realistische politische Zielsetzung und teilweise auch gar nicht als erstrebenswertes Ziel betrachtet. Aufschlußreich war dabei, daß aus dem Auditorium immer wieder der italienische Außenminister Giulio Andreotti mit seiner umstrittenen Äußerung, daß es zwei deutsche Staaten gäbe und daß es auch in Zukunft so bleiben solle, als Kronzeuge für die angeblich nicht mehr offene deutsche Frage zitiert wurde.

Zwar gab es auch Widerspruch gegen eine so einseitige Auffassung, die in eklatantem Widerspruch zum deutschlandpolitischen Bildungsauftrag der anwesenden Pädagogen und Erzieher stehen dürfte. Doch die kritischen Stimmen gingen unter im lautstarken Chor aller derjenigen, die offensichtlich das Ziel einer Überwindung der Teilung Deutschlands abgeschrieben haben.

Ein Alarmzeichen

Bei einer abschließenden Diskussion mit Politikern erhielt der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Dirk Schneider, der sich für die völkerrechtliche Anerkennung der „DDR“ mit der Konsequenz der Erhebung der Ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin in den Rang von Botschaften aussprach, den stärksten Beifall aus dem Auditorium.

Am Rande der Tagung wurde diese Haltung der Mehrzahl der Teilnehmer von Pädagogen, die ihren deutschlandpolitischen Bildungsauftrag im Sinne des Auftrages der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland zur Wiederherstellung der Einheit in Frieden und Freiheit verstehen, als ein Alarmzeichen gewertet. Der „Marsch durch die Institutionen“ habe sich in wichtigen Bereichen der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit offensichtlich unbemerkt von der Öffentlichkeit vollzogen.

Erstaunen wurde vor allem darüber geäußert, daß das Angebot einer kritischen Auseinandersetzung mit der Gesamtproblematik der deutschen Teilung, das in einem ausgewogenen Tagungskonzept mit Referenten aus den verschiedenen politischen Richtungen in der Bundesrepublik dargelegt wurde, von der Mehrzahl der Tagungsteilnehmer offensichtlich nicht angenommen worden sei. Man müsse davon ausgehen, daß die von der Mehrzahl der Tagungsteilnehmer vertretene Auffassung, daß die Überwindung der Teilung Deutschlands nicht möglich sei auch in der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit weitergegeben werde. Zum Teilnehmerkreis, der sich aus Lehrern an Schulen, Leitern von Volks- und Heimvolkshochschulen sowie aus Erziehern zusammensetzte, die in der Erwachsenenbildung und der politischen Bildungsarbeit tätig sind, wurde vermerkt, daß es sich hier um einen guten Querschnitt des Spektrums der deutschlandpolitischen Bildungsinstitutionen handelt.

Zum Programm der Tagung in der Europäischen Akademie in Berlin gehörte auch eine Fahrt in den Ostteil der Stadt, die dazu dienen sollte, sich an Ort und Stelle über die Situation im anderen Teil Deutschlands zu informieren. Auch zum Verlauf dieser Reise wurden kritische Stimmen am Rande der Tagung laut. Man habe festgestellt, daß von Teilnehmern dieser Fahrt die Tatsache einfach nicht zur Kenntnis genommen worden sei, daß man es im anderen deutschen Staat mit einem totalitären Herrschaftssystem zu tun habe, während die Bundesrepublik ein freiheitlicher Rechtsstaat sei.

Interesse an Geschichte

Am Ende der Tagung drängte sich die Frage auf, ob nicht eine zunehmend kritische Jugend, die sich in wachsendem Maße für die eigene Geschichte und die Probleme der deutschen Teilung interessiert, ein Recht darauf hat, in unvoreingenommener Weise und sachlicher Nüchternheit über die unterschiedlichen Positionen aller politischen Richtungen in der Bundesrepublik zu deutsch*landpolitischen Fragen informiert zu* werden? Nur so kann sich die Jugend in kritischer Abwägung der unterschiedlichen deutschlandpolitischen Auffassungen ein eigenes Urteil bilden. Eigentlich sollte dies für jeden Pädagogen eine Selbstverständlichkeit sein.

SPD-Prominenz als ungeliebte Glieder einer Kette

PETER PHILIPPS, Bonn

Liebe war es ohnehin nie, was die Friedensbewegten für die großen Namen aus der SPD empfanden. Aber zumindest hat man in würdiger Distanz die Hilfe von dort auch nicht zurückgewiesen – weder die prominenten Unterschriften unter Aufrufen noch die Spenden. Und am vergangenen Wochenende mußte die Friedensbewegung sogar ein wenig dankbar sein. Denn ohne die nährende Brust der alten Mutter SPD wäre die „Menschenketten“ noch brüchiger und mit weniger Gliedern versehen gewesen.

Parteichef Willy Brandt selbst, gerade von einer Mittel- und Südamerika-Reise zurückgekommen, reihte sich in seinem Wohnort Unkel am Rhein in die Reihe der Demonstranten ein, während „Enkel“ Oskar Lafontaine zum Bonner Hofgarten als Redner der Abschlußkundgebung fuhr.

Die Liste führender Sozialdemokraten, die sich als Glieder der nicht zustandegekommenen Menschenkette fühlten, reicht von A wie dem Bundestagsabgeordneten Robert Antretter bis W wie Inge Wettig-Danielmeier, der Vorsitzenden der SPD-Frauenarbeitsgemeinschaft.

Natürlich waren auch die Parteivorstandsmitglieder Erhard Eppler und Hertha Däubler-Gmelin in baden-württembergisch-landsmannschaftlicher Verbundenheit dabei, ebenso Karsten Voigt, Björn Engholm, Peter Paterna, Peter Conradi und Alfred Emmerlich. Die Präsenz der Bundestagsabgeordneten war größer als bei mancher Parlamentssitzung.

Doch es reichte nicht, die Organisatoren mußten enttäuscht erkennen, daß sich die Emotionen der Anti-Nachrüstungskampagne nicht beliebig lange konservieren ließen. Und die Distanz zur SPD, die Furcht vor der Vereinnahmung der Friedensbewegung durch eine Partei, ist eher noch größer geworden.

In einem Gespräch mit der alternativen „Tageszeitung“ (taz) wird von Demonstranten deshalb auch nicht nur beweint, daß es „keine Mobilisierung“ gegeben habe, die „sich gegenseitig aufgeschaukelt“ hätte; es wird auch angekündigt, daß „wir weiter dagegen kämpfen wie bisher“, sich „aus lauter Angst in die Arme der SPD“ zu werfen.

„Die Sozialdemokratisierung ist im Moment wirklich eines der brisantesten Themen in der Friedensbewegung“, sagt dort einer der Demonstranten. „Sogar der frühere Konsens gegen die Nachrüstung bricht auf, indem Forderungen auftauchen wie 'Stopp mit der Stationierung“, wo die bereits stationierten Raketen vergessen bzw. zum Verhandlungspotential gegenüber der SU gemacht werden – eine SPD-Neuauflage der Nachrüstung.“

In diesem kritischen Klima gegenüber der SPD bleibt selbst der voraussichtliche Auftritt von Brandt auf einer Nicaragua-Demonstration am 4. November in Bonn in der Friedensbewegung umstritten.

Traditionalisten: Dekret Roms ist Schritt zur Wende

AP/APF, Rickenbach

Als „ersten Schritt“ zu einer deutlichen Wende in der verhängnisvollen Entwicklung der Kirche“ hat die traditionalistische Priesterbruderschaft „St. Pius X.“ das jüngste Dekret des Vatikans bezeichnet, das die Messe nach altem Ritus in beschränktem Umfang wieder zuläßt. Obwohl die Bewegung des Erzbischof Lefebvre, die im Dekret formulierten Bedingungen als „unannehmbar“ charakterisiert hatte, heißt es auch in einer Erklärung der Traditionalisten, das Dekret sei „ein großer Gewinn für das kirchliche Leben und das ewige Heil der Seelen“. Priester und Gläubige, die bisher durch einen „falschen Gehorsamsbegriff der neuen Messe anhingen“, könnten nunmehr „zum überlieferten Meßopfer zurückkehren“, fährt die vom deutschen Pater Franz Schmidberger unterzeichnete Stellungnahme fort. Der Deutsche hatte 1983 Lefebvre in dessen Amt als Generaloberer der Bruderschaft abgelöst. Auch Lefebvre zeigte sich über den neuen Standpunkt Roms „sehr glücklich“, weil sich ein Ende des Klimas „der Verfolgung“ andeute.

Neue Spannungen zwischen Syrien und Jordanien

DW. Amman

Seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Amman und Kairo Ende vergangenen Monats haben die Spannungen an der Grenze zwischen Syrien und Jordanien zugenommen. Damaskus protestiert seither vehement gegen die politische Aufwertung Ägyptens.

Zu Konflikten an der syrisch-jordanischen Grenze war es bereits am 5. September gekommen, nachdem es einer Gruppe Strafgefangener gelang, aus einem syrischen Gefängnis zu entkommen und in Jordanien Zuflucht zu suchen. Die Inhaftierten gehören der in Syrien verbotenen „Moslem-Bruderschaft“ an. Ein Ersuchen der syrischen Regierung, die Gefangenen auszuliefern, wurde von Amman abgelehnt. Im Gegenzug hatte Damaskus jordanischen Studenten und Touristen die Einreise nach Syrien verweigert. Parallel dazu setzten Spannungen an der Grenze ein.

Der staatliche syrische Rundfunk rief zu einer Aktion gegen „den neuen Sadat in unserer Region“ auf. Daraufhin intensivierte der jordanische Geheimdienst seine Hilfe für die im Untergrund wirkenden Zellen der Moslem-Brüder in Syrien. Nach Informationen aus Amman scheint Jordanien entschlossen zu sein, diese Unterstützung in dem Ausmaß zu steigern, wie Damaskus die Spannungen an der syrisch-jordanischen Grenze erhöht. Nach Berichten aus diesen Quellen haben Kuriere der „Moslem-Brüder“ bereits Waffen und Sprengstoff in erheblichen Mengen von Jordanien nach Syrien geschmuggelt. Ebenso soll Amman auch mehrere Führer der Moslem-Brüder im Exil mit erheblichen Zahlungen unterstützen.

In diesem Zusammenhang scheint es erwähnenswert, daß der erste Botschafter Jordaniens in Kairo, Kamal Sharif, selber als einer der Führer der „Moslem-Brüder“ gilt.

Zwischen Syrien und Jordanien ist es in der Vergangenheit bereits öfter zu Konflikten gekommen. Grund sind die großsyrischen Bestrebungen der jeweiligen Regierungen in Damaskus. Traditionelles politisches Ziel der syrischen Politik ist die Beherrschung Libanons, Palästinas und Jordaniens. Gelegentliche Arrangements zwischen Amman und Damaskus haben Syrien dieses langfristige politische Ziel dennoch nicht aus den Augen verlieren lassen.

Bob Hawke setzt wieder auf seine Popularität

W. MÜLLER, Melbourne

Schon achtzehn Monate nach seinem überragenden Wahlsieg bittet der australische Regierungschef Bob Hawke die Wähler des fünften Kontinents erneut, ihm bei vorgezogenen Wahlen zum Bundesparlament in Canberra das Vertrauen auszusprechen. Daß der Sieger der Wahl am 1. Dezember Bob Hawke heißt, bezweifelt im Lande niemand ernsthaft.

Der agile Regierungschef steht hoch in der Gunst der Öffentlichkeit. Daran kann auch das verzweifelte Bemühen des glanz- und glücklosen Oppositionsführers Andrew Peacock nichts ändern. Angesichts dieser für die Regierung so glücklichen Umstände fragt man sich: Warum denn überhaupt Neuwahlen?

Die politische Bilanz der Labour-Regierung von Bob Hawke kann sich durchaus sehen lassen. Gleich



nach seinem Wahlsieg im vergangenen Jahr hatte der ehemalige Gewerkschaftsboß seine Politik der nationalen Versöhnung in die Tat umgesetzt. Getragen von einer beispiellosen Popularitätswelle zwang der neue Regierungschef Gewerkschaften und Arbeitgeber in einen landesweiten Lohn- und Preisakkord, der das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft des Landes wiederherstellte. Trotz der Kritik des linken Labourflügels an der die Gewerkschaften bindenden Lohndisziplin, hat das Übereinkommen bisher gehalten. Die Zahl der Streiks in Australien fiel zurück, die Konjunktur faßte langsam wieder Tritt, Auslandskapital kehrte an die australischen Börsen zurück, und auch die Inflationsrate zeigte rückläufige Tendenz.

Doch am politischen Himmel Australiens hängen auch viele Wolken. Politische Skandale um den Machtmißbrauch einzelner Regierungsmitglieder, der zweimalige Rücktritt und die jeweils folgende Rehabilitierung ein und desselben Ministers innerhalb von zwölf Monaten haben der Popularität der Führungsmannschaft in Canberra die Spitze genommen. Hinzu kommt der spektakuläre Vorwurf der Opposition im Parlament, der Regierungschef begünstige skrupellose Verbrecher und Heroinhändler. Bob Hawke brach angesichts dieser Anschuldigungen bei einer Pressekonferenz weinend zusammen und gestand, daß seine Tochter, deren Ehemann und selbst sein Enkel, ein Kleinkind, rauschgiftsüchtig seien. Hilfe scheint dabei für die Tochter des Regierungschefs kaum noch möglich, denn Ärzte geben ihr nur noch wenige Monate zu leben.

Auf wirtschaftlichem Gebiet mehren sich die Anzeichen für eine härtere Konfrontation. Führende Gewerkschaften wollen an dem bewährten Lohn- und Preisakkord nicht länger festhalten. Sie verlangen Lohnzuschläge, die sich an der guten Profitlage einzelner Schlüsselindustrien wie Banken, Bergbau und Bauwirtschaft orientieren. Doch eine Entscheidung wird zunächst für die desolate Automobilindustrie Australiens erwartet. Veraltete Produktionsanlagen, überholte Technik und zu viel Personal, so lautet die Diagnose der Misere, und diese Aussage gilt auch für die zahlreichen Zulieferbetriebe. Die drastische Reorganisation wird nicht ohne Verlust von Arbeitsplätzen abgehen, doch gerade hier berührt die Regierung einen empfindlichen Nerv. Denn trotz der gegenwärtig beflügelten Wirtschaftslage befinden sich nach wie vor zehn Prozent der Berufstätigen ohne feste Anstellung, und es ist ein offenes Geheimnis, daß die mächtigen Gewerkschaften sich jeder Reorganisation, die Arbeitsplätze kostet, widersetzen werden.

Die Parteilinke will dagegen den Uranbergbau stillegen. Hier sieht Bob Hawke eine Möglichkeit für zukünftiges Wirtschaftswachstum. Im vergangenen Jahr mußten die australischen Kohlegruben im Handel mit Japan Preisabstriche hinnehmen, und dieser Trend setzt sich in diesem Jahr fort. Das Problem des Uranabbaus betrifft selbst die Außenpolitik. Jeder Besuch nukleargetriebener Flotteneinheiten aus den USA oder Großbritannien führt zu lautstarken Protesten der Labourlinken und zur Weigerung der Hafengewerkschaften, die Schiffe zu Reparaturarbeiten andocken lassen. Regierungschef Bob Hawke dagegen verfolgt, im Gegensatz zu seinem Außenminister und der Parteilinken, einen deutlich proamerikanischen Kurs.

Konturen einer neuen Initiative für Nahost

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der Vorsitzende der Rumpf-PLO, Yassir Arafat, hat bei einem Zwischenstopp in Quatar Einzelheiten eines neuen amerikanischen Nahost-Plans enthüllt. Sie wurden von Radio Kuwait weitergeleitet. Der Vorschlag sei jedoch sowohl von Jordanien als auch von der PLO abgelehnt worden, sagte der PLO-Chef. Der Plan handele von der Zukunft des Westjordanlandes unter einer zivilen Verwaltung, einem Siedlungsstopp für Israel und einer möglichen Benutzung des israelischen Hafens Haifa für Jordanien.

Unterwegs ist auch der jordanische Kronprinz Hassan. Er traf mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak zusammen, um eine geplante gemeinsame ägyptisch-jordanische Friedensinitiative für den Nahen Osten zu erörtern. Mubarak empfing gestern auch den italienischen Verteidigungsminister Spadolini, während der britische Verteidigungsminister Heseltine in Amman Gespräche mit dem jordanischen Generalstab aufnahm. Vor Heseltine hatte bereits sein französischer Amtskollege Hernu die Möglichkeiten umfassender Rüstungskäufe in Amman erörtert.

Politische Beobachter sehen in der „hektischen Reisediplomatie“ zwischen Europa und dem Vorderen Orient sowie in Nahost selbst Anzeichen für die Vorbereitung einer breitangelegten ägyptisch-jordanischen Initiative mit europäischem Beistand. In diesem Zusammenhang steht offenbar auch die ausgedehnte Europareise, die der ägyptische Präsdent in dieser Woche beginnt, und die ihn nach Paris, Bonn, Lissabon und Athen führt. Ebenfalls in diesem Zusammenhang sehen die Beobachter die angekündigte Syrien-Reise des französischen Präsidenten Mitterrand. Abgesehen von der Fragwürdigkeit europäischer Nahost-Politik, die nur in Ergänzung der amerikanischen einen Sinn habe, weisen westliche Diplomaten darauf hin, daß im Vorfeld einer solchen Initiative die Frage der Repräsentation der Palästinenser geklärt werden müsse. Arafat könne zwar Einzelheiten über Nahost-Pläne verbreiten, angesichts der Zerstrittenheit seiner Organisation jedoch nicht für die Gesamtheit der Palästinenser sprechen. Auch sei noch unklar, wie einige Länder der Ablehnungsfront, insbesondere Syrien und Libyen, sich zu diesen Plänen stellen.

Warum Lissabon darauf besteht, von Bonn drei Fregatten zu bekommen

Portugals Bedeutung für das Atlantische Bündnis / Ohne die Azoren geht es nicht

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Es liegt im portugiesischen Wesen, einem heftig empfundenen Wunsch durch Dauer und Hartnäckigkeit seines Vortrages eine gewisse Realität zu geben. Nicht anders läßt sich die portugiesische Vorstellung erklären, daß die Bundesrepublik Deutschland dem NATO-Partner Portugal drei moderne Fregatten finanzieren soll. Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher mußte bei seinem kürzlichen Besuch in Lissabon mehrfach auf das Utopische dieses Verlangens hinweisen.

Bonn leistet in Portugal einen jährlichen Verteidigungsbeitrag von 45 Millionen Mark; zu 80 Prozent in Form neuer Waffen und zu 20 Prozent als gebrauchtes Gerät aus Bundeswehrbeständen. Die Portugiesen möchten gerne das Verhältnis auf 95 Prozent zu 5 Prozent ändern. Darüber kann man verhandeln. Auch über die künftige Nutzung des Luftwaffenstützpunktes Beja im Alentejo wird man verhandeln – wenn es soweit ist, also 1988 etwa.

Zweifellos braucht Portugal zur Erfüllung seiner Aufgaben im Rahmen der atlantischen Verteidigung atlantikfähige Fregatten, die auch bei Winterstürmen die Verbindung zwischen dem Kontinent und den Azoren aufrechterhalten können. Nach portugiesischen Rechnungen müssen für die drei Fregatten des deuschen Meko-Systems 780 Millionen Mark aufgewandt werden. Nur 110 Millionen Mark können die Portugiesen beitragen.

Da die USA für ihren Stützpunkt auf den Azoren beträchtliche Summen auch zur Unterstützung der portugiesischen Wirtschaft zahlen, setzte sich in Lissabon der Gedanke fest, hier müsse vornehmlich Deutschland einspringen. In Bonn aber müssen neben den reinen Baukosten auch die Folgekosten berechnet werden, die aus dem technologischen Service entstehen. Das beginnt bei der Wartung der hochkomplizierten Elektronik an Bord, geht über die Beseitigung eventueller Seeschäden bis in die Reparaturwerkstätten der portugiesischen Werften. Ein Schiff muß immer im Zusammenhang mit dem Entwicklungsstand der Industrie des Hinterlandes betrachtet werden.

Der unschätzbare Wert des portugiesischen NATO-Beitritts liegt vor allem in der geostrategischen Lage der Azoren und des Madeira-Archipels begründet. Das geht weit über die direkte Verbindung USA-Europa hinaus. So wäre eine Unterstützung in der Golf-Region in Krisenzeiten ohne die Zwischenlandung amerikanischer Transport-Luftflotten auf den Azoren nicht möglich.

Im Yom-Kippur-Krieg konnte das Ost/West-Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer nur durch die Nutzung der Azoren erhalten werden. Damals lehnten es die europäischen NATO-Mitglieder – auch die Bundesrepublik – ab, den Nachschub für die israelische Armee über Flughäfen auf dem europäischen Kontinent zu sichern. Nur die sofortige Freigabe der Azoren durch die portugiesische Regierung stellte den Nachschub sicher und bannte so die Gefahr eines Zusammenbruches unseres Verteidigungssystems im östlichen Mittelmeer. Denn dieses würde ohne Israel nicht funktionieren.

Das Azoren-Archipel bildet den nördlichen Eckpfeiler im strategischen Dreieck Azoren/Kanarische Inseln/Straße von Gibraltar. Gleichzeitig aber ist das Archipel Angelpunkt eines zweiten, nach Norden führenden Dreiecks: Azoren/Irland/Brest. Die für die atlantische Konzeption entscheidende Bedeutung dieser portugiesischen Inselgruppe liegt auf der Hand. Und niemand im Bündnis würde auf den Gedanken kommen, die Überwachung dieses Seeraumes zwischen der iberischen Halbinsel und den Atlantik-Inseln allein den Portugiesen zuzumuten. Die Aufgabe teilen sich vor allem die amerikanische und die französische Marine – auch wenn die Franzosen offiziell nicht der militärischen NATO-Struktur angehören.

Die erwünschte Einbeziehung der Kanarischen Inseln in die NATO-Ära, wie sie von spanischer Seite gelegentlich gefordert wird, muß in diesem Zusammenhang als eine logische Ergänzung betrachtet werden. Zur Debatte steht sie aber erst nach der endgültigen Fassung des spanischen NATO-Beitritts. Gewiß wird die spanische Marine schon seit Jahren zur Überwachung des Seeraumes zwischen den Kanaren und der Straße von Gibraltar mit einbezogen. Auf das Seegebiet zwischen Madeira und den Azoren aber wirkt sich das nicht aus.

Wenn jetzt die portugiesische Marine mit drei Fregatten zur Überwachung dieses wichtigen Seegebietes vor den Toren Europas einen Beitrag leisten will, dann muß die Frage nach der Effektivität gestellt werden. Und diese Frage wird im wesentlichen von den elektronischen Zentralen der einzelnen Schiffe beantwortet, wie Fachleute immer wieder betonen. Eine störanfällige Einrichtung aber ließe zu viele Lücken offen. Auch kann man kaum dem Vorschlag von Staatspräsident General Eanes folgen, der gesprächsweise meinte: „Es müssen ja nicht die kompliziertesten Fregatten sein.“

Rumäniens Handel faßt wieder Tritt

Besuch auf der Herbstmesse in Bukarest / Ein leichter Hauch von weiter Welt

CARL G. STRÖHM, Bukarest

An der großen Messehalle prangt das Portrait des „Conducators“ Ceausescu. Links und rechts zwischen rumänischen und roten Fahnen sieht man immer wieder große Poster: der Partei- und Staatschef mit Ehefrau Elena bei der Eröffnung des Donau-Schwarzmeer-Kanals – und darüber die Parole, die den ersten Mann Rumäniens bereits zu Lebzeiten zu einer historischen Monumentalfigur hochstilisiert: „Rumäniens Errungenschaften in der Epoche Ceausescu“.

Wer die Bukarester Herbstmesse betritt, bekommt somit gleich zu Beginn einen deutlichen politischen Anschauungsunterricht über die Machtverhältnisse im Lande. Scharen von Besuchern, Schülern in ihren blauen Uniformen, biederen Bauersleuten und einfachem Volk umlagern vor allem den Pavillon der Bundesrepublik, in dem neben großen Firmen auch mittelständische und kleine Unternehmen vertreten sind. Rumäniens Wirtschaft ist immer noch – oder schon wieder – auf den deutschsprachigen Raum orientiert. Die Bundesrepublik, Österreich und die „DDR“ sind Anziehungspunkte dieser Messe. Der zweite deutsche Staat wartet mit einer Elektronik- und Computer-Ausstellung auf, die bei den Rumänen offensichtlich Eindruck macht.

Die Sowjetunion hat einen Mammut-Pavillon, aber was hier gezeigt wird, ist mehr Show als handfeste Handelsware. Die Westeuropäer – Großbritannien, Frankreich – sind relativ schwach vertreten. Die USA hat nur eine Mini-Ausstellung, in der so gut wie nichts zu sehen ist. „Die Deutschen beiderseits der Ost/West-Linie und die Deutschsprachigen spielen hier die erste Geige“, meint ein ausländischer Aussteller.

Im bundesdeutschen Pavillon gibt man sich gedämpft optimistisch. Während der deutsch-rumänische Handel zwischen 1980 und 1983 einen drastischen Rückgang erlebte – teils wegen der allgemeinen Krise, dann aber auch wegen der strikten rumänischen Spar- und Einschränkungsmaßnahmen, ist der Warenverkehr zwischen beiden Ländern von Januar bis August 1984 wieder angestiegen – und zwar um 18,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr, was die deutschen Lieferungen an Rumänien betrifft. Die rumänischen Lieferungen in die Bundesrepublik haben in der gleichen Zeitspanne 588 Millionen Mark erreicht – eine Zunahme um 35 Prozent.

Das verbesserte Wirtschaftsklima läßt sich auch an der verstärkten Beteiligung deutscher Firmen an der Bukarester Messe erkennen. Vorsichtig optimistisch wird vor allem darauf verwiesen, daß der Anteil der Fertigwaren am gegenseitigen Handel recht hoch ist: Rumänien exportiert demnach 76 Prozent Fertigwaren in die Bundesrepublik – und die Bundesrepublik liefert zu 78 Prozent gleichfalls Fertigwaren nach Rumänien. Das lasse auf gute und ausgewogene Zukunftsperspektiven schließen, weil hier das Schema „Fertigwaren gegen Rohstoffe“ durchbrochen worden sei.

Die steigenden Exporte Rumäniens in die Bundesrepublik seien überdies ein Indiz, daß gewisse rumänische Waren auf dem deutschen Markt ankommen. Der rumänische Wunsch nach Kompensationsgeschäften wirke sich zwar ziemlich hemmend aus, doch sei bei manchen Erzeugnissen, für die es keine ernsthaften Konkurrenten gebe, vereinzelt auch ein Durchbrechen dieser Regel durch die Rumänen feststellbar. Der Bundesrepublik, aber auch der „DDR“ komme die „breite Palette des Angebots“ und die Qualität ihrer Produkte sehr zugute. Das sei der Grund für das recht gute deutsche Abschneiden in Bukarest.

Während die Bundesrepublik Filme über Umweltschutz vorführt, hat der andere deutsche Staat an die Stirnwand seiner Ausstellung ein übergroßes Bild der Wartburg montiert, die als historische Sehenswürdigkeit Thüringens angepriesen wird. Am Eingang sieht man ein Foto, das Ceausescu mit Honecker in freundschaftlicher Umarmung zeigt.

Die Bukarester, an Schlangestehen und dunkle Nächte in wenig beleuchteten Straßen gewohnt, genießen die kleine weite Welt, die sich ihnen hier auftut.

Khomeinis Hilfe gilt nur den Hasaras

Die Rolle der Schiiten in Afghanistan / Einig im Kampf gegen die Sowjets

WALTER H. RUEB, Bonn

Über eine Million Afghanen sind vor Bombenangriffen, sowjetischen Greueln, Hunger und Unterdrückung durch das kommunistische Karmal-Regime nach Iran geflüchtet, Zehntausende jedoch kehrten dem westlichen Nachbarland wieder den Rükken, weil sie jenseits der Grenze weder Unterstützung und Geborgenheit noch Arbeit und politische Freiheit fanden.

Im Herzen von Afghanistan aber genießt der Widerstand gegen die sowjetische Aggression zunehmend militärische, finanzielle, politische und moralische Unterstützung seitens Irans. Der Grund ist die Religion: Im Hasaradschat, den zentralen Gebirgsregionen Afghanistans westlich von Kabul und entlang des Flusses Hilmend, lebt die Mehrzahl der afghanischen Schiiten. Sie repräsentieren nur acht Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes – 91 Prozent der Afghanen sind Sunniten, ein Prozent Hindus –, doch sie bekennen sich als Schiiten zu der Richtung des Islam, der auch Irans Revolutionsführer Khomeini angehört.

Zwar sagte der ehemalige afghanische Ministerpräsident Mohammed Yussof zur WELT, daß es im Prinzip zwischen den beiden Richtungen des Islam keine großen oder gar fundamentalen Unterschiede gebe, doch wird seit einiger Zeit immer deutlicher erkennbar, daß Teheran Hilfe und Unterstützung fast ausschließlich schiitischen Afghanen zukommen läßt.

Mit Unterstützung Teherans hat sich im Hasaradschat nach Berichten der Nachrichtenagentur AFP eine proiranische Schiiten-Organisation zur beherrschenden ideologischen, politischen und militärischen Kraft entwickelt. Ein französischer Journalist behauptete sogar, die Region mit einer Million Einwohner drohe in Kürze unter Kontrolle der iranischen „Armee der Revolutionswächter“ zu geraten. Mohammed Yussof: „Ich bezweifle, daß Khomeini persönlich dahintersteckt. Wir verhehlen jedoch nicht, daß wir über jede Art von Unterstützung und Hilfe gegen den sowjetischen Aggressor dankbar sind.“

Im Hasaradschat sind nach Angaben von Afghanen, die aus der schwer zugänglichen Bergregion mit vielen bis zu 3800 Meter hohen Gipfeln nach Pakistan kamen, viele iranische Berater tätig. Diese sorgen unter den Mudschahedin für Disziplin und erhöhten Einsatz im Kampf gegen die Rote Armee, aber auch dafür, daß die weniger Iran-hörigen Widerstands-Organisationen an Bedeutung verlieren. Der Einfluß der traditionalistischen Mullahs und örtlichen Notabeln werde mehr und mehr abgebaut, vor Propaganda und Gewalt oft nicht zurückgeschreckt, und selbst Überfälle auf Machtzentren der ideologischen Gegner kämen vor.

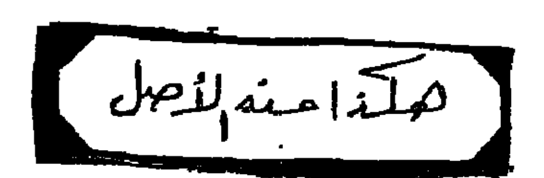
Ein weiterer Franzose berichtete von einer wachsenden Zahl von Khomeini-Porträts an Moscheen im Hasaradschat, vom Ersatz antisowjetischer Parolen auf öffentlichen Plätzen durch antiamerikanische und behauptete, daß proiranische Organisationen der Afghanen sogar die Grenzübergänge in das westliche Nachbarland kontrollierten.

Die Militanz der Schiiten schreckte im pakistanischen Peschawar verschiedene afghanische Partei- und Guerrillaführer auf. Sie appellierten an die moslemischen Glaubensbrüder in Teheran, allen Afghanen Hilfe zukommen zu lassen und die Parteien ohne Unterschied mit Waffen, Munition, Geld, Nahrungsmitteln und Medikamenten zu versorgen.

Angeblich unternahm der fundamentalistische Guerrillaführer Gulbuddin Hekmatyar sogar eine Reise nach Teheran, um die Dinge ins Lot zu bringen. Der legendäre Führer von Hezbi Islami I., dem man nachsagt, er stehe dem Khomeini-Regime ideologisch am nächsten und der wegen seiner Strenggläubigkeit von den moderaten Afghanen abgelehnt und gar bekämpft wird, soll jedoch mit leeren Händen aus Iran ins pakistanische Exil zurückgekehrt sein.

Mohammed Yussof widersprach der von zahlreichen Beobachtern geäußerten Befürchtung, im Hasaradschat, das seit Jahrhunderten die ärmste Region seines Landes sei, versuchten die mongolischstämmigen Hasaras – sie sind mit einer Million Menschen nach Paschtunen und Tadschicken die drittgrößte afghanische Volksgruppe – eine islamische Gesellschaft nach iranischem Vorbild zu schaffen. Yussof sagte: „Hier geht es einzig und allein um den Kampf des afghanischen Volkes gegen die Sowjets. Im Hasaradschat kämpfen nicht Schiiten allein für ihren Glauben, sondern Afghanen für Freiheit und Unabhängigkeit.“

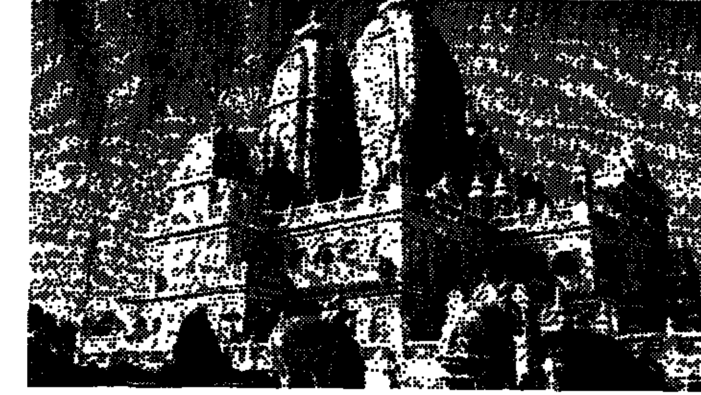




Wer nicht sooft Halt macht, kommt schneller ans Ziel: mit Lufthansa nach Fernost.



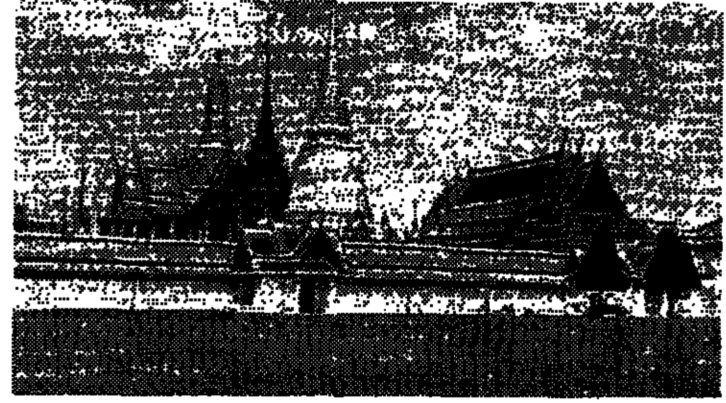
Nonstop nach Karachi in 7 Std. 20 Min.



Nonstop nach Delhi in 8 Std. 15 Min.



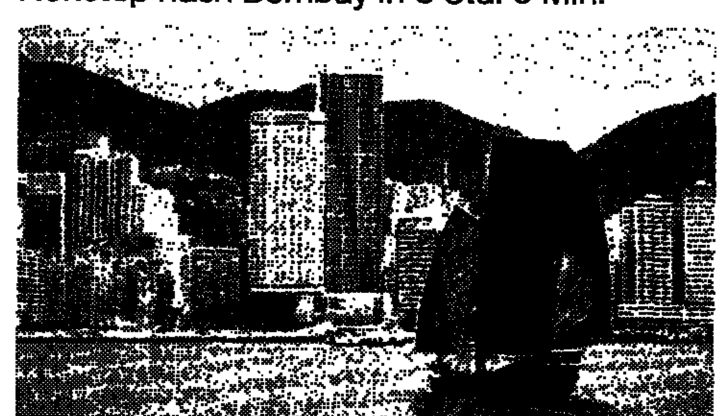
Nonstop nach Bombay in 8 Std. 5 Min.



1 Stop nach Bangkok in 12 Std. 35 Min.



1 Stop nach Kuala Lumpur in 13 Std. 25 Min.



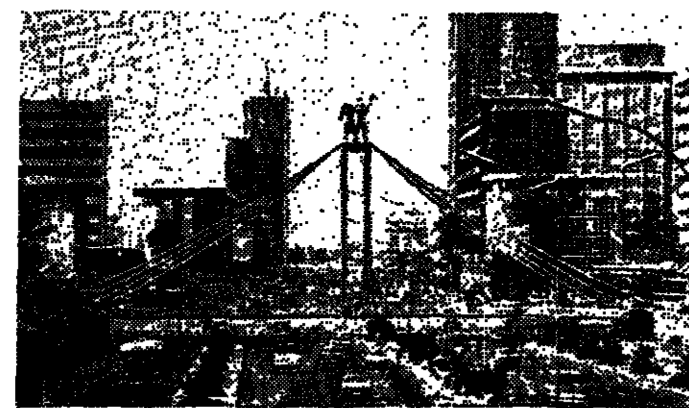
1 Stop nach Hong Kong in 14 Std.



1 Stop nach Singapore in 14 Std. 15 Min.



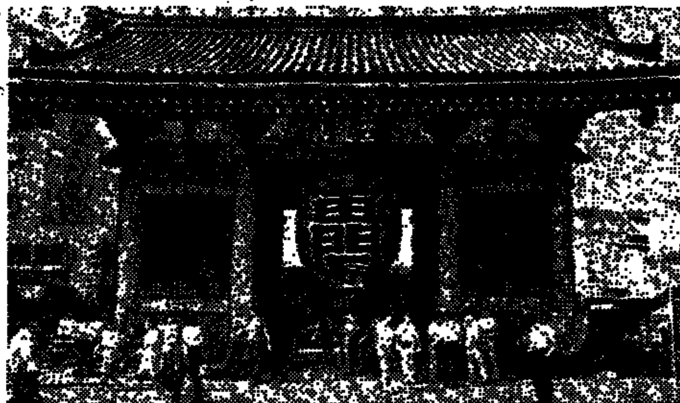
1 Stop nach Peking in 15 Std. 5 Min.



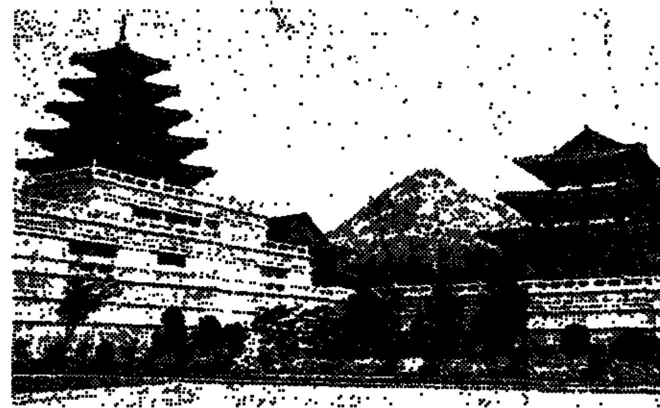
2 Stops nach Jakarta in 16 Std. 45 Min.



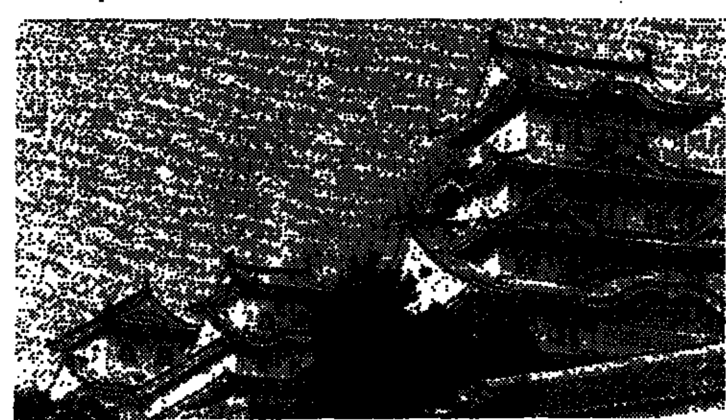
2 Stops nach Manila in 16 Std. 50 Min.



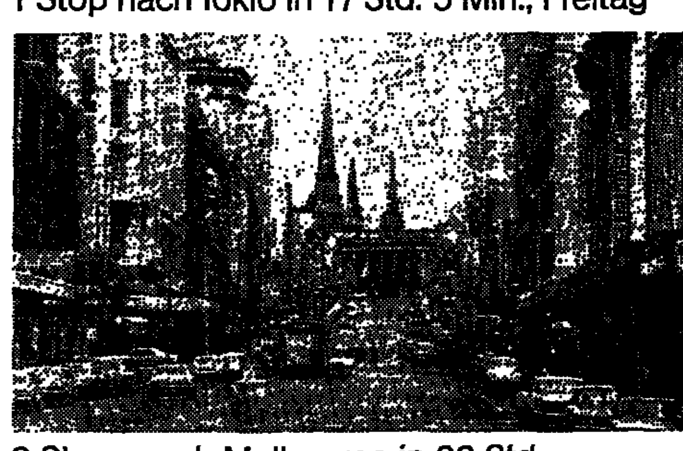
1 Stop nach Tokio in 17 Std. 5 Min., Freitag



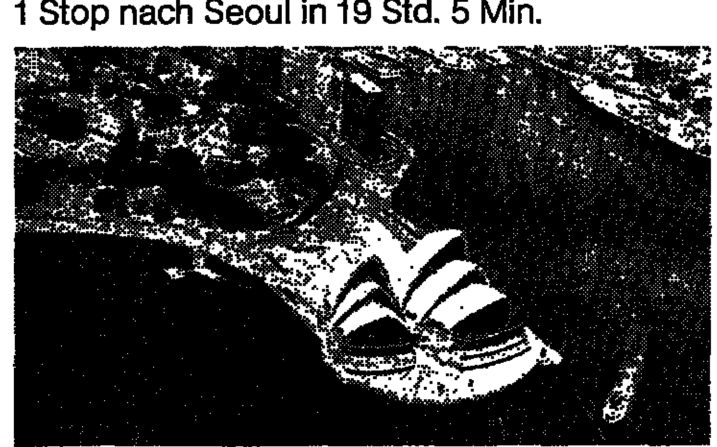
1 Stop nach Seoul in 19 Std. 5 Min.



3 Stops nach Osaka in 21 Std.



2 Stops nach Melbourne in 22 Std.



3 Stops nach Sydney in 24 Std. 20 Min.

Lufthansa hat auf den meisten Fernost-Routen die Flugzeiten erheblich verkürzt: durch weniger Zwischenlandungen. Zum Beispiel erreichen Sie Bombay, Delhi und Karachi jetzt nonstop. Und Tokio mit nur einer Zwischenlandung. Nach Hong Kong können Sie täglich, außer montags, fliegen (in Zusammenarbeit mit Cathay Pacific). An vier Tagen ebenfalls mit nur einem Stop. Ganz neu im Lufthansa Flugplan ist Seoul (in Zusammenarbeit mit Korean Air Lines).



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur

Umweltpolitik in Europa: Was machen die anderen?

Der Schutz der natürlichen Umwelt hat in der politischen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland heute einen hohen Stellenwert. Das war vor nicht allzu langer Zeit ganz anders. Anders ist es auch heute noch in den meisten europäischen Ländern. Von Skandinavien bis nach Athen ist das Umweltbewußtsein eher unterentwickelt. Hier werden die politischen Akzente noch nach anderen Maßstäben gesetzt. Immerhin, Ansätze für ein angemessenes Umweltbewußtsein sind überall zu erkennen. Denn überall dient der sterbende Wald als „Augenöffner".

GROSSBRITANNIEN

Für saubere Luft sorgte schon immer der Wind

WILHELM FURLER, **London**

Mit wachsender Faszination beobachten die Briten die bis vor kurzem noch ungeahnte Aufwertung, die das Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik und mit ihm der politische Einfluß der Grünen genommen haben. Doch die Faszination gilt so etwas wie einem fremden Schauspiel, das man wohl kaum zu Hause zu sehen bekommen wird.

In der Tat ist das Umweltbewußtsein beim britischen Bürger und ist die Umweltpolitik bei Regierung und Opposition in London so schwach ausgeprägt, daß man es – gemessen am deutschen Standard – getrost als noch nicht existent bezeichnen kann. Dies liegt weniger an einer verbohrten Ignoranz der Briten gegenüber den Gefahren der Umwelt-Zerstörung, sondern vielmehr an der Insellage Großbritanniens.

Erstens weht der Wind fast immer, und dabei relativ stark. Und zweitens weht er ganz überwiegend aus Gegenden, die nichts weiter als saubere Luft zu bieten haben. So wird jede Menge schädlicher Emissionen im eigenen Land schließlich zum Null-Tarif weggeblasen, meist in östlicher Richtung. Und das trägt nicht gerade zu einer besonderen Aufwertung des Umweltbewußtseins bei.

Es gibt eine Partei der Grünen in Großbritannien. Doch deren Hauptanliegen auf der Jahrestagung in Southport vor gut zwei Wochen galt der Namens-Änderung von „Ecology Party" in „Green Party", was schließlich von der Mehrheit der Teilnehmer abgelehnt wurde. Aber auch eine Namensänderung in „Grüne" hätte nichts daran geändert, daß diese Partei, vorerst jedenfalls, mit einer völligen Bedeutungslosigkeit in ihrem Land fertig werden muß.

Interessanter ist da schon, daß offensichtlich die zerfahrene Labour-Opposition zu wittern glaubt, daß der lange Umwelt-Zug vom Kontinent irgendwie und irgendwann auch einmal die Insel erreichen wird, und daß man sich tunlichst darauf vorbereiten sollte, rechtzeitig auf seine Trittbretter zu springen. Nicht anders ist der mit viel Beifall bedachte Aufruf auf dem jüngsten Labour-Parteitag zu verstehen: „Wir müssen die Grüne Partei Großbritanniens werden." Dies sei der einzige Weg, wieder an die Macht zu gelangen.

Wie wenig Verständnis die Regierung Thatcher für die Umweltprobleme ihrer EG-Partnerländer aufbringt, wurde auf der Münchener Umweltkonferenz im Juni dieses Jahres deutlich. Dort trug ein unbedarfter Unter-Staatssekretär im Umweltministerium den Regierungs-Standpunkt vor, wonach „Ursachen und Auswirkungen des sauren Regens noch nicht vollständig erforscht" seien, und daß deshalb erst einmal weitere Untersuchungen angestellt werden müßten. Im übrigen sei ja das Ausmaß, in welchem Großbritannien für den sauren Regen in anderen Ländern verantwortlich gemacht werden könnte, ausgesprochen gering.

Ähnlich verhalten sich die britischen Medien, die, wie jetzt die Londoner Times, das Ringen in der Bundesrepublik um entgiftete Auto-Abgase ihren Lesern eher als Amusement anbietet. Dabei verstehen sie häufig nicht einmal den Zusammenhang zwischen bleifreiem Benzin und sauberen Abgasen über Katalysatoren. Großbritannien hinkt übrigens bei der Reduzierung des Bleigehaltes im Benzin deutlich hinter der Bundesrepublik her. So wird hier erst vom 1. Januar 1986 der in Deutschland längst geltende Höchstgehalt an Blei von 0,15 Gramm je Liter Benzin gesetzlich vorgeschrieben. Bis dahin liegt der höchstzulässige Bleianteil bei 0,4 Gramm je Liter.

Die Regierung in London sträubt sich zwar nicht gegen das umweltfreundliche Auto, hält aber das System der Abgas-Katalysatoren für ungeeignet. In den zuständigen Ministerien wird argumentiert, daß die anfällige und obendrein sehr teure Katalysator-Technik durch die Entwicklung neuer Technologien im Verbrennungsbereich der Benzin-Motoren weit wirkungsvoller ersetzt werden kann. Gemeinsam mit der britischen Automobilindustrie setzt London auf die sogenannte Magermisch-Technologie mit erheblich reduzierten Abgaswerten. Der Haken daran ist nur, daß die Magermisch-Motoren wahrscheinlich erst in zehn Jahren zum Einsatz kommen können. Doch Zeit spielt für die Briten auf diesem Gebiet im Gegensatz zur deutschen Diskussion offenbar keine große Rolle. Wieso auch, denn schließlich zeichnet sich erst ganz allmählich ein gewisser Schaden an Baumbeständen ab, und der tritt nur hoch im Norden des Landes, auf.

Derweil mußte sich die Jahreskonferenz der regierenden Konservativen in Brighton, auf der zum ersten Mal während eines Tory-Parteitages überhaupt das Thema Umweltschutz debattiert wurde, von einigen umweltbewußten Parteimitgliedern sagen lassen, daß Großbritannien immer noch der größte Umweltverschmutzer in ganz Europa, ausgenommen der Sowjetunion, im Ausstoß von Schwefeldioxid ist.

ITALIEN

Es gibt sogar einen Minister – wenn auch ohne Ministerium

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Langsam nur bildet sich in Italien ein ökologisches Bewußtsein. Umweltschutz ist zwar ein Thema, das immer mehr diskutiert wird. Für den Umweltschutz gibt es auch schon eine gesetzliche Grundlage. Sogar ein Umweltschutzminister amtiert seit einiger Zeit – wenn auch ohne Ministerium. In der Praxis jedoch geschieht wenig, viel zu wenig jedenfalls angesichts der Gefahren, die hier vor allem dem zur großen Kloake degradierten Meer drohen.

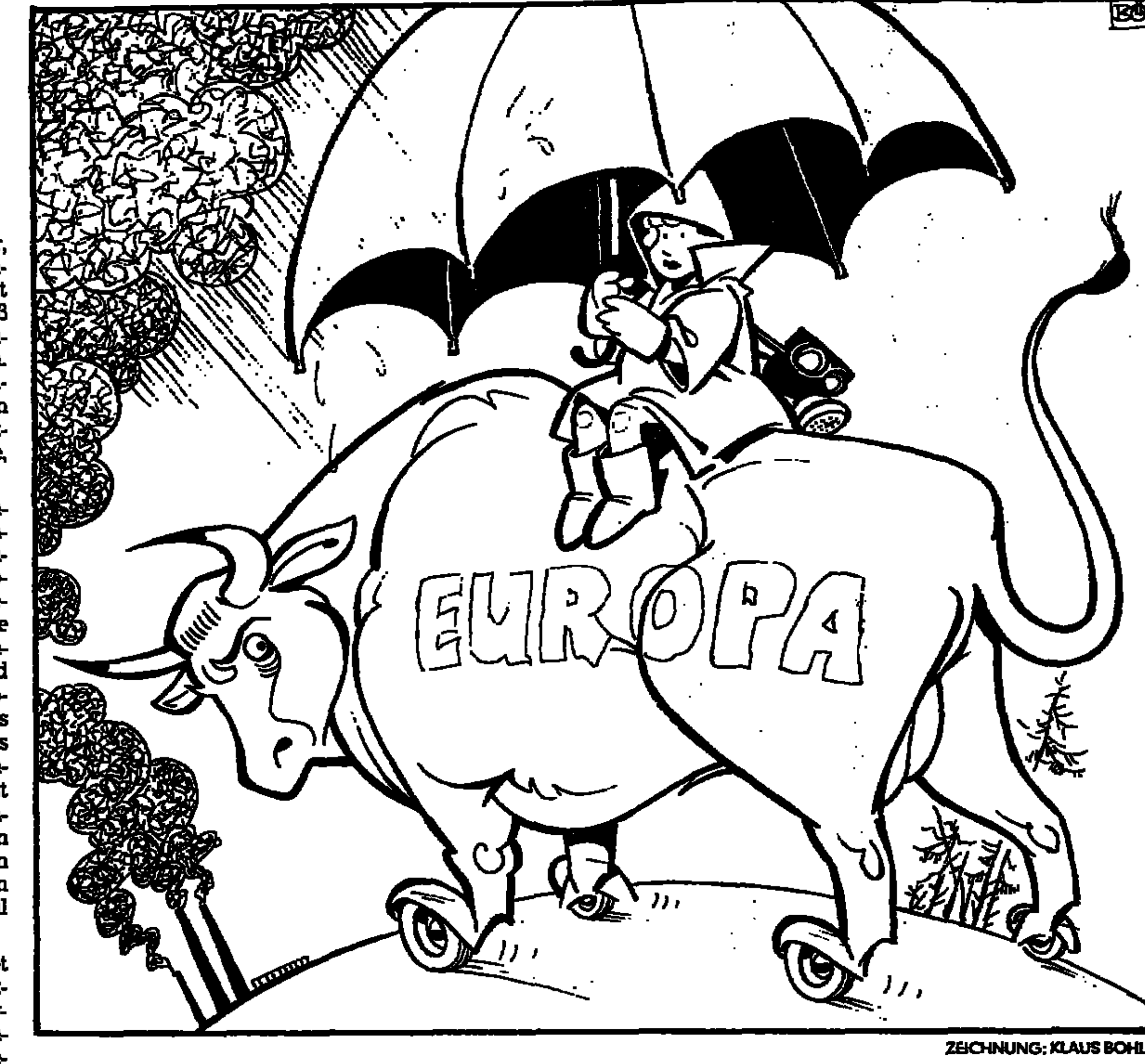
Ein Beispiel: Im Jahre 1976 verabschiedete das italienische Parlament ein Gesetz, das es der Industrie und den Gemeinden zur Auflage macht, ihre Abwässer, bevor sie in die Flüsse oder direkt ins Meer geleitet werden, zu filtern. Dieser Tage wurde auf einer Tagung der Produzenten von Filteranlagen bekannt, daß heute, acht Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, erst acht Prozent der erforderlichen Filteranlagen funktionsfähig sind.

Ein anderes Beispiel: Kürzlich schlug eine Gruppe von venezianischen Ökologen Alarm, als sie von einem Bericht des Nationalen Forschungsrates erfuhr, demzufolge ein Schiff tagtäglich vor dem Lido von Venedig 3500 Tonnen Industrieabfälle der Montedison-Werke dem Meer übergibt. Laut Bericht sind in diesem Müll „nicht unbedeutende Konzentrationen von Fluor, Phosphor, Zink und Arsen" sowie „Spuren von Quecksilber und Chrom" enthalten. Bei Montedison zuckte man nur mit den Schultern und wies eine soeben für weitere 18 Monate verlängerte Genehmigung des Ministers für die Handelsmarine, Gianuario Carta, vor. „Diese Genehmigung muß zurückgezogen werden," begehrte Umweltschutzminister Alfredo Biondi auf, als man ihm dies berichtete. Er fügte jedoch sofort hinzu, die Kompetenz liege zweifellos beim Handelsmarineministerium.

Solche Beispiele ließen sich in großer Zahl für das gesamte Gebiet der Umweltverschmutzung anführen. Zwar werden seit Jahren immer neue Lire-Milliarden für ökologische Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt und ausgegeben, das Ergebnis aber ist minimal. Eingebaute Filteranlagen funktionieren schlecht oder gar nicht, Kompetenzstreit behindert die Anwendung des Gesetzes. Und wenn es hart auf hart kommt, setzt sich gewöhnlich die Industrie mit dem Argument durch, daß die Kostensteigerung durch Umweltschutz Arbeitsplätze gefährden würde.

So hat wohl auch das abgasarme Auto in absehbarer Zeit in Italien wenig Chancen, solange nicht der mächtige Fiat-Konzern dafür gewonnen werden kann. Minister Biondi meinte kürzlich in einem Gespräch mit Bundeswohnungsbauminister Schneider, seine Regierung sehe „keine Dringlichkeit" zur Einführung eines Katalysatorautos, und ein Beamter des Außenministeriums, der an der Besprechung teilnahm, fügte hinzu, man solle doch erst einmal abwarten.

Grundsätzlich gegen jedes ökologische Abwarten ist – zumindest auf dem Gebiet der Abwässerfiltrierung – neben den erklärten Umweltschützern die Fremdenverkehrsindustrie. Und das aus gutem Grund. Ist doch die gar nicht mehr so blaue Adria, an der noch immer alljährlich Millionen von Touristen aus dem In- und Ausland Urlaub machen, das ökologisch kritischste Seegebiet im ganzen Mittelmeer.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

SCHWEIZ

Zehn Jahre lang blieb ein Gesetz in der Schublade

HEINZ SEILER, **Bonn**

„In der Schweiz sind Umweltprobleme das Politikum Nummer eins. Seit elf Jahren gibt es ein Bundesamt für Umweltschutz, es ging übrigens aus dem Amt für Gewässerschutz hervor", sagte Informationschef Hardy Gysin vom erwähnten Bundesamt in Bern. Nach seinen Angaben bereitet das Waldsterben den Eidgenossen großen Kummer. „Vier Prozent unserer Bäume sind krank bis absterbend. 14 Prozent sind angeschlagen. Kranke Bäume gibt es auch in den Gebirgsregionen. Wer die lebenswichtigen Schutzfunktionen des Waldes im Gebirge kennt, kann ermessen, welche Gefahren unseren Bergregionen drohen."

In der Schweiz machten bisher weder Dioxin-Skandale noch Öl-Unfälle Schlagzeilen, doch zahlreiche Seen des Landes sind überdüngt und zu phosphatreich. Die Luftverschmutzung ist jedoch auch hier das auffälligste ökologische Problem. „In gewissen Orten sind Giftstoffe in der Luft so stark konzentriert, daß man nicht mehr von Unbedenklichkeit sprechen kann," sagte Gysin zur WELT. „Und das, obwohl wir im ganzen Land keine Kohlekraftwerke haben."

Luftverschmutzung und Waldsterben haben die Schweiz nicht über Nacht heimgesucht. Doch zehn Jahre lang schmorte ein Umweltschutzgesetz in den Schubladen von Administration, Regierung und Parlament. Im Herbst 1983 wurde es schließlich vom Parlament verabschiedet.

Das Gesetz enthält eine dringlich erwünschte Luftreinhalte-Verordnung. Der Schweizer Wald aber soll nach dem Willen der Regierung durch eine Sofortmaßnahme vor dem Sterben bewahrt werden. Am 1. Januar 1985 wird ein auf drei Jahre befristetes Tempolimit eingeführt: Auf Autobahnen beträgt die Höchstgeschwindigkeit dann 120, auf Landstraßen 80 Stundenkilometer.

Die Entscheidung der Regierung wurde mit Beifall aufgenommen und als „mutiger Schritt zur Reduktion der Luftverschmutzung" gefeiert, von anderen aber als „unverhältnismäßige Maßnahme" angeprangert. Gegen das Tempolimit wurde eine Volksinitiative ergriffen. Die Abstimmung darüber dürfte allerdings wenigstens zwei Jahre auf sich warten lassen.

Möglicherweise verändern zwischenzeitlich andere Maßnahmen, die bereits in Kraft sind oder in Kürze wirksam werden, die kranke Umwelt in der Schweiz. Die Rede ist von bleifreiem Benzin, Katalysatoren und Vergaser-Kontrollen.

Die Schuld an der Luftverschmutzung wird in der Schweiz fairerweise nicht dem Auto allein angelastet. Wirtschaft und Industrie sollen ebenfalls etwas zum Abbau der Luftverschmutzung beitragen: Im Bereich Heizung will man mit Ölfeuerungskontrolle und Isolationsvorschriften Schadstoffreduktion erzielen, ab Januar 1985 soll ferner der Schwefelgehalt des Heizöls reduziert werden.

BENELUX

An Tempo 100 hat man sich längst gewöhnt

BODO RADKE, **Brüssel**

Nur höchst selten finden Zeitungsleser in den drei Beneluxländern Beiträge über Umweltschutzprobleme auf den Titelseiten ihrer Blätter. Und wenn doch, so handelt es sich in der Regel um Berichte zu „Dauerbrennern" wie dem Grad der Wasserverschmutzung von Rhein, Maas oder Schelde, zur Möglichkeit besserer Kontrollen der Schadstoffemissionen von Industriewerken oder zu den Sicherheitsmaßnahmen für gefährliche Transporte auf dem Meer.

Auch in der öffentlichen Diskussion spielen Umweltschutzthemen eine untergeordnete Rolle, und politisches Kapital läßt sich aus ihnen im Benelux-Raum kaum schlagen.

Warum das so ist, läßt sich für die drei Länder nicht einheitlich beantworten. Im Falle Hollands sind die Gründe zweifellos darin zu suchen, daß sich dort alle Verantwortlichen viel früher als anderswo der Notwendigkeit einer Einbeziehung energischer Maßnahmen zur Erhaltung menschlicher Lebensqualität in einschlägige Planungen bewußt waren.

> „Politisches Kapital läßt sich aus Umweltschutzthemen im Benelux-Raum kaum schlagen"

Der Verlust ihres reichen Kolonialreiches nach dem Zweiten Weltkrieg zwang die Niederländer dazu, ihr vorher überwiegend agrarisch genutztes Land in einen Industriestaat zu verwandeln.

Schon zu einer Zeit, als vielen Deutschen der Begriff Umweltschutz vermutlich noch völlig fremd war, wurde in Holland das schöne Wort „Milieuhygiene" erfunden, das Belgiens Flamen bald darauf übernahmen. Bereits 1971 etablierte sich in Den Haag ein spezielles „Ministerium für Volksgesundheit und Umweltschutz".

Während in den Niederlanden die Meinungen über die friedliche Nutzung der Atomenergie hart aufeinanderprallen, beziehen in Belgien bereits über 60 Prozent aller Haushalte und ein Großteil der Fabriken Elektrizität aus Atomkraftwerken. Nur eine kleine Minderheit fordert den Ausstieg aus der Kernenergie. Und zum Gesamtkomplex Umweltschutz vertreten die meisten Belgier – und Luxemburger – den Standpunkt, daß man dieses Thema in eine vernünftige Relation zu dem Wohlstandsniveau bringen sollte, das die Industrialisierung rohstoffarmen kleinen Ländern wie den ihren beschert hat.

An das schon vor mehr als zehn Jahren eingeführte Tempolimit auf Autobahnen – 100 Stundenkilometer in Holland, 120 Stundenkilometer in Belgien und Luxemburg – hat man sich längst gewöhnt – zumal in der Praxis höhere Geschwindigkeiten toleriert werden. (SAD)

GRIECHENLAND

Athener atmen die schmutzigste Luft Europas

E. ANTONAROS, **Athen**

In keiner anderen europäischen Großstadt leben die Menschen mit der Umweltverschmutzung so hautnah zusammen wie in Athen. Spätestens seit Ende der siebziger Jahre, als „to nefos", die gelblich graue Smogwolke, zum erstenmal auftrat, hat die Vier-Millionen-Hauptstadt am Mittelmeer die schmutzigste Luft Europas. Schon seit Jahren müssen die Athener mit Fahrrestriktionen leben, die zusätzlich verschärft werden, wenn die Luft besonders trüb wird. Auch die Industrie muß, vor allen in den windstillen Sommermonaten, ihre Produktion stark einschränken.

Athens Luftverschmutzung, die inzwischen auch die Heiligtümer auf dem Akropolis-Hügel beschädigt hat, ist ein relativ neues Phänomen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der in Athen zugelassenen Autos trotz horrender Importabgaben und Luxussteuern auf etwa 800 000 fast verdoppelt, mehr als 60 Prozent der Gesamtindustrie Griechenlands ist an Athens Peripherie angesiedelt. Wissenschaftliche Studien haben ergeben, daß Auto- und Industrieabgase jeweils fast zur Hälfte zur Luftverschmutzung im Großraum Athen beitragen.

Bereits unter der letzten bürgerlichen Regierung war in Athen ein Umweltministerium gegründet worden, weil die Bevölkerung immer nachdrücklicher wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung forderte. Die Politiker saßen damals genau so wie ihre sozialistischen Nachfolger heute jedoch in der Klemme: Gegen die Autofahrer konnten sie nicht hart genug durchgreifen, weil das Privatauto in Griechenland eine Art Statussymbol ist. Unpopuläre Entscheidungen hätten Wählerstimmen gekostet. Und die erzwungene Verlegung von Großbetrieben außerhalb von Athen hätte vom Staat nicht aufzubringende Mammutbeträge gekostet.

Daher hat es bisher nur kosmetische Eingriffe gegeben: In Athen sind, etwa in der Altstadt Plaka, zahlreiche Fußgängerzonen entstanden. Das Verkehrsministerium hat Kontrollen für die Autoabgase eingeführt. Ein altes, fast baufälliges Gaswerk mitten in der Stadt wurde geschlossen. Die in Athen zugelassenen 15 000 Taxen durften von Benzin- auf Gasantrieb umsteigen. In den Wintermonaten soll mit schwefelärmerem Heizöl geheizt werden.

Als Andreas Papandreou im Oktober 1981 sein erstes Kabinett bildete, kündigte sein Umweltminister Antonis Tritsis in der Siegeseuphorie Maßnahmen an, die die Athener Luft „innerhalb von wenigen Monaten" erheblich reinigen sollten. Kurz darauf mußte er zugeben: Erst „nach frühestens zehn Jahren" könnten die Athener mit einer spürbaren Verbesserung rechnen. Tritsis fiel der letzten Regierungsumbildung zum Opfer, weil sein Programm als „zu radikal" betrachtet wurde. (SAD)

FRANKREICH

Für die Lebensqualität fließen reichlich Mittel

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Unter Europas Industriemächten ist Frankreich verhältnismäßig spät zum Umweltschutz gestoßen. Die Natur hat es den Nachbarn gegenüber begünstigt. An drei Seiten vom Meer umgeben, spät zur industriellen Revolution der Nachkriegszeit gestoßen, von meist westlichen Winden von der Verschmutzung der Nachbarn geschützt, konnte es lange Zeit „Gott in Frankreich" sein lassen.

Merkwürdigerweise war es der Ölschock des Jahres 1973 (Jom Kippur-Krieg), der das Umweltbewußtsein der Franzosen schärfte. Jedenfalls fallen erste Regierungsmaßnahmen mit diesem Jahr zusammen. Als die Nation plötzlich Energie einsparen mußte und die Autofahrer zum „Fuß hochheben" gezwungen waren, wurde sich jeder bewußt, welchen Schaden die hemmungslose Verpuffung von Abgasen angerichtet hatte.

Seit dieser Zeit gibt es besondere Schutzzonen, in denen Industrie und Hausbesitzern strenge Auflagen zur Eindämmung von Schadstoffemissionen auferlegt sind. Zu ihnen gehören der Großraum Paris, die gesamte Nordregion entlang des Ärmelkanals und der belgischen Grenze sowie Lyon und sein industrielles Einzugsgebiet, das bis zum Alpenrand reicht. Es gibt eine „Behörde für die Qualität des Lebens", die mit der Verteilung der Hilfen betraut ist, die die Regierung oder die örtlichen Stellen an diejenigen Unternehmer verteilen, die Geld in den Umweltschutz stecken.

1982 wurde ein „hohes Komitee für den Umweltschutz" geschaffen, dessen 55 Mitglieder zweimal im Jahr eine Bestandsaufnahme der Qualität von Luft und Wasser machen. Und es gibt schließlich einen Umweltschutzminister, zur Zeit gestellt von der ehemaligen links-sozialistischen Präsidentschaftskandidatin Huguette Bouchardeau, die sich außerdem das Attribut „Ministerin für die Lebensqualität" zulegte. Huguette Bouchardeau leitet eines der betuchtesten Ministerien Frankreichs und sah ihre Kredite seit 1981 jedesmal zunehmen. Denn Staatspräsident Mitterrand ist selber ein engagierter Umweltschützer und nimmt sich gewisser Projekte persönlich an. So trat er gleich nach seiner Amtsübernahme für die Beibehaltung des ehrgeizigen Atomkraftwerkprogramms seines Vorgängers Giscard ein, weil es umweltschonender sei als die konventionelle Komponente der Energieversorgung.

Frankreich hat als maritime Nation viel für die Sauberhaltung der Meere getan. Wiederholt Opfer von Tankerkatastrophen, hat es auf internationalen Konferenzen Maßnahmen zur besseren Überwachung der Tankerrouten angeregt und durchgesetzt. Aus 43 Beobachtungsstationen entlang seiner Atlantik- und Kanalküste überwacht es die Einhaltung dieser Maßnahmen. Ebenfalls international abgesichert soll nach Frankreichs Willen der grenzüberschreitende Transport von giftigen Industrie-Abfällen werden. Der Skandal um die Seveso-Fässer im Frühjahr 1983 schärfte den Sinn für vorbauende Maßnahmen, und Ministerin Bouchardeau konnte sich, anfänglich in arger Verlegenheit ob der Aufdeckung der Fässer in einem verschwiegenen nordfranzösischen Schuppen, schließlich gerade hier als energische Verfechterin internationaler Kontrollen profilieren.

Das wird sie in Zukunft auch bei der neuen großen Bedrängnis für die Anhänger der Lebensqualität tun: Der Frage, inwieweit des Erwachsenen liebstes Spielzeug, das Auto, Schuld ist an der Vergiftung der Atmosphäre. Das deutsche Waldsterben wird in Frankreich längst nicht mehr mit ungläubigem Lächeln hingenommen, denn es hat inzwischen auf die Vogesen übergegriffen und bedroht Burgund.

Frau Bouchardeau setzte sich auf einer Pressekonferenz am 7. Oktober für eine europäische Geschwindigkeitsbegrenzung und die Einführung bleifreien Benzins von 1989 an ein.

SKANDINAVIEN

Brauner Schnee von der Insel, Fettschleier vom Festland

R. GATERMANN, **Stockholm**

So unterschiedlich wie die natürlichen Voraussetzungen und die industrielle Belastung, so verschieden ist in den nordeuropäischen Staaten auch der Intensitätsgrad in der Umweltschutzdebatte. Führend sind Schweden und Norwegen, beide Länder leiden stark unter dem sauren Regen, der zunächst die Gewässer zerstörte und jetzt auch die Wälder angreift. Dänemark und Finnland sind bisher mit keinen größeren Problemen konfrontiert worden, weswegen sie in der Hauptsache der internationalen Entwicklung folgen, ohne größere Eigeninitiativen zu ergreifen.

Vor ein paar Jahren fiel in Norwegen rostbrauner Schnee, er hatte diese Farbe von den aus den Stahlzentren Englands herübergetriebenen Luftemissionen bekommen. Kürzlich lag auf zahlreichen in Mittelschweden geparkten Autos ein klebrig fettiger Schleier, Braunkohlenruß, importiert aus der Tschechoslowakei, Polen und der „DDR".

Schweden zählt zu den Ländern Europas, die zuerst umweltbewußt wurden. Zunächst leistete seine eigene Industrie, insbesondere die Zellstoffabriken, aber auch die metallerzeugende Industrie einen beachtlichen Beitrag zur Verseuchung der Natur. Die Gewässer waren am härtesten betroffen. Deutlichstes Zeichen war und ist das Fisch- und Krebssterben.

Der Gesetzgeber griff in größerem Umfang Mitte der 70er Jahre ein, die Schadstoffe in den Luftemissionen und den Abwässern mußten drastisch gedrosselt werden, in der Waldwirtschaft wurde der Einsatz von Chemikalien erheblich eingeschränkt. So ist die Besprühung der Wälder vom Flugzeug aus weitgehend untersagt, gleiches gilt für die chemikalische Unkrautbekämpfung auf den Gleisanlagen der Eisenbahn. Hier gingen Gesundheits- und Umweltschutz Hand in Hand. Nicht gelungen ist es dagegen die Landwirtschaft zu veranlassen, ihren Einsatz von Giftstoffen und Kunstdünger erheblich zu reduzieren. Darüber hinaus darf in Stockholm seit Anfang der 70er Jahre nur noch Heizöl mit einem Schwefelgehalt von einem Prozent verfeuert werden, seit 1. Oktober 1984 gilt diese Grenze für das ganze Land und der Bleigehalt im Benzin ist schon seit langem auf 0,15 Gramm pro Liter begrenzt.

Das Gesetz macht der Industrie für die meisten Giftstoffe verhältnismäßig strenge Emissionsauflagen, deren Verletzung mit Geldstrafe und in schlimmeren Fällen mit einem Produktionsstopp geahndet wird. Das Amt für Umweltschutz ist allerdings unzufrieden mit den bisher verhängten Strafen, sie lägen meistens unter dem durch den Gesetzesverstoß erzielten wirtschaftlichen Gewinn. Es beklagt sich zudem über die zu hohe Zahl der Ausnahmegenehmigungen.

Auch wenn Schweden selbst viel zur Verbesserung der Luft und der Gewässer getan hat, wird es das Problem aber so lange nicht unter Kontrolle bekommen, wie das Ausland nicht in größerem Umfang als bisher am selben Strang zieht. 80 Prozent des Schwefels, der über Schweden niederfällt, ist „importiert". Deswegen überrascht es nicht, daß die Regierung in Stockholm die Initiative zu dem internationalen Vorhaben ergriffen hat, die Schwefelemissionen bis 1995 um 30 Prozent zu senken.

Von den ungefähr 100 000 Seen des Landes sind etwa 20 000 übersäuert und rund 4000 gelten als biologisch tot. Hinzu kommt, daß etwa 10 Prozent der Nadelwälder Südschwedens Umweltschäden zeigen. Die natürliche Widerstandskraft ist gering, da der Untergrund überwiegend aus Granit besteht. Dies versucht man mit künstlicher Kalkung zu kompensieren, dafür stehen jetzt jährlich ungefähr 45 Millionen Mark zur Verfügung, aber dies kann nur eine Notlösung sein. Ähnlich ist die Situation in Norwegen, ein Land, das aufgrund seiner großen Wasserkraftreserven nur wenig Öl verfeuert. Dennoch sind 80 Prozent aller Seen und Flüsse in der südlichen Hälfte des Landes entweder tot oder kritisch belastet und 90 Prozent des über Norwegen niedergehenden Schwefels kommen aus dem Ausland.

Finnland dürfte das Land sein, das bisher am wenigsten betroffen ist. Zwar zeigen sich auch hier erste Schäden und die Parteien widmen sich immer mehr dem Umweltschutz, im Bewußtsein der Bevölkerung und der Politiker hat er aber bei weitem noch nicht den Stellenwert wie in Schweden und Norwegen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mehrheitswahlsystem

„Fünf-Prozent-Klausel überdenken": WELT vom 13. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

der erste Bürgermeister der Stadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, stellte angesichts der Wahlerfolge der Grünen die Fünf-Prozent-Klausel zur Diskussion.

Recht zu geben ist Herrn von Dohnanyi darin, daß diese Klausel nur einen Damm bildet, Splittergruppen den Einzug ins Parlament zu verwehren. Die Grünen und – wie bei der Bundestagswahl 1969 beinahe auch die NPD – haben gezeigt, daß dieser Damm durchaus überwunden werden kann.

Nicht zugestimmt werden kann von Dohnanyi allerdings, wenn er wegen der offenbar gewordenen Unzulänglichkeit der Fünf-Prozent-Klausel diese abzuschaffen gedenkt. Bonn wäre dann wieder Weimar, das durch seine Parteienzersplitterung und der daraus folgenden Unregierbarkeit die Nazi-Herrschaft erst ermöglicht hat. Angesichts der Drohung, daß Weimarer und nunmehr auch hessische Verhältnisse bei der nächsten Bundestagswahl in Bonn und bereits vorher auch in NRW möglich werden, sollte in der Tat unser Wahlsystem überdacht werden.

Das Ergebnis könnte nur in der Einführung des Mehrheitswahlsystems bestehen, das regierungsfähige Mehrheiten garantiert. Auch Sozialdemokraten wie Herbert Wehner, Carl Mierendorff, Julius Weber, Rudolf Hilferding haben ein solches Wahlrecht gefordert. Die USA könnten mit unserem Wahlsystem gewiß nicht in Bälde ihr 200jähriges Bestehen feiern. Die zahlreichen in diesem Lande vorhandenen ethnischen Minderheiten sowie die divergierenden religiösen und regionalen Interessen würden dieses Staatswesen binnen weniger Wahlperioden unregierbar machen.

Mit freundlichen Grüßen
F. W. Siebeke,
Düsseldorf 30

Kurzschluß um Planeten

„Sind wir doch allein im Universum?": WELT vom 18. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Bericht über die Entdekkung einer scheibenförmigen Materiewolke um den ca. 50 Lichtjahre von uns entfernten Stern Beta Pictoris möchte ich bemerken, daß der Untertitel: „2. Sonnensystem nachgewiesen" mißverständlich oder falsch ist.

Mißverständlich, wenn unser Sonnensystem das erste und daher um Beta Pictoris das zweite wäre. Denn Planeten sind dort keineswegs nachgewiesen worden, sondern Kondensationen von Materie in der Größenordnung zwischen Sandkorn und Komet. Ob sich daraus später durch weitere Kondensationen Planeten in dem uns bekannten Sinn bilden oder nicht, bleibt völlig offen.

Falsch aber wäre der Untertitel, wenn man als erstes Sonnensystem das vor einiger Zeit dem Hauptstern der Leier, Wega, zugeschriebene meinen würde. Das hat sich als Falschmeldung erwiesen; *richtig ist eine* Materiewolke (Halo) um Wega, die keinen Rückschluß auf Planeten erlaubt. Daß im All weitere Planetensysteme existieren, ist zweifellos möglich. Allerdings ist deren mögliche Zahl ursprünglich weit überschätzt worden. Heute sind die Fachleute viel zurückhaltender als noch vor zehn Jahren.

Der in diesem Zusammenhang in der populären Unterhaltungsliteratur allgemein übliche Schluß: „Planetensystem = Leben" ist ein typischer Kurzschluß, der auf Unkenntnis der Komplexität der Problematik beruht. Selbst wenn viele andere Sonnensysteme existieren sollten, ist die Existenz eines der Erde ähnlichen oder gar gleichen Planeten wenig wahrscheinlich. Aber selbst wenn er existieren sollte, wüßten wir nicht, ob es dort zur Entstehung von Leben und zu einer sich über fast vier Milliarden Jahre erstreckenden Evolution gekommen ist, die bei uns zur Entwicklung einer „technischen Zivilisation" erforderlich waren.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. U. Köhler,
Bad Nauheim

Kern der Sache

„Der Papst kommt den Traditionalisten entgegen": WELT vom 18. Oktober

Sehr geehrte Herren,

Ihre Berichterstattung über Verbot bzw. Wiederzulassung der fälschlich sogenannten „tridentinischen" Messe (als ob das Tridentinum die Messe „gemacht" hätte!) bedarf einer Ergänzung.

Es geht bei der ganzen Frage nicht in erster Linie um das Annehmen oder Ablehnen äußerlicher Riten oder dieser und jener Sprache, sondern um die Theologie der Messe. Es trifft daher nicht den Kern der Sache, wenn es (in Wort und Bild!) vom Priester heißt, er kehre der Gemeinde den Rücken. Viel entscheidender ist die Frage: Wem wendet er sich zu? Die Antwort darauf: Zusammen (gemeinsam!) mit dem Volk wendet er sich Gott zu: Ihm gilt die Anbetung durch das vollkommene Opfer Jesu Christi.

Wer diese dogmatische Aussage der Kirche annimmt, dürfte mit dem alten Ritus keine Schwierigkeiten haben, wer sich an diesem stößt, hat vermutlich theologisch-dogmatische Schwierigkeiten, die er dann offen aussprechen sollte. Und schließlich: Dem ökumenischen Dialog dient ein klares Darlegen der unterschiedlichen Standpunkte mehr, als ein pseudo-harmonisches Verkleistern der Gegensätze.

Mit freundlichen Grüßen
G. Stein,
Trier

Wort des Tages

„Wer nicht zuerst auf Gott hören will, hat der Welt nichts zu sagen. Er wird sich bis zur Bewußtlosigkeit und Erschöpfung ‚um vieles kümmern' und dabei das Eine Notwendige versäumen; er wird sich manches vorlügen, um dieses Versäumnis zu vergessen oder zu rechtfertigen. Solche Rechtfertigungen kann man heute überall hören."

Hans Urs von Balthasar; Schweizer Theologe (geboren 1905)

Nur Kriegsende

„Wie Moskau die Gedenkfeier des 8. Mai 1945 vorbereitet": WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrte Herren,

Herr Kahl irrt in einem Punkt: Der 8. Mai 1985 ist nicht der 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutsches Reiches. Vielmehr hat die Deutsche Wehrmacht kapituliert – nicht das Deutsche Reich.

Diese Unterscheidung ist von erheblicher völkerrechtlicher Wichtigkeit, weil andernfalls alle Vorstellungen über die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung bis zur friedensvertraglichen Regelung der deutschen Ostgrenze illusorisch wären. Daß es keine „bedingungslose Kapitulation des deutschen Reiches" gegeben hat, geht auch daraus hervor, daß es bis zum 23. Mai 1945 eine „geschäftsführende Reichsregierung" in Mürwik unter dem Großadmiral Dönitz gegeben hat.

Die nachträgliche Ausweitung der militärischen Kapitulation durch die *Alliierten auf das staatsrechtliche* Gebiet vom 5. Juni 1945 ist völkerrechtlich nicht relevant.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Otto Lippens,
Hamburg 70

Dauer-Vorrat

Sehr geehrte Damen und Herren,

ohne ausreichende Stromversorgung wäre der Lebensstandard bei uns in der Bundesrepublik nicht denkbar. Ihrer Meldung vom 13.10.1984 „Steinkohle bleibt wichtig" habe ich entnommen, daß in unserem Lande, dank der Steinkohle, die Energieversorgung gesichert ist.

Wie groß diese Sicherheit ist, zeigt ein Blick in die heimischen „Vorratskammern". Die wirtschaftlich gewinnbaren Reserven an Steinkohle – vor allem im Ruhrgebiet – werden mit 24 Milliarden Tonnen, an Braunkohle auf 10 Milliarden Tonnen angegeben. Das reicht für viele Generationen. Kohle aus sicheren Gebieten wird die Öl- und Gasreserven aus Krisengebieten bei weitem überrunden. Zudem hat sich die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Mineralöl und Erdgas wesentlich verbessert. Wenn hier und da jemand mit Importen liebäugelt – aus welchen Gründen auch immer – so ist das nicht zu verstehen. Die Elektrizitätswirtschaft muß, besonders nach der Absatzflaute beim Stahl, das Standbein für die Kohle bleiben.

Hochachtungsvoll
P. Heim,
München 21

Personalien

GEBURTSTAGE

Annemarie Mevissen, lange Jahre Stellvertreter des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, war die erste Frau in der Bundesrepublik, die in einem Bundesland dieses Amt ausübte. Sie gehörte der bremischen Landesregierung mehr als 20 Jahre an und war deren dienstältestes Mitglied. Am 24. Oktober wird sie 70 Jahre alt.

In Bremen als Tochter des bekannten sozialdemokratischen Kommunalpolitikers **Wilhem Schmidt** geboren, erlernte sie nach dem Abitur 1934 den Buchhändlerberuf, da ihr das Studium vom NS-Regime untersagt wurde. Im Oktober 1947 wurde sie für die SPD als jüngste Abgeordnete in die Bremische Bürgerschaft gewählt. Ihr besonderes Interesse galt den Jugend- und Bildungsfragen. Am 23. November *1951 wählte das* Parlament sie erstmalig in den Senat, dem sie bis 1975 ohne Unterbrechung angehörte. Ihr wurde zunächst das neugeschaffene Ressort Jugendwesen übertragen, dem dann 1957 die Sportförderung und 1959 das Wohlfahrtswesen – darin einbezogen die Sorge für die Flüchtlinge und Vertriebenen – angegliedert wurden. Frau Mevissen behielt dieses Aufgabengebiet als Senator für Soziales, Jugend und Sport auch weiterhin bei. 1971 wurde sie nach der Wiederwahl in den Senat durch das bremische Landesparlament vom Senat erneut zum Bürgermeister und Stellvertreter des Präsidenten gewählt. Am 15. Februar 1975 schied sie aus dem Senat aus.

*

Dr. **Ulrich Fritsch**, Geschäftsführer des Arbeitskreises Aktie e. V. in Düsseldorf, wird am 24. Oktober 50 Jahre alt. Fritsch hat eine Reihe von Büchern zu Themen des Kapitalmarktes und der Wirtschaftsordnung veröffentlicht und doziert an der Fachhochschule Düsseldorf.

EHRUNGEN

Einer der herausragenden Ärzte der Landeshauptstadt Stuttgart hat eine der höchsten Auszeichnungen der Kirche erhalten. **Papst Johannes Paul II.** ernannte Professor **Erwin Kraft**, Ärztlicher Direktor am Marienhospital und dort auch Chefarzt der Chirurgischen Abteilung zum Komtur des Silvesterordens. Der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, **Georg Moser**, überreichte Kraft das Ordenskreuz. Kraft hat 1982 bereits „für sein großes Engagement und seine außergewöhnlichen medizinischen Leistungen" das Bundesverdienstkreuz erhalten.

*

Mit der **Eugen-Sänger-Medaille** ausgezeichnet hat die Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt (DGLR) **Hans E. W. Hoffmann**, Mitglied der Unternehmensbereichsleitung Raumfahrt MBB-ERNO in Bremen. Die Ehrung erfolgte im Rahmen eines von der DGLR und amerikanischen Partnerorganisationen in Hamburg veranstalteten Raumfahrt-Symposiums unter dem Motto „Von Spacelab zur Raumstation", das die nächsten Programme und Projekte der Raumfahrt aufzeigte. Hans E. W. Hoffmann, seit den frühen 60er Jahren an den meisten europäischen Raumfahrtprogrammen maßgeblich beteiligt, wurde für seine Verdienste um die Entwicklung des Weltraumlabors Spacelab und die transatlantische Zusammenarbeit ausgezeichnet. **Michel Bignier**, Direktor der europäischen Weltraumorganisation ESA für Weltraumtransportsysteme, hob in seiner Laudatio das Engagement Hoffmanns für die Raumfahrt hervor.

*

Der deutsche Botschafter in Südafrika, **Carl Lahusen**, überreichte dem Oblatenpater und Missionar **Karl Rietmüller** in Tweespruit im Oranje-Freistaat (Südafrika) das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, für dessen Verdienste um die benachteiligte Bevölkerung in einem der entlegensten Gegenden des Landes. Pater Rietmüller, Jahrgang 1906 aus Birkenfeld, im Eichsfeld (heute „DDR") kam ein Jahr nach seiner Priesterweihe im Juli 1935 in den winzigen Ort Tweespruit des Oranje Freistaates. Dort baute er einen Farmenbetrieb auf, der ursprünglich die Mission mit Gemüse versorgen sollte. Heute umfaßt dieser landwirtschaftliche Betrieb drei Farmschulen für 600 Kinder und neun Lehrer, 14 Missionsstationen und die Oberschule Maris Dal, die von deutschen Benediktinerinnen geleitet wird.

VORSTELLUNG

Anläßlich der für die Bundesrepublik *einzigartigen Ausstellung* des weltberühmten Kirchenschatzes von San Marco (Venedig) im Römisch-Germanischen Museum Köln geben führende italienische Politiker sowie der Sponsor der Ausstellung, **Carlo De Benedetti**, Präsident der Olivetti-Gruppe, am 23. Oktober einen Empfang. Als Ehrengäste reisen ferner der italienische Kulturminister Professor Dr. **Antonio Gullotti**, sein Finanzkollege Professor Dr. **Visentini** und zwei Kardinäle nach *Köln.*

BERUFUNGEN

Theodor Irmer, Abteilungspräsident beim Fernmeldetechnischen Zentralamt der deutschen Bundespost in Darmstadt, ist zum neuen Präsidenten der Internationalen Fernmeldeunion (UIT) gewählt worden. Die UIT entwickelt als Sonderorganisation der Vereinten Nationen Studien über technische, betriebliche und tarifliche Regelungen des Fernmeldewesens. Sie sind Grundlage für die reibungslose Funktion der weltweiten Fernmeldenetze und Tele-Kommunikationsdienste.

*

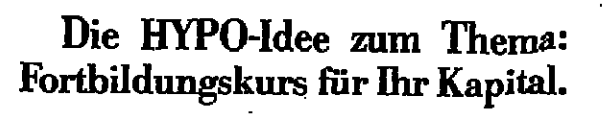
Professor **Peter Canisius** wurde für weitere drei Jahre zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation (DGD) gewählt. Während des Deutschen Dokumentartages in Darmstadt kamen weitere Mitglieder ins Präsidium: **Ulrich Neveling, Hanns Bechtel, Marianne Buder** und **Wilfried Schmitz-Esser.**

*

Im Vorsitz des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer in der Bundesrepublik Deutschland gibt es Anfang 1985 einen Wechsel. **Wolfgang Heintzeler** (Heidelberg), langjähriger Vorsitzender des Zusammenschlusses, der sich um einen Beitrag zu den kirchlichen Bemühungen um die Wirtschafts- und So*zialordnung bemüht, hat bei der Mit*gliederversammlung in Düsseldorf seinen Rücktritt erklärt. Heintzeler, der aus Altersgründen zurücktrat, wurde stellvertretender Vorsitzender. Für die verbleibende Dauer der Amtsperiode übernimmt **Helmut Müller** (Marburg) das Amt des ersten Vorsitzenden. Müller, bisher Heintzelers Stellvertreter, gehört dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland an. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden **Max Dietrich Kley** (Marl) und **Peter-Jürgen Lüders** (München) gewählt.



Aus Ihrem Geld kann noch was werden.



In Ihrem Geld steckt mehr als Sie glauben! Und in einem Kurs kann sich zeigen, daß es alle Anlagen zum Vermögen hat.

Allerdings sollten Sie sich Ihr Vermögens-Bildungs-Institut gut aussuchen. Damit Sie für Ihr Vermögen kein Lehrgeld zahlen müssen, vertrauen Sie sich am besten Profis an. Denn diese wissen, welche Papiere Schule machen – sie helfen Ihrem Vermögen, das Klassenziel zu erreichen.

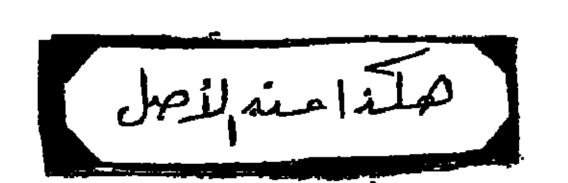
Wenn Sie nun etwas mehr über die Zukunftschancen Ihres Geldes wissen möchten, dann sollten Sie von unserem Wissen profitieren. Und weil dieses unbezahlbar ist, schenken wir es Ihnen. Sprechen Sie mit uns.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Heinzpeter Häberlein
HYPO-BANK



Boxen – lebensgefährliche Show oder Sport?

Arena für Pseudo-Sieger

In einer Bonner Klinik dämmert Adolf Heuser dahin, der frühere Europameister im Schwergewicht. Heuser, Jahrgang 1907: „Ich wußte nicht mehr ein noch aus, so landete ich im Irrenhaus." Der Frankfurter Box-Journalist Hartmut Scherzer besuchte in diesen Wochen Muhammad Ali (42), vormals Cassius Clay genannt, das größte Boxtalent des Jahrhunderts. In der Kölner „Sport-Illustrierten" schreibt Scherzer über diese Begegnung: „Ali erhebt sich aus einem schweren Ledersessel hinter dem gewaltigen Louis-XVI.-Schreibtisch. Er drückt mir die Hand, läßt sich danach wieder in seinen Sessel

Alles oder Nichts – ARD, 20.15 Uhr

fallen. Er gähnt unentwegt, fährt sich mit der Hand übers Gesicht, von unten nach oben, vom Kinn zur Stirn. Gleich nach der Begrüßung hat er mich offenbar schon wieder vergessen." Scherzer fragt ihn: „Champ, warst du bei den Olympischen Spielen?" Und Ali antwortet: „Ich habe keine Einladung bekommen. Die denken, ich bin ein blödgeschlagener Boxer."

Boxer-Schicksale, die im Gegensatz zu dem des 78jährigen Coca-Cola-Millionärs Max Schmeling leider in der Überzahl sind. Von hundert Berufsboxern, werden sie nur alt genug, verblöden mehr als die Hälfte. Und rund 1000 Tote im Boxring, gezählt seit 1900, sind ohnedies eine blutige Spur, wobei die Dunkelziffer der durchs Boxen zu Tode Gekommenen noch viel größer ist. Allein in Südostasien werden Totenscheine nach einem Boxkampf nicht so pingelig ausgestellt wie in Mitteleuropa.

So reift denn in vielen Ländern die Erkenntnis, diesen Sport zu verbieten, so, wie es in Norwegen und Schweden für Berufsboxer bereits geschah. Im Sommer dieses Jahres erklärte der Weltärztebund den gesamten Boxsport – ob für Profis oder für Amateure – für „verabscheuungswürdig". Und die führende amerikanische Ärztezeitschrift „Jama" forderte: „In einem zivilisierten Land kann der Faustkampf nicht länger geduldet werden."

In Italien haben sich 30 Abgeordnete der „Democrazia Cristiana" (DC) zusammengetan, um den Faustkampf für Profis und Amateure rundweg zu verbieten. Zuwiderhandelnden drohen nach dem Willen der Gruppe Geld- und Gefängnisstrafen. In England hat die Vereinigung Britischer Mediziner zu einem Großangriff gegen den internationalen Boxsport geblasen. Mit einer umfangreichen Untersuchung wiesen die Mediziner nach, daß Boxer schon durch einen einzigen Schlag gegen ihren Kopf irreparable Gehirnschäden davontragen können. Skandinavische Untersuchungen hatten bereits ergeben, daß vier von acht Amateur-Europameistern Hirnschäden haben. Bei den Profis zeigten sogar vier von sechs Boxern krankhafte Veränderungen ihrer Hirnzellen.

Das Schweizer Fachblatt „Sport" begab sich auf juristische Geleise, um ein Verbot des Boxsports zu fordern. Stichwort Justiz: In Mannheim sitzt der frühere deutsche Schwergewichtsmeister Charly Graf ein; er ist auf die schiefe Bahn geraten. In Hamburg befindet sich deren früherer Kollege Norbert Grupe alias Prinz von Homburg hinter Gittern – wegen fortgesetzter Animation zur Prostitution und wegen schwerer Zuhälterei. Der deutsche Ex-Weltmeister Ekkehard Dagge ist stolzes Mitglied dieser ehrenwerten Hamburger Kietz-Gesellschaft, und René Weller, der einzige amtierende deutsche Profi-Weltmeister eines neugegründeten, obskuren dritten Weltverbandes, wurde vor wenigen Tagen wegen Hehlerei rechtskräftig verurteilt. Weller wikkelt seine Geschäfte im Diamanten-, Gold- und Lederbereich ab. Nach eigener Aussage sind seine Geschäftspartner Mitglieder der Prostituierten-Szene, Bordellbesitzer, Zuhälter, Rausschmeißer, Berufszocker. „Menschen, eben wie du und ich", sagt Weller. Deutsche Box-Szene 1984.

Sicher, der eine oder andere hat sich tatsächlich nach oben geboxt, ist nicht im Irrenhaus oder im Gefängnis gelandet, hat sich nicht in die halbseidene Grauzone der Illegalität eingesponnen. Aber vielleicht hat er schon während seiner boxerischen Laufbahn gar nicht mehr wahrgenommen, was um ihn herum geschah.

So wie der Kölner Peter Müller, der als erster Deutscher nach dem Krieg wieder in Amerika boxte. Als ihn der Veranstalter aufforderte, der Kapelle die neue deutsche Nationalhymne vorzusummen, stimmte Müller frohgemut das Horst-Wessel-Lied an. Müller treuherzig: „Ich han immer jedacht, dat ist die neu' Nationalhymne ..."

KLAUS BLUME

KRITIK

Glaubwürdige Recherchen

Deutsches aus der anderen Republik" – darüber werden wir fast täglich informiert: in Nachrichtensendungen, Magazinen, Reportagen. Aber selten erfahren wir mehr als Sensationell-Vordergründiges, oft nur Fakten aus der berühmten zweiten Hand – nach dem Motto: „Wie mir ein Bekannter sagte ..." Die Gründe: restriktive Maßnahmen der „DDR"-Behörden, wenn es um die Arbeitsmöglichkeiten westdeutscher Journalisten geht, zum anderen jedoch, was schwerer wiegt, das Sendungsbewußtsein einiger Reporter, die der Meinung sind, verbales und optisches Weichzeichnen von „DDR"-Wirklichkeit könnte nützlich sein im Hinblick auf Größeres: auf Frieden, gutnachbarliche Zusammenarbeit, Entspannung. Daß dabei oft nur noch halbe Wahrheiten oder ganze Lügen herauskommen, scheint nur wenige anzufechten.

Ganz anders dagegen die neuen Berichte von Peter Merseburger und Wolfgang Klein. Was die Arbeiten dieser Journalisten auszeichnet, ist der gelungene Versuch, die Wirklichkeit des schönen Propaganda-Scheins, den „DDR"-Offizielle verbreiten, mit den Fakten des realen Alltags zu konfrontieren. Solidität und Glaubwürdigkeit stechen ins Auge. Merseburger nahm sich diesmal den „Stechschritt im Dienste der Klasse" vor, den man in Ost-Berlin vor der Neuen Wache Tag für Tag erleben und davor erschrecken kann. Er zeigte erwünschte Traditionslinien auf und addierte Verschwiegenes hinzu, machte deutlich, daß ein derart dümmlicher Drill in der Bundeswehr nicht mehr gepflegt werde.

Wolfgang Klein untersuchte die auch in der „DDR" vorhandene Lust aufs Eigenheim, stellte Familien vor, denen es gelungen war, Baugrund zu bekommen und erst recht Baumaterial. Klein interviewte Stadtarchitekten, Bürgermeister, die natürlich behaupteten, daß mehr oder weniger hervorragende Bedingungen für Eigenheiminteressenten herrschten. Aber dann nannte Klein Gegenfakten: Willkür wurde deutlich, Mangelwirtschaft, Frust bei Betroffenen. Klein und Merseburger behalten die Realität im Auge, lassen Wünsche Wünsche sein. Das macht gespannt auf neue Berichte.

ULRICH SCHACHT

Heimwege in die Fremde

Leicht hatte er es bestimmt nicht, der 75jährige im Münchner Exil lebende Autor und Regisseur Hanus Burger. Als ihm 1950 in New York ein Drehbuch zensuriert wurde, entschloß er sich, die USA zu verlassen. Burger ging nicht – wie viele andere Opfer des McCarthysmus – etwa nach Großbritannien, Frankreich oder Italien. Das langjährige KP-Mitglied Burger zog es in das Land, in dem er geboren worden war: in die Tschechoslowakei, wo gerade Zehntausende Demokraten in kommunistischen Gefängnissen und Lagern gefoltert, geprügelt und totgeschlagen wurden, wo in Schauprozessen politische Gegner an den Galgen kamen. Burger wollte von alledem – trotz seiner von ihm im Film erwähnten Freunde aus höchsten Parteikreisen, von denen einige später selber Opfer der Terrorjustiz wurden – nichts gewußt haben. Sicher stimmt dies. Millionen ČSSR-Bürger ahnten damals nicht, was hinter Gefängnismauern und Stacheldraht vorging, und erfuhren erst 1968 die volle Wahrheit. Unverständlich aber, warum Burger andererseits gleichzeitig das Nichtwissen der Deutschen über NS-Greueltaten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches so entschieden abstreitet.

Zurechtbiegen von Tatsachen, damit sie seinem Weltbild entsprechen, läßt Burger leider einige Male durchblicken. Es stimmt einfach nicht, daß die Westmächte im Herbst 1938 den Vorschlag Stalins ablehnten, gemeinsam gegen Hitler zu kämpfen. Es gab niemals einen solchen Vorschlag. Die USA hatten auch schon Monate vor ihrem Kriegseintritt einen klaren Anti-Hitlerkurs gestartet. Oder: Demokratische Exulanten aus der Tschechoslowakei kämpften und starben schon zwei Jahre an den Fronten (Luftschlacht um England 1940), bevor die Kommunisten den „imperialistischen" in den „vaterländischen" Krieg umwandelten.

Schade, daß diese Unterlassungen Hanus Burgers, der sich jetzt „utopischer Sozialist" nennt, den Wert dieser wichtigen und professionell gemachten Dokumentation nicht unwesentlich minderten. Um Irrwege zu entschuldigen, sollte die historische Wahrheit nicht so leichtfertig mit den Füßen getreten werden.

RUDOLF STRÖBINGER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Infam
Amerikanischer Spielfilm (1961
Mit Audrey Hepburn u. a.
11.50 Umschau
12.10 Hoffnung für Millionen
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Heide Nullmeyer berichtet in der heutigen Ausgabe des Frauenmagazins über die deutsch-schwedische Publizistin Birgitta Wolf, die durch ihren Einsatz für Strafgefangene und Obdachlose bekannt wurde.
16.55 Die Grönlandflieger
Letzter Teil: Der Flug
17.25 Der Papalagi auf Reisen
Letzter Teil: Von der verlorenen Zeit
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Boxsport International
Die großen Kämpfe unseres Jahrhunderts
21.00 Report
Unter anderem geplant:
Neue Armut in Deutschland – Grenzen des Sozialstaats
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
Trügerisches Glück
22.30 Tagesthemen
23.00 Francis Bacon
Ein Porträt des Malers
Am Sonntag feiert Englands bedeutendster zeitgenössischer Maler Francis Bacon seinen 75. Geburtstag. Grund genug für die ARD, ein Porträt zu Ehren des exzentrischen Einzelgängers anzufertigen. Schauplatz des Films ist dabei das Atelier Bacons, in dem er seine Bilder malt, die viele als abstoßend und brutal empfinden.
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Schlümpfe
Ein Geschenk vom Wasserkobold
16.15 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer mit Norbert Schramm, Michael Sauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ilse Werner
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Der Kontrolleur
19.00 heute
19.30 Kirsten und Bernd oder Der lange Weg zurück
Kirsten und Bernd, beide Alkoholiker, lernen sich in einer Entzugstherapie kennen und beschließen, gemeinsam einen neuen Start in ein Leben ohne Alkohol zu wagen. Dokumentarfilm über die Vorgeschichte und den schwierigen Neuanfang dieser beiden Alkoholabhängigen im Rahmen der „Suchtwoche im ZDF".
21.00 Fische im Sand
beobachtet von Friedrich Reinhard
21.15 WISO
Mieterschutz bei Eigentümerwechsel
21.45 heute-journal
22.05 Die amerikanische Nacht
Film von François Truffaut
Dieser 1973 entstandene Film, für den Truffaut einen Oscar gewann, ist vor allem eine Auseinandersetzung mit der eigenen Existenz als Filmemacher und eine Abrechung mit den Schwierigkeiten des Metiers, ferner der Rückblick auf Phasen des eigenen Schaffens. Truffaut selbst hat die Rolle des Regisseurs Ferrand übernommen.
23.50 heute



Jacqueline Bisset und François Truffaut bei den Dreharbeiten zu „Die amerikanische Nacht" – ZDF, 22.05 Uhr FOTO: DPA

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Hans-Gerd Wiegand aus Kanada: In den Atlantik-Provinzen
20.45 Rückblende
Vor 100 Jahren geboren: Claire Waldoff
21.00 Formel Eins
ARD-Hitparade
21.45 Wir lagen vor Wanne-Eickel
22.15 Thema des Monats
23.15 Schach für jedermann
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 Beat-Club
Waylon Jennings
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Eine Live-Sendung aus Berlin
21.15 Schrecken des Krieges
Ferdinand VII., die Hoffnung
22.10 Frauenberufe
Die Zukunft begann vor 100 Jahren
22.55 Schach dem Weltmeister
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.30 Pan Tau
19.00 Formel Eins
19.45 Gesetzt den Fall, Sie brauchen Geld
20.00 Madame sans Gêne
Franz.-ital.-spanischer Spielfilm (1961)
Mit Sophia Loren u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Friederike Roth – Stadtschreiberin
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Frankenthal und seine TG 1846
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Nicht, daß wir Fremde waren
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Klauen wir gleich die ganze Bank
22.35 Les cuisines ...
23.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 Der Familiensport – Die Sportfamilie
18.45 Rundschau
19.00 Minirock und Kronjuwelen
20.30 Reisegeschichten aus der Südsee
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.35 Der Sportstammtisch
23.20 Rundschau

Gutachten: Lohnrunde als Hemmschuh

● Fortsetzung von Seite 1

werden. Diese, in den fünfziger und auch in den sechziger Jahren gängige Praxis sollte reaktiviert werden.

Diese Vorstellungen werden von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, aber auch von den wirtschaftspolitischen Sprechern der Regierungsparteien, Matthias Wissmann (CDU/CSU) und Otto Graf Lambsdorff (FDP), geteilt. Auch nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Bangemann würden die Chancen des Produktionsstandortes Bundesrepublik sich verschlechtern, wenn es nicht gelingt, eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit zu erreichen. Dagegen halten der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Uwe Jens, und die Gewerkschaften Senkungen des Realeinkommens für kein geeignetes Mittel zur Krisenüberwindung. Jens plädiert, wie auch das Berliner Institut, dafür, den restriktiven Kurs in der Finanzpolitik aufzugeben.

Die Konjunkturforscher weisen darauf hin, daß die Bundesregierung bei der Verringerung des Staatsdefizits, dem wichtigsten Anliegen der Wirtschaftspolitik in den vergangenen zwei Jahren, zwar ein beachtliches Stück vorangekommen sei. Nachteilig mache sich jedoch bemerkbar, daß die Konsolidierung zum Teil durch Anhebung von Steuern und Abgaben betrieben wurde. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz und der Einkommensteuerreform mache die Regierung zwar Schritte in die richtige Richtung, doch blieben sie deutlich hinter dem zurück, was notwendig wäre, um das Wachstum nachhaltig zu fördern. Nach Ansicht der Institute müsse die Korrektur des Einkommensteuertarifs Vorrang vor einer Familienkomponente haben. Die Reform des Steuertarifs sollte zudem 1986 in einem Schritt in Kraft gesetzt werden.

Steckt das KGB hinter Entführung Popieluszkos?

Polnische Bischöfe fürchten um Leben des Verschleppten

DW. Warschau

Die Verschleppung des 37jährigen Warschauer Priesters Jerzy Popieluszko hat nach Meinung der polnischen Bischöfe einen politischen Hintergrund. Es sei zu befürchten, daß Entführungen „eine Methode der politischen Abrechnung in Polen" würden, hieß es in der Stellungnahme des Episkopats. In ihr wird nicht verhehlt, daß man um das Leben des für seine Sympathien für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" bekannten Geistlichen fürchte.

In polnischen Oppositionskreisen ist man sicher, daß Popieluszkos Verschleppung auf das Konto der „Organisation Anti-Solidarnosc" (OAS) geht. Die OAS operiert außerhalb des Bereichs des Innenministeriums. Zweifelsohne, so hieß es, könne sie dies nur mit Rückendeckung des Moskauer Geheimdienstes KGB tun, der in Warschau zahlreiche „Kontaktwohnungen" unterhält. Nur so seien die abfälligen Äußerungen von OAS-Mitgliedern über Innenminister General Czeslaw Kiszczak verständlich, der von ihnen als zu weich kritisiert wird.

Oppositionskreise bestätigten diesen Verdacht und weisen auf die Querverbindung der OAS zur angeblich inzwischen aufgelösten patriotischen Bewegung Grunwald und deren Wochenorgan Rzeczywistosc hin, wo die Scharfmacher aus dem KP-Flügel sitzen, mit den Politbüro-Mitgliedern Albin Siwak und Stefan Olszowski sowie dem abgehalfterten Politbüro-Mitglied Tadeusz Grabski.

Schwerpunkt des OAS-Aktionsgebietes sei die westpreußische Region. Dennoch: Der Überfall auf die kirchliche Verteilerstelle von Westgeschenken im Warschauer Franziskanerkloster im vergangenen Jahr wird auch der OAS zugerechnet. Damals wurde die Dichterin Barbara Sadowska schwer mißhandelt. Ihr Sohn Grzegorz Przemyk wurde einige Tage darauf in einem Polizeikommissariat zu Tode gefoltert.

Auf das Konto der OAS soll auch der Mord an dem populären Bauernführers der Region Bromberg Piotr Bartoszcze gehen. Der 33jährige war mit blutigen Flecken ertrunken in einem Bewässerungsgraben gefunden worden. Vorher waren Gehöfte der Sippe Bartoszcze von „unbekannten Tätern" mehrmals in Brand gesteckt worden.

In deutschen Kirchenkreisen ging man gestern ebenfalls von einer Aktion des KGB aus. Das Regime Jaruzelski, so wurde argumentiert, könne kein Interesse daran haben, ausgerechnet zum Auftakt des mit großem publizistischem Aufwand vorbereiteten Besuch des griechischen Regierungschefs Papandreou mit der Entführung eines prominenten Oppositionellen belastet zu werden. Ein solches Interesse wird eher beim Kreml vermutet, dem die wieder in Gang gekommenen Gespräche zwischen Kirche, Teilen der Opposition und dem Regime in Warschau ein Dorn im Auge sind.

Die OAS hatte in einem ihr zugerechneten Flugblatt erklärt: „Die Jaruzelski-Gruppe und der verbeamtete Sicherheitsdienst SB sind nicht in der Lage, den Krebs zu bekämpfen, der unser Volk befallen hat: nämlich die Konspiration sowie die Opposition." Und weiter hieß es in diesem Text: „Die Solidarität-Gewerkschaft ist dieser Krebs. Jetzt werden wir gegen ihn kämpfen. Wir werden überall dort zuschlagen, wo man dies am wenigsten erwartet. Nehmt Euch in acht."

Kontakte über Zukunft der „Westbank"

hav. Jerusalem

Zwischen Israel und Jordanien ist es nach Informationen arabischer Kreise im Westjordanland zu Kontakten über die Zukunft dieser von Israel verwalteten Gebiete gekommen. Auch die PLO soll von jordanischer Seite über diese Kontakte informiert worden sein.

Gesprächsgegenstand soll die vom israelischen Premierminister Peres vertretene „Erleichterung der Lebensbedingungen in der Westbank" sein. Diese Thematik ist auch in den Verhandlungen von Peres Anfang dieses Monats in Washington angesprochen worden.

Gegenwärtig sollen die Israelis die Neubesetzung von vier Bürgermeisterposten in der Westbank erwägen. In den Städten Nablos, Ramallah, El Bireh und Hebron, die seit mehr als zwei Jahren von israelischen Beamten verwaltet werden, waren die arabischen Bürgermeister wegen Begünstigung von terroristischen Vereinigungen abgesetzt worden.

Jerusalem soll nun bereit sein, als erstes einen palästinensischen Bürgermeister für Nablos zu ernennen. Für den Posten haben die Israelis den Kaufmann Bassel Kan'an ausgewählt, der politisch nach Jordanien ausgerichtet ist. Die Annahme des Auftrags durch Kan'an ist nur mit jordanischer Zustimmung denkbar. Amman lehnt vorläufig die Ernennung Kan'ans ab. Die Ablehnung scheint jedoch nicht endgültig zu sein.

Amman möchte sich offenbar vorerst mit PLO-Chef Arafat beraten. Dagegen haben die Israelis keine Einwendungen. Sie wissen, daß Arafat jetzt das jordanisch-ägyptische Spiel mitmacht: Die Forderung nach einem souveränen palästinensischen Staat wird totgeschwiegen.

Die Terroranschläge in Frankreich nehmen zu

Bombenattentate der linksextremen „Direkten Aktion"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Drei Bombenanschläge innerhalb von 48 Stunden in Paris haben der französischen Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß ein gewisser fanatischer Terrorismus auch in Frankreich keineswegs tot ist. Jedesmal zeichnete die linksextrem orientierte „Direkte Aktion" (AD) für die Attentate verantwortlich. Die beiden ersten Anschläge richteten sich in der Nacht zum Sonntag gegen zwei Betriebe in der Pariser Bannmeile, die für die Luftwaffen- und Raketenrüstung arbeiten. Ein dritter traf in der darauffolgenden Nacht ein Studienbüro, das ebenfalls im Auftrag der Rüstungsindustrie steht, in der Pariser Innenstadt. Jedesmal entstand erheblicher Sachschaden. Bei einem der Attentate wurden zwei Passanten von herumfliegenden Mauersplittern verletzt. Ein anderes Attentat hätte, wenn eine getroffene Gasleitung nicht vorher abgeschaltet worden wäre, das ganze Gebäude zerstören können.

Die „Direkte Aktion" wird für allein sieben Attentate in diesem Jahr in ganz Frankreich verantwortlich gemacht. Sie operiert seit den letzten Jahren der Giscard-Ära und steht in Verbindung mit linksextremen Organisationen in anderen europäischen Ländern, insbesondere in Belgien und Italien.

Die französische Polizei arbeitet eng mit der belgischen Polizei zusammen, die in der Bekämpfung der „Direkten Aktion" schon auf Erfahrung zurückgreifen kann. In Belgien nennen sich die Terroristen der DA zwar „Kommunistische kämpferische Zellen" (CCC), führen ihren Ursprung aber auf die ältere französische Organisation zurück. Das Vorhandensein von direkten Verbindungen zwischen CCC und DA ist von der belgischen Polizei im Rahmen einer „Aktion Mammut", die am vergangenen Freitag im ganzen Land mit dutzenden von Verhaftungen durchgeführt worden war, klar bewiesen worden. Auch Querverbindungen zur „Roten Armee Fraktion" in der Bundesrepublik wurden nachgewiesen.

Das sozialistische Regime hatte sich zunächst der Terrororganisation gegenüber nachgiebig gezeigt und noch 1981 verurteilte Mitglieder amnestiert. Heute hat die Pariser Regierung der Organisation schärfsten Kampf angesagt, nachdem eine Reihe schwerer Morde und Attentate deren Gefährlichkeit enthüllt hat. Noch am 23. August dieses Jahres kam ein schwerer Bombenanschlag auf den Sitz der Westeuropäischen Union in Paris, der offenbar nach dem Modell libanesischer Attentäter in Form eines mit Sprengstoff angefüllten Fahrzeuges ausgeführt werden sollte, nur dadurch nicht zur Ausführung, weil die Bombe in dem vor dem Gebäude abgestellten Wagen nicht explodiert war. Die Westeuropäische Union ist für Verteidigungsfragen zuständig, die die sechs Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft plus Großbritannien betreffen.

Das eigens zur Bekämpfung der „Direkten Aktion" aufgestellte Sonderdezernat der französischen Polizei vermutet, daß die letzten drei Anschläge auf die Verhaftung zweier Journalisten zurückzuführen sind, die der Zusammenarbeit mit der „Direkten Aktion" verdächtigt werden. Beide hatten sich wiederholt zu den Zielen der Organisation bekannt und verhaftete Mitglieder von DA im Staatssicherheitsgefängnis bei Paris besucht. Sie waren in der vorigen Woche auf eine Denunziation hin an ihrem Arbeitsplatz in ihren Redaktionen verhaftet worden.

Paris schickt Kabul Noten wegen Abouchar

SAD/rtr, Paris

Die französische Regierung hat verschiedene diplomatische Schritte unternommen, um die Freilassung des in Afghanistan zu 18 Jahren Haft verurteilten Journalisten Jacques Abouchar zu erwirken. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums teilte mit, der afghanische Geschäftsträger Keschtmand sei wegen des Falles auf dringende Anordnung Außenminister Cheyssons einbestellt worden, um zwei an die Regierung in Kabul gerichtete Noten entgegenzunehmen. Ein leitender Ministerialbeamter habe die sofortige Freilassung des wegen illegalen Grenzübertritts verurteilten Abouchar gefordert. Aus diplomatischen Kreisen verlautete, Cheysson habe darüber auch mit dem sowjetischen Botschafter in Paris, Woronzow, vor dessen Abreise nach Moskau gesprochen.

Außenminister Angolas entlassen

dpa, Lissabon

Der angolanische Außenminister Paolo Jorge ist aus „dienstlichen Gründen" aus seinem Amt entlassen worden. Der angolanische Rundfunk meldete, Jorge habe auch seinen Sitz im Zentralkomitee der angolanischen Einheitspartei MPLA verloren. Politischer Beobachter in Lissabon vermuten, daß die Amtsenthebung des als prosowjetisch geltenden Ministers die dreiseitigen Verhandlungen zwischen Angola, Südafrika und den USA über Namibia erleichtern soll. Staatschef José Eduardo dos Santos hatte Anfang des Monats das „Fehlen einer engen Verbindung" zwischen dem Außenministerium und der Partei beklagt. Die Entlassung des Angolaners, der 1976 sein Amt angetreten hatte, könnte auch mit den Besuchen zusammenhängen, die der amerikanische Unterstaatssekretär für Afrikafragen im State Department, Wissner, kürzlich in Luanda, Pretoria und Lissabon machte.

Den Haag besteht auf Sowjet-Erklärung zu SS 20

Niederländische Politiker ohne Informationen aus Moskau zurück

BODO RADKE, Den Haag

Den Mitgliedern einer niederländischen Parlamentarier-Delegation ist es während ihrer Gespräche mit führenden Sowjetfunktionären in Moskau nicht gelungen, präzise Informationen über den derzeitigen Stand der Produktion und Stationierung von SS-20-Raketen zu erhalten.

Parlamentspräsident Dolman, der während der achttägigen Reise die Delegation geleitet hatte, berichtete, er habe die sowjetischen Gesprächspartner nachdrücklich darauf hingewiesen, daß man sich in den Niederlanden bei der für den 1. November 1985 angekündigten Entscheidung über eine eventuelle Teilnahme Hollands an der NATO-Nachrüstung völlig auf Angaben von amerikanischer Seite verlassen müsse, wenn Moskau bis dahin weiterhin Informationen verweigern sollte. Dolman gehört der sozialistischen „Partei der Arbeit" an.

Am 1. Juni dieses Jahres hatte die Mitte-Rechts-Regierung in Den Haag beschlossen, die Entscheidung über eine eventuelle Stationierung von 48 Marschflugkörpern (Cruise Missiles) auf der niederländischen Luftwaffenbasis Woensdrecht um weitere eineinhalb Jahre zu verschieben. Sie hatte dazu erklärt, es würden keine Cruise Missiles nach Holland kommen, wenn die Zahl der sowjetischen SS-20-Raketen in diesem Zeitraum unverändert auf dem Stande vom 1. Juni 1984 bleiben sollte. Anderenfalls würde ein automatisches „Ja" zur Teilnahme an der NATO-Nachrüstung erfolgen.

Seither konzentriert sich die innenpolitische Diskussion in den Niederlanden über das leidenschaftlich umstrittene Thema immer mehr auf die Frage, welche Kriterien an Informationen über den Stand der sowjetischen Rüstung auf dem Gebiet atomarer Mittelstreckenraketen angelegt werden sollten. Der christlich-demokratische Premierminister Lubbers räumte kürzlich ein, daß die USA durch den Einsatz ihrer Beobachtungs-Satelliten ein Informationsmonopol innerhalb der NATO hätten.

Nicht nur Sozialisten, sondern auch Angehörige des linken Flügels der Christdemokraten erhoffen sich offenbar von einer offiziellen Erklärung der Sowjetführung zu dem Thema die Möglichkeit, die Diskussion über das heiße Eisen einer Beteiligung Hollands an der NATO-Nachrüstung über den 1. November 1985 – und damit dann wohl auch über die Parlamentsneuwahlen im Frühjahr 1986 – hinaus offenhalten zu können. Wie Parlamentspräsident Dolman jetzt nach der Rückkehr aus Moskau berichtete, seien die sowjetischen Gesprächspartner genau über die Situation Hollands unterrichtet. „Sie wußten sogar präzise, wo Woensdrecht liegt", fügte er hinzu. (SAD)

Moskau: Dissidentin fordert Ausreise

dpa, Den Haag

Die sowjetische Regimekritikerin Irina Grivnina hat die Behörden in Moskau gebeten, ihr die sowjetische Staatsbürgerschaft abzuerkennen und die Ausreise nach den Niederlanden zu gestatten. Die „Bukowski-Stiftung" in Amsterdam teilte mit, die Bürgerrechtlerin wolle sich mit ihren beiden Kindern in Holland niederlassen. Der liberale Fraktionsführer im Haager Parlament, Ed Nijpels, hatte sie im vergangenen Jahr bei einem Besuch in Moskau zur Auswanderung aufgefordert. Die 39jährige Computer-Programmiererin war Mitglied einer Arbeitsgruppe, die sich gegen den Mißbrauch der Psychiatrie für politische Zwecke ausgesprochen hatte.





Moskau: Karikatur prangert die Agrar-Mißstände an

Planungschef nennt Zahlen / Ursachen so alt wie das System

AFP, Moskau

Die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud" hat die Mißstände in der Landwirtschaft des Landes mit einer besonders bösen Karikatur gebrandmarkt: Sie zeigt eine Erntemaschine, die die gedroschenen Körner einem Raben in den aufgerissenen Schnabel schüttet. Dieses Dauerhandikap des Systems steht auf der Tagesordnung der heute beginnenden Sondersitzung des Zentralkomitees der KPdSU. Die satirische Offenheit des staatlich kontrollierten Blattes macht den Ernst deutlich, mit dem die Kremlführung auch unter Konstantin Tschernenko das Agrarproblem angeht.

Der Abteilungsleiter bei der staatlichen Planungsbehörde, Chodschajew, verdeutlichte die Mängel in Zahlen: Die diesjährige Getreideernte in der UdSSR liegt bei durchschnittlich 14,3 Doppelzentner pro Hektar, statt, wie geplant, bei 19,2. Der Planungsverantwortliche betonte, die Lage sei zwar „nicht katastrophal", aber „äußerst problematisch". Die Ergebnisse der Viehzucht hätten sich „leicht gebessert", die Fleischrationierung müsse jedoch in „zahlreichen Regionen" weiter beibehalten werden.

Somit ist das 1982 unter Leonid Breschnew formulierte „Ernährungsprogramm" einer Selbstversorgung der UdSSR von 1990 an weit von seiner Verwirklichung entfernt. Westliche Beobachter in Moskau schätzen, daß sich die sowjetische Getreideernte 1984 auf lediglich 170 Millionen Tonnen beläuft und so dem Planziel um ganze 70 Millionen Tonnen nachhinkt. Moskau muß also, wie gehabt, das fehlende Getreide auf dem westlichen Markt einkaufen.

Die Ursachen für die Schwäche der sowjetischen Agrarproduktion sind so alt wie das System selbst: Mangelnde Arbeitsdisziplin, Verschwendung, Mängel bei der Wartung des Maschinenparks, Verspätung und Fehler bei der Lagerung, Chaos im Gütertransport und bei der Verteilung, Verantwortungslosigkeit bei den Kadern und Mangel an Eigeninitiativen. In diesem Jahr geißelten die Staatsmedien besonders die unzureichende Verteilung und den fehlerhaften Einsatz von Düngemitteln.

Immer offener spricht man auch von der Kriminalität im Agrarbereich. So werden durch Diebstahl von Reifen und Einzelteilen Tausende von Landwirtschaftsmaschinen betriebsunfähig. Ein offenbar bedeutender Teil der Ernte wird umgeleitet und auf dem freien Markt verhökert. Das Material auf den Kolchosebaustellen wird zur Fertigung der eigenen Datscha entwendet. Der Staat wird durch Buchführungsfälschungen um Millionen geprellt. Entsprechend steigt die Zahl der Verurteilungen wegen „Wirtschaftsverbrechen": In diesem Jahr gab es sogar mehrere Dutzend Todesurteile.

Maßnahmen gegen den Terrorismus

fu. London

Eine Verschärfung und bessere Koordinierung von Anti-Terrorismus-Maßnahmen wird im Mittelpunkt des Gesprächs stehen, das der französische Staatspräsident Mitterrand morgen mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher führen wird. Mitterrand wird heute zu einem viertägigen Staatsbesuch in London erwartet.

Auf der Themenliste der Gespräche in Downing Street 10 werden neben der Terrorismus-Problematik auch die schwierige Frage der Finanzierung eines gemeinsamen Projekts zur Untertunnelung oder Überbrückung des Ärmelkanals stehen, gemeinsame Probleme der Wirtschaftspolitik (insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit) sowie eine Verstärkung der französisch-britischen Achse innerhalb der EG angesichts der voranschreitenden deutsch-französischen Initiative zur Belebung der europäischen Idee.

Mitterrand wird während seines Besuchs mit der britischen Königin zusammentreffen und an die vor 80 Jahren geschlossene „Entente Cordiale" erinnern. Auch vor dem Unterhaus wird der französische Politiker sprechen.

„DDR" verweigert Grünem die Einreise

rtr, Berlin

Die „DDR" hat dem Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen, Wilhelm Knabe, die Einreise nach Ost-Berlin verweigert. Knabe teilte gestern mit, ihm sei sowohl am Samstag als auch am Montag ein Tagesvisum verwehrt worden. Während er am Samstag ohne Begründung abgewiesen worden sei, habe man ihm am Montag mitgeteilt, eine Einreise sei zur Zeit nicht möglich, da er nicht Mitglied des Bundestages sei. Zu der Begründung der Einreiseverweigerung erklärte Knabe, nach dem politischen Verständnis der Grünen könne eine unterschiedliche Behandlung von Bundesvorstand und Fraktion nicht hingenommen werden.

Die Zinsen sinken

cd. – Die deutschen Kapitalmarktzinsen sind mit rund siebeneinviertel Prozent so niedrig wie schon seit Ende 1978 nicht mehr. Daß sie gerade in den letzten Wochen so stark gerutscht sind, ist im wesentlichen dem angekündigten Wegfall der Couponsteuer zu verdanken, der deutsche Rentenwerte für Ausländer attraktiver macht. Sicherlich wäre unser Zinsniveau noch niedriger, wenn nicht noch immer die hohen US-Zinsen als Zinssenkungsbremse wirkten. Doch auch jenseits des großen Teichs sind die Zinsen jetzt ins Rutschen gekommen, mehr sogar als bei uns.

Zwar wird ein starker Zinsrückgang in den USA nach wie vor für ziemlich unwahrscheinlich gehalten, solange das Budgetdefizit Washingtons nicht deutlich zurückgeschnitten wird, auf der anderen Seite gibt es im Zusammenhang mit der Abkühlung des Konjunkturbooms jedoch erste Anzeichen für ein Abflauen der Inflationsängste. Nun soll man zwar den Tag nicht vor dem Abend loben; aber wenn diese Hoffnungen stärker aufkeimen, wächst das Zinssenkungspotential nicht nur in den USA, sondern auch bei uns.

Auf einem anderen Blatt steht freilich, ob ein solches Szenario auch einen Rückgang des Dollar-Kurses zuläßt. Da ein niedrigerer Dollarkurs und damit eine höhere Bewertung im Interesse der deutschen Wirtschaft liegen, sollte man sich schon auf jeden Fall vor der Spekulation hüten, daß die Bundesbank dem Zinssenkungsprozeß des Marktes mit einer geldpolitischen Anpassungsstrategie folgen könnte.

Vorbildlich

ds (Mailand) – In Madrid hat die internationale Vereinigung der Finanz-Analysten die Geschäftsbilanz des Turiner Fiat-Konzerns mit einem Preis ausgezeichnet, der dieses Jahr zum ersten Mal verliehen wurde. Gewürdigt wurde als beispielhafte Unternehmenspublizität die übersichtliche Form, in der die Konzernholding Fiat die Ergebnisse von 420 Tochtergesellschaften in 14 verschiedenen Geschäftsbereichen und 55 Ländern konsolidiert hat. Zusätzlich wurde das Fiat-Management ausgezeichnet für den erfolgreichen Abschluß der Mammut-Kapitalerhöhung, die der Gesellschaft umgerechnet mehr als eine Milliarde Mark zugeführt hat. Die Bilanz setzt schon Maßstäbe. Die Kapitalaufstockung von Fiat stellt einen Rekord auf unter allen bisherigen Börsenoperationen italienischer Konzerne. Ein Beweis, wie weit ein Unternehmen in einem Aktienmarkt, der an seiner eigenen Enge zu ersticken droht, kommt. Ein Vorbild für jene börsennotierten staatlichen Gesellschaften, die sich erfolglos bei ihren Aktionären um frisches Kapital bemühen.

WELTWIRTSCHAFT / Gutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute

Langsameres Wachstum wird ohne Einfluß auf deutsche Exporte bleiben

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der Export bleibt auch in den kommenden Monaten die gewichtigste konjunkturelle Antriebskraft. In ihrem Herbstgutachten gehen die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute von einem realen Anstieg der Warenausfuhr um reichlich acht Prozent gegenüber dem Vorjahr aus; ohne Streikeinflüsse wäre der Anstieg noch stärker. Für 1985 sagen sie eine Zunahme um 6,5 Prozent voraus. Der Überschuß in der Leistungsbilanz dürfte sich auf 20 Milliarden Mark verdoppeln.

Die Institute erwarten, daß die langsamere Expansion des Welthandels zunächst noch nicht auf die deutsche Warenausfuhr durchschlagen wird. Sie werde vielmehr überdeckt durch das Nachholen von streikbedingt ausgefallenen Lieferungen, aber auch durch die leicht steigende Nachfrage nach Investitionsgütern in den westeuropäischen Ländern, die den deutschen Exporteuren überdurchschnittlich zugute kommt. Im Dollar-Raum dürfte die günstige Wettbewerbsposition, die sich aus dem hohen Wechselkurs des US-Dollar ergibt, zum weiteren Gewinn von Marktanteilen führen.

Für 1985 wird mit einer weiteren deutlichen Erhöhung der Warenausfuhr gerechnet. Die geringere Zunahme des Welthandels wird sich auf den deutschen Export nicht voll auswirken, da sich die Nachfrage-Expansion auf den relevanten Märkten weniger verlangsamt.

Alles in allem zeichnen sich in den Industrieländern für die nächste Zeit keine neuen wirtschaftspolitischen Impulse für die Entwicklung von Nachfrage und Produktion ab. Allerdings sind auch keine Bremsmanöver zu erwarten, weil eine spürbare Be*schleunigung des Preisauftriebs* nicht wahrscheinlich ist. Die Entwicklung dürfte wieder mehr durch die fundamentalen Wachstumsbedingungen geprägt sein.

Sie lassen in den USA weiterhin einen stärkeren Produktionsanstieg als in den meisten anderen Industrieländern erwarten. Er dürfte indes nicht mehr über das Potentialwachstum hinausgehen. Für 1984 rechnen die Institute mit einem Anstieg des amerikanischen Bruttosozialprodukts um real sieben Prozent, im nächsten Jahr dürfte sich der Zuwachs auf 3,5 Prozent halbieren.

In Japan dürfte die konjunkturelle Verlangsamung nicht so ausgeprägt ausfallen, da die geringeren Exportimpulse durch eine Belebung der Inlandsnachfrage ausgeglichen werden dürften. Nach einem Plus von 5,5 Prozent 1984 sagen die Institute für Japan einen Anstieg des Sozialprodukts um real vier Prozent für das nächste Jahr voraus.

Am schwächsten wird das wirtschaftliche Wachstum in Europa ausfallen, da die Verbesserung der Wachstumsbedingungen nur langsam vorankommt. Das Tempo reicht jedenfalls nicht aus, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Für 1984 erwarten die Institute eine Zunahme des Sozialprodukts von 2,2 und für 1985 von 2,0 Prozent.

Das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer insgesamt wird 1984 um fünf Prozent höher sein als im Vorjahr und 1985 um drei Prozent steigen. Für den realen Welthandel zeichnet sich nach einem Zuwachs von acht bis neun Prozent in diesem Jahr ein Anstieg von rund vier Prozent im nächsten Jahr ab. Die in diesen Raten zum Ausdruck kommende Verlangsamung der konjunkturellen Expansion der Weltwirtschaft hat sich allerdings bereits weitgehend im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 vollzogen, so daß mit einer weiteren nennenswerten Abflachung nicht gerechnet werden muß.

Der deutsche Import dürfte wegen der verhaltenen Expansion von Nachfrage und Produktion, den dämpfenden lagerzyklischen Einflüssen und der wechselkursbedingt ungünstigen Wettbewerbsposition vieler ausländischer Anbieter 1985 nur um vier Prozent nach sechs Prozent in diesem Jahr expandieren. Da sich die Austauschverhältnisse (Terms of trade) nicht weiter verschlechtern werden, dürfte der Überschuß in der Leistungsbilanz von zehn in diesem auf rund 20 Milliarden Mark im kommenden Jahr steigen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Außenminister diskutieren wieder über Süderweiterung

WILHELM HADLER, Luxemburg

Neue Anstrengungen zur Überwindung der internen Widerstände gegen den Beitritt Spaniens und Portugals haben die Außenminister der EG gestern in Luxemburg unternommen. Es ging um gemeinsame Positionen in den Verhandlungsbereichen Olivenöl, Obst und Gemüse, spanische Hochzölle und Kindergeld. Sie waren von der irischen EG-Präsidentschaft bereits vor Monaten zu einem „Minipaket" verknüpft worden.

Seit der letzten Beratungsrunde, bei der die Unterhändler Spaniens und Portugals vor den Türen des Sitzungssaales verharren mußten, haben unter den Zehn vielerlei Bemühungen um Kompromißlösungen stattgefunden. Der amtierende Ratspräsident Jim O'Keeffe sondierte bei einer Rundreise durch mehrere EG-Hauptstädte die Chancen für eine Auflockerung der Fronten; trotzdem gab es gestern noch erhebliche Widerstände zu überwinden.

Kernpunkt des Verhandlungspakets war der Versuch, die mit der Süderweiterung wachsenden Probleme des Olivenölmarktes in den Griff zu bekommen. Die Bundesrepublik und einige andere „nördliche" Staaten wollen soweit wie möglich sicherstellen, daß der Beitritt nicht zu einer Ausdehnung der spanischen Erzeugung führt.

Gegenwärtig hat die Gemeinschaft noch einen Einfuhrbedarf an Olivenöl. Bei Einbeziehung der spanischen und portugiesischen Produktion wird sich der Selbstversorgungsgrad jedoch von 95 auf 110 Prozent erhöhen. Die Bundesregierung tritt aus Gründen der Kostenbegrenzung dafür ein, schon jetzt den Grundsatz einer Beschränkung der Garantiemengen in die Beitrittsverhandlungen einzubringen. Dagegen kämpfen die Italiener dafür, eine entsprechende Regelung erst für den Fall in Betracht zu ziehen, daß tatsächlich Überschüsse entstehen. Sie gehen dabei nach wie vor von der Idee einer Fettsteuer aus.

Fest stand nach der gestrigen Vormittagssitzung, daß die Olivenölerklärung nur in erheblich „verwässerter" *Form Aussicht auf Einigung hatte.* In der Diskussion war die EG-Kommission zu beauftragen, beim Eintreten einer Überschußsituation von sich aus tätig zu werden und dem Rat produktionsbeschränkende Maßnahmen vorzuschlagen.

Weitgehend ausgeräumt waren die Probleme bei der Bemessung der den beitrittswilligen Staaten anzubietenden Kindergeldregelung. Hier setzte sich Bonn mit seiner Forderung nach einer siebenjährigen Übergangsfrist durch, innerhalb derer die Höhe der Überweisungen für die Kinder, die im Herkunftsland verbleiben, nach den Vorschriften des Heimatlandes bestimmt werden soll. In einer Protokollerklärung wollte die Bundesregierung durchsetzen, daß bei einem späteren türkischen EG-Beitritt auch nach dieser Frist das sogenannte Wohnlandprinzip gilt.

Chance für Leitende

Von KAREN SÖHLER

Ein Kongreß der Union der Leitenden Angestellten (Ula) sollte helfen, den Blick der Öffentlichkeit für die Probleme einer Minderheit zu schärfen. Seit Jahren kämpft der Spitzenverband – Dachorganisation für sieben Unterverbände mit rund 40 000 Mitgliedern – um die gesetzliche Verankerung einer eigenen Interessenvertretung, die bislang nur auf freiwilliger Basis in Form von Sprecherausschüssen besteht, und um eine „manipulationsfreie" Definition, was einen Leitenden Angestellten eigentlich auszeichnet.

Auf dem Kongreß schien es, als sei den Leitenden nach langem Kampf Erfolg beschieden. Denn Eberhard Pohlmann – der mit diesem Thema befaßte stellvertretende Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion – versicherte den gespannt lauschenden 200 Ula-Delegierten, daß der Fraktionsvorstand der CDU/CSU ein Sprecherausschußgesetz auf den parlamentarischen Weg bringen werde. Zwar stehen die Verhandlungen mit der FDP noch bevor, aber da die Liberalen sich in einem Parteitagsbeschluß bereits für die gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse ausgesprochen haben, sieht Pohlmann hier keine Schwierigkeiten.

Die beiden Fraktionen werden einen Gesetzentwurf vorlegen, der – in leicht abgewandelter Form – schon vor vier Jahren Gegenstand eines Gruppenantrages von über 160 CDU/CSU-Abgeordneten gewesen war. Damals scheiterte der Entwurf am Widerspruch der Koalition.

Nicht mehr auf der Oppositionsbank sitzend nahmen CDU/CSU *dennoch keine neuen Anläufe.* Das Bundesarbeitsministerium hatte sich – mit dem Hinweis auf wichtigere Probleme – gegen eine schnelle Behandlung der Ula-Forderungen gestemmt. Auf dem Kongreß nun über*raschte der Parlamentarische* Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt: Er sagte den Fraktionen volle sachliche Unterstützung zu. Offenbar hat die Auffassung gesiegt, daß die Leitenden Ausdruck einer differenzierten Gesellschaft sind.

Aber trotz der rosigen Aussichten der Ula sollten die Streitpunkte, um die es in Zukunft gehen wird, nicht vergessen werden. Denn die CDU/CSU vertritt nach wie vor die Auffassung, daß die Forderungen der Leitenden Angestellten durch ein vom Betriebsverfassungsgesetz unabhängiges Gesetz erfüllt werden sollten. Zu Recht – denn das Betriebsverfassungsgesetz ist insgesamt nicht auf Leitende Angestellte zugeschnitten. Hinzu kommt, daß die Änderung eines der wichtigen Gesetze der Bundesrepublik zu Grundsatzfragen führte und eine langwierige Prozedur auslöste.

Allerdings müssen die Fraktionen das Arbeitsministerium von dieser Erkenntnis noch überzeugen. Sonst werden sie möglicherweise auf die angekündigte sachliche Unterstützung verzichten müssen. Denn Vogt hält erheblich mehr von einer Ände*rung des Betriebsverfassungsgesetzes.*

Die ursprünglichen Bedenken scheinen weggeblasen. Der Staatssekretär würde sogar, wenn das Betriebsverfassungsgesetz denn zur Diskussion steht, gleichzeitig das Wahlrecht ändern – wie die Ula es fordert; statt des Verhältniswahlrechts eine Urwahl in Gruppen. Außerdem machten die Erfahrung der letzten Jahre Änderungen ohnehin notwendig. Es ist zu hoffen, daß die Regierung sich besinnt und sich entschließt, ein vor dem Regierungswechsel gegebenes Versprechen zu erfüllen – und zwar jetzt.

Ein Kompromiß ist allerdings auch von der Ula gefordert. Denn in dem Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion bleibt die Abgrenzungsfrage, wer eigentlich zu den Leitenden Angestellten zählt, unberücksichtigt. Dies würde also weiterhin schwammig durch den Paragraphen 5, Absatz 3 des Betriebsverfassungsgesetzes geregelt. Pohlmann glaubt, daß es sinnvoller ist, das Betriebsverfassungsgesetz nicht einmal zu streifen. Langfristig hält zwar auch der *CDU-Abgeordnete* eine klare Definition für notwendig – aber eben nicht im Augenblick. Hier sollte die Ula Einsicht zeigen. Ohnehin ist ihre Behauptung, sie würde mit ihrem Entwurf das Betriebsverfassungsgesetz *nicht* antasten, irreführend. Denn in ihrem Vorschlag ist der Abschnitt 6, Paragraph 24 mit den Worten „Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes" überschrieben.

AUF EIN WORT



„Die *Druckindustrie* hat auf moderne Technologien gesetzt. Diesen mutigen Investitionen verdanken wir es, daß wir uns heute dem Konkurrenzkampf stellen können. Der Fortschritt in den Druck-Technologien hat die Struktur unserer Branche gefestigt und die Arbeitsplätze sicherer gemacht."

Franz Josef Weixler, Präsident des Bundesverband Druck e. V., Wiesbaden FOTO: DIE WELT

Zuwachs bei Kernenergie

dpa/vwd, Essen

Der *Primärenergieverbrauch in der* Bundesrepublik hat in den ersten neun Monaten 1984 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,2 Prozent auf 278,6 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) zugenommen. Fast alle Energieträger haben das Vorjahresergebnis übertroffen, heißt es in einem Bericht des Gesamtverbands des Deutschen Steinkohlenbergbaus. Den größten Zuwachs wies die Kernenergie mit plus 40,9 Prozent auf 20,8 Mill. Tonnen SKE aus. Der Mineralölverbrauch stieg um 1,3 Prozent auf insgesamt 118,4 Mill. Tonnen SKE. Der Verbrauch von Steinkohle erhöhte sich um 8,2 Prozent auf 60,5 Mill. Tonnen SKE.

ÖLMARKT

Opec-Minister beraten auf Sonderkonferenz in Genf

dpa/VWD, Genf

Die Fachminister von sieben Erdölländern sind gestern in Genf hinter verschlossenen Türen zu informellen Gesprächen über eine Stabilisierung des Ölpreises zusammengekommen. Die eigentliche Opec-Sitzung findet am 29. Oktober in Genf statt.

Neben dem saudiarabischen Erdölminister und seinen Kollegen aus Kuwait, Venezuela, Libyen und Algerien nehmen auch Mexiko und Ägypten an den Gesprächen teil, die der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) nicht angehören. Der nigerianische Erdölminister will vorerst nicht nach Genf kommen. Nigeria hatte am Montag gegenüber der kuwaitischen Nachrichtenagentur KUNA betont, daß es nur bereit sei, die Ölpreissenkung der vergangenen Woche zurückzunehmen, falls die Opec einer Erhöhung der nigerianischen Förderquote zustimme.

Die Sonderkonferenz am kommenden Montag soll dazu beitragen, eine internationale Auseinandersetzung über den Ölpreis zu vermeiden und die gegenwärtige Preisstruktur auf den internationalen Märkten zu erhalten. Die Ölländer versuchen dies über eine Beschränkung der Förderquoten zu erreichen. Das Blitztreffen einiger Ölländer wird in Fachkreisen als Strategie der Opec gewertet, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Stabilität der internationalen Märkte auf*rechtzuerhalten.*

Auf den Rotterdamer Spotmärkten herrschte am Montag eine eher abwartende Haltung bei geringsten Umsätzen. Die Spotpreise vom Freitag – 28,5 Dollar für Nordseeöl und 27,5 Dollar für *Arabian Light* – blieben dabei unverändert.

SEESCHIFFAHRT

OECD befürchtet weitere Erhöhung der Tonnage

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Überkapazitäten in allen Sparten der Welthandelsflotte werden die Frachtraten weiter unter Druck setzen, meint die OECD in ihrem Seeverkehrsbericht. Schon im letzten Jahr hatten deshalb die Erträge der meisten Reedereien nicht ausgereicht, die weiter gestiegenen Kosten zu decken. Angesichts der zu erwartenden Verstärkung des Tonnageangebots spreche nichts dafür, daß sich die Marktlage bessern könnte.

Insgesamt hat sich zwischen Mitte 1982 und Mitte 1983 das Angebot in Bruttoregistertonnen zwar um 0,5 Prozent vermindert. Dieser erste Rückgang seit 1935 lag aber ausschließlich an den umfangreichen Verschrottungen von Tankern. Bei den Massenguttrockenfrachtern nahm dagegen das Angebot beträchtlich zu.

In dem Bericht wird auf den beunruhigend hohen Bestand an Neuaufträgen sowohl für Massengutfrachter als auch für große Containerschiffe hingewiesen und dazu festgestellt, daß die allgemeine Flaute auf dem Trockenfrachtmarkt angesichts dieser Auftragsbestände trotz der Konjunkturbelebung aller *Wahrscheinlichkeit* nach noch anhalten wird. Der Weltcontainerverkehr würde jetzt in eine Phase eintreten, die durch ein erhebliches Wachstum der Flotte und eine entsprechende Vergrößerung *der Lücke zwischen* Angebot und Nachfrage gekennzeichnet ist.

Außerdem verstärkt sich der protektionistische Druck der Entwicklungsländer auf die Weltschiffahrt, während die Konkurrenz der nicht nach *kommerziellen Grundsätzen* arbeitenden Schiffahrtsgesellschaften der Staatshandelsländer, insbesondere der Sowjetunion, wachsende Besorgnis hervorruft.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bonn senkt die Rendite für Bundesobligationen

Bonn (dpa/VWD) – Die Renditen der neuen Bundesobligationen sinken erstmals seit eineinhalb Jahren wieder deutlich unter sieben Prozent. Wie das *Bundesfinanzministerium* mitteilte, werden ab heute Sieben-Prozenter (Serie 51) angeboten, die bei einem Verkaufskurs von 100,5 Prozent eine Rendite von 6,88 Prozent erbringen. Die Zinsen werden vom 20. Oktober an berechnet. Die Papiere werden am 20. Oktober 1989 fällig. Der Verkauf der Serie 50, die bei einem Zinssatz von 7,25 Prozent und einem Verkaufskurs von 100,8 Prozent eine Rendite von 7,05 Prozent ergab, wird zugleich eingestellt. Zur gleichen Zeit werden auch die Verkaufszinssätze und Renditen für die Finanzierungsschätze des Bundes gesenkt. Bei einjähriger Laufzeit sinken die Zinssätze von 5,21 auf 5,12 Prozent und die Renditen von 5,5 auf 5,4 Prozent; bei zwei Jahren die Zinssätze von 5,87 auf 5,71 Prozent und die Renditen von 6,44 auf 6,25 Prozent.

Klage erhoben

Luxemburg (AFP) – Die Automobilfirma „British Leyland" hat vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gegen die Geldstrafe von 350 000 Ecu (rund 210 000 Pfund Ster*ling) Einspruch* erhoben, mit der sie von der Europäischen Kommission am 2. Juli wegen „Mißbrauchs ihrer Marktstellung" belegt worden war. Die EG-Kommission hatte Hindernisse bei der Wiedereinfuhr von „BL"-Modellen nach Großbritannien moniert. „BL" rechtfertigt seine Klage damit, keine dominierende Stellung auf dem Automobilmarkt einzunehmen.

„Biotechnica" startet

Hannover (dos) – Eine zukunftsreiche Veranstaltung, die im Oktober 1985 unter dem Namen „Biotechnica" Premiere haben wird, hat die Deutsche Messe- und Ausstellungs-*AG für den Messeplatz Hannover* gewonnen. Nach Angaben der Messe-AG soll die alljährlich stattfindende Biotechnica den Übergang wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Markt fördern. Die dynamische Entwicklung der Biotechnologie in den letzten Jahren und ihre Schlüsselfunktion für viele Wirtschaftsbereiche biete Raum für eine solche Veranstaltung. Mit der Biotechnica verbunden ist ein internationaler wis*senschaftlicher Kongreß.*

Mendelssohn-Münze

Bonn (AP) – Ab Mittwoch wird in den Banken und Sparkassen die Gedenkmünze der Bundesrepublik zum 175. Geburtstag des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy verkauft. Wie das Bonner Finanzministerium mitteilte, beträgt die Auflage der Fünf-Mark-Münze insgesamt 8,35 Mill. Stück, darunter 350 000 Stück in *Spiegelglanz-Ausführung.*

Echo aus dem Ausland

Essen (dpa/vwd) – Die Maßnahmen an deutschen Kraftwerken zur Rauchgasentschwefelung und zur Minderung der Stickoxide werden in zahlreichen Nachbarländern jetzt positiver bewertet als in den letzten Jahren, erklärte Ottmar Schwarz, Geschäftsführer der Technischen Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber (VGB). *Bei den jüngsten internationalen* Beratungen der Umwelt- und Kraftwerksexperten im britischen Brighton und im niederländischen Den Haag hätten die Vertreter mehrerer Staaten zu erkennen gegeben hätten, auf die „Deutsche Linie" einschwenken zu wollen – so die Niederlande, Österreich, Belgien und Schweden. Eine Umrüstung älterer und kleinerer Anlagen werde im Ausland kaum in Betracht gezogen.

Gewinnstreben erlaubt

Budapest (dpa/VWD) – Das in Ungarn bisher als „unredlich" angesehene Gewinnstreben ist nicht länger verpönt. Das ungarische Parlament *hat auf Vorschlag von Justizminister* Imre Markoja das bisherige Gesetz über „unredliche Wirtschaftstätigkeit" dahingehend abgeändert. Das Gesetz hatte auf Profit ausgerichteten Tätigkeiten verboten. Die neue Rege*lung billigt durch „redlichen Wettbewerbs zustandegekommene"* Preise, untersagt aber weiterhin Preisabsprachen, Kartelle und den Mißbrauch von Monopolstellungen.

US-STAHLIMPORTE

Verhandlungen Tokio-Washington

dpa/VWD, Tokio

Regierungsdelegationen der USA und Japan haben am Montag in Tokio die erste Runde ihrer Stahlverhandlungen eröffnet. Die von dem japanischen Industrie- und Handelsministerium (MITI) geleitete Delegation machte deutlich, daß Tokio den amerikanischen Forderungen, die eine Reduzierung des Marktanteils von gegenwärtig 6,6 Prozent (Januar bis August) bei unlegierten Stählen auf unter sechs Prozent jährlich vorsehen, nicht folgen könne. Die amerikanische Seite will nach eigenen Angaben eine verbindliche Vereinbarung durchsetzen, die über sogenannte freiwilige Exportbeschränkungen hinausgeht.

Aufgrund einer Entscheidung, die US-Präsident Ronald Reagan im September zum Schutz der heimischen Industrie verkündet hatte, verlangt Washington von Japan und anderen ausländischen Anbietern mehrjährige Beschränkungen beim Export von unlegierten Stählen auf den US-Markt.

US-HAUSHALTSDEFIZITE / Die Mehrheit der Wähler zeigt sich unbeeindruckt, aber Sorgen in der Wirtschaft

Forschungsinstitut rät zu schnellem Handeln

H.-A. SIEBERT, Washington

Überraschende Ergebnisse fördern die Meinungsumfragen zutage, die den amerikanischen Wahlkampf begleiten. Die wichtigste Erkenntnis ist wohl die, daß die große Mehrheit der US-Bürger unbeeindruckt bleibt von Washingtons riesigen Haushaltsdefiziten. Warnungen, wonach die nächsten Generationen die enorme Schuldenlast abtragen müssen, verhallen ungehört; was allein zu zählen scheint, ist die Erholung nach zwei kurz aufeinanderfolgenden Rezessionen. Mehr Jobs und höhere Einkommen bei gebremster Inflation – das überzeugt die Wähler.

Angesichts dieser Stimmungslage wundert es nicht, daß der Demokrat Walter Mondale nur wenige Punkte sammelt. Sein lauter Ruf nach weiteren Ausgabenschnitten und höheren Steuern wird mehr als ein Ärgernis empfunden. Da erhält Präsident Ronald Reagan viel Applaus, der ein Verschwinden der Defizite ohne fiskalische Opfer verspricht.

Es ist schon eine bemerkenswerte Situation: Reagan siegt vermutlich auch deshalb, weil die meisten Amerikaner in den Defiziten keine Bedrohung sehen und einen Zusammenbruch des Aufschwungs nicht riskieren wollen. Die US-Wirtschaft wiederum folgt in der haushaltspolitischen Diskussion dagegen Mondale, indem sie auf das Rezept von John Maynard Keynes verweist: In schlechten Zeiten polstern Einnahmelücken die Nachfrage auf; in guten müssen sie geschlossen werden. Geschieht das nicht, besitzt die Regierung bei konjunkturellen Abschwüngen nicht genügend Raum, um inflationsfrei gegenzusteuern.

So ist das Conference Board in New York, dem 4000 Unternehmen angehören, zu dem Schluß gekommen, daß es gefährlich ist, den Abbau der US-Budgetdefizite, die im Finanzjahr 1983 rund 208 Mrd. Dollar erreichten und 1984, einschließlich der außerordentlichen Etats, mit etwa 190 Mrd. Dollar zu Buche schlagen, auf die lange Bank zu schieben. Was er vorschlägt, ist eine Kombinatin aus Steuererhöhungen und breiten Ausgabenkürzungen, das heißt, Verteidigung, Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge dürfen diesmal nicht geschont werden.

Für das renommierte Institut stellt sich die kritische Frage, ob die wirtschaftliche Expansion in den USA lange genug dauert, um die notwendigen fiskalpolitischen Korrekturen durchzuführen. Der Raum für Ausgabenschnitte sei einfach zu klein, wenn man den militärischen Bereich, die Renten und die Zinsen für die rapide wachsende Bundesschuld als unkontrollierbare Kosten ausnehme. Die Axt muß also tiefe und viele Schneisen in den Ausgabenwald schlagen; auf keinen Fall vermeiden lassen sich höhere Abgaben.

Was dem Board Sorge bereitet, ist das zunehmende strukturelle Haushaltsdefizit. Wegen des langen politischen Entscheidungsprozesses sieht es schon für 1985 und 1986, wenn die US-Konjunktur abkippen sollte, Schwierigkeiten voraus. „Denn", so heißt es in der Analyse, „ohne schnelle Aktionen erzeugt die nächste Rezession neue Rekordhaushaltsdefizite, die alle bisherigen Fortschritte in Frage stellen."

Als Gründe für die seit 1980 stark steigenden strukturellen Defizite wird an erster Stelle die, gemessen am US-Bruttosozialprodukt, gewaltige Zunahme der Verteidigungsausgaben genannt. Hinzu kommen die enormen Einnahmeausfälle durch die angebotsorientierten Steuergeschenke, denen am 1. Januar die allgemeine Indexierung der Einkommensteuern folgt, sowie die sprunghaft wachsenden Zinskosten als Folge der Budgetdefizite und des hohen Zinsniveaus. Als weiteren Faktor führt das Board die Explosion der staatlichen Aufwendungen für die Gesundheitsfürsorge der Rentner an; der dafür vorgesehene Fonds wird in wenigen Jahren erschöpft sein.

Weil politisch schwer durchsetzbar, ist das Board hinsichtlich rascher Entscheidungen nicht optimistisch. Es glaubt sogar, daß es eines scharfen Zinsanstiegs oder Störungen im internationalen Finanzsystem bedarf, ehe 1985 in Washington überhaupt etwas bewegt wird. Das Institut sieht keine Möglichkeit, die Ungleichgewichte in der Struktur des US-Haushalts durch antizyklische Feinsteuerung zu beseitigen.

GROSSBRITANNIEN / Umfrage bei Einzelhändlern

Höhere Umsätze erwartet

WILHELM FURLER, London

Die britischen Einzelhändler erwarten für das vierte Quartal dieses Jahres einen deutlichen Anstieg der Verbraucher-Nachfrage gegenüber den relativ schwachen Sommermonaten. Dies geht aus der jüngsten Umfrage hervor, die von der „Financial Times" gemeinsam mit dem britischen Industrieverband CBI regelmäßig durchgeführt wird. Die Einzelhändler sind überzeugt, daß der jetzt seit zwei Jahren anhaltende Boom im Einzelhandel, nur gelegentlich unterbochen von kurzen Schwächeperioden, auch weiterhin erheblich zum Wirtschaftswachstum beitragen wird.

Das Umfrage-Ergebnis kommt der Regierung Thatcher sehr gelegen. In der letzten Zeit hatten sich nämlich unter den Wirtschaftswissenschaftlern die Bedenken gemehrt, die Konjunktur könnte wegen des langen Bergleute-Ausstands und wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit an Fahrt verlieren. Wie es zumindest nach der jüngsten Befragung bei 582 Unternehmen des britischen Einzelhandels aussieht, wird die Verbraucher-Nachfrage auch in der nächsten Zeit eine der wichtigsten Konjunktur-Stützen sein.

Der Umfrage zufolge erwarten 70 Prozent der Einzelhandels-Unternehmen in diesem Monat ein höheres Verkaufsvolumen als im Oktober vergangenen Jahres. Und etwa der gleiche Prozentsatz gibt an, daß das Einzelhandelsgeschäft im September über dem im gleichen Vorjahresmonat gelegen hat. Dabei seien die Lagerbestände weniger stark als erwartet gestiegen. Dem für den Einzelhandel zuständigen CBI-Direktor Salisse zufolge gibt es vorerst keinerlei Anzeichen, daß das Wachstum der Einzelhandelsverkäufe auslaufen wird.

Das Umfrage-Ergebnis deckt sich auch mit den jüngsten offiziellen Statistiken. So ist vorläufigen Angaben zufolge das Verkaufsvolumen im Einzelhandel im vergangenen Monat gegenüber August scharf gestiegen. Die Hoffnungen der Regierung werden sich jetzt auf ein weiteres Anziehen der Verkäufe im Vorweihnachtsgeschäft richten. Dies würde sich auch positiv auf die Produktion in der verarbeitenden Industrie des Landes niederschlagen.

Großprojekte in China nicht gefragt

dpa/VWD, Peking/Nanking

Eine Neuorientierung deutscher Außenwirtschaftspolitik gegenüber China fordert der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen (SPD). Wie der Politiker zum Abschluß seines zehntägigen Chinabesuches in Peking betonte, müsse die Bundesregierung auf die jüngsten Änderungen in der chinesischen Wirtschaftspolitik reagieren, die den einzelnen Provinzen, Städten und Betrieben mehr Entscheidungsspielraum eröffne. Jochimsen bewertete die kürzlich ausgehandelten deutsch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmen äußerst positiv.

Gleichzeitig wies er darauf hin, daß sie nicht alle Chancen unserer Industrie beschreiben würden. Der Minister verwies auf sein Gespräch mit dem stellvertretenden Außenhandelsminister, der betont habe, daß China einen Teil seiner Währungsreserven zur Modernisierung der Infrastruktur, der Energieversorgung des Transportwesens ausgeben wolle. An den Aufbau neuer Großprojekte sei weniger gedacht.

ERDGAS / Frankreich hat seine unterirdischen Lagermöglichkeiten stark ausgebaut

Versorgungssicherheit verbessert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Um die französische Erdgasversorgung gegen Lieferstörungen besser abzusichern und auf Verbrauchsschwankungen geschmeidiger reagieren zu können, hat die staatliche Gaz de France (GdF) ihre unterirdischen Einlagerungsmöglichkeiten für importiertes Naturgas stark ausgebaut. Es bestehen gegenwärtig 13 solcher Gaslager in Tiefen zwischen 400 und 1400 Meter. Die größten befinden sich in der Pariser Region.

Die derzeitige unterirdische Lagerkapazität beträgt rund fünf Milliarden Kubikmeter Naturgas. Das entspricht etwa einem Fünftel des französischen Gasverbrauchs, der 25 Mrd. Kubikmeter 1983 erreicht hatte. Bis 1990 soll die Kapazität auf zehn bis elf Milliarden Kubikmeter verdoppelt werden. Sie würde dann ein Drittel des jährlichen Verbrauchs erreichen.

Die Versorgungssicherheit wird aber auch noch dadurch verbessert, daß die GdF mit zahlreichen gewerblichen Abnehmern sogenannte unterbrechbare Verträge unterhält. Danach können bei Importstörungen sowie bei außergewöhnlichen Kälteeinbrüchen die Gaslieferungen bis zu einem Jahr eingestellt werden. Die Abnehmer verpflichten sich, eine zweite Energiequelle bereitzuhalten, die sie ersatzweise einsetzen müssen. Dafür erhalten sie das Gas zu einem Vorzugspreis. Diese Verträge erstrecken sich schon jetzt auf etwa 15 Prozent des Jahresverbrauchs.

Die großen Anstrengungen der GdF bei der Gaseinlagerung erklären sich daraus, daß der Anteil der sicheren Lieferquellen stark zurückgehen wird. Der Anteil der nationalen Quellen (Aquitanien) und des aus Holland (Groningen) importierten Erdgases wird sich von zur Zeit 46 auf 18,5 Prozent 1990 vermindern. Dagegen erhöht sich der Anteil des Sowjetgases von 12,4 auf 35 Prozent. Der Anteil des algerischen Erdgases bleibt mit 30 (31,4) Prozent weiter sehr hoch.

Eine Sonderstellung nimmt das Nordseegas ein, dessen Anteil sich von 8,5 auf 13,5 Prozent erhöhen wird. Es ist zwar politisch sicher, aber die Versorgung ist aus technischen Gründen wenig flexibel. Daß in Frankreich oder in den nationalen Küstengewässern neue Erdgasvorkommen entdeckt werden könnten, erwartet die GdF nicht.

Allenfalls sei unter den Kohleflözen des nordfranzösischen Reviers Erdgas zu vermuten. Seine Förderung wäre aber kostspieliger als das Importgas. So dürfte man gegen Ende dieses Jahrhunderts nach Erschöpfung der nationalen Vorkommen ausschließlich auf Importe angewiesen sein.

Um gleichwohl ihre Devisenausgaben zu begrenzen, hat die GdF den Export von Gastechnologien – gestützt auf ihre großen Erfahrungen insbesondere in der Einrichtung unterirdischer Lager – stark vorangetrieben. Dieser Export erreicht bereits heute ein Drittel der Gasimporte. Bis zum Jahre 1990 soll er die Hälfte davon ausmachen.

Wolff: RGW wieder kreditwürdig

dpa/VWD, Bonn

Die Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) haben inzwischen ihre „erhöhte Kreditwürdigkeit" wiedererlangt. Dies sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, auf einer Veranstaltung in Paris. Jüngste Beispiele dafür seien die Kredite der deutschen Banken an die UdSSR, die „DDR" und Ungarn. Beide Seiten hätten durch die Erfahrungen in Sachen Polen gelernt, daß Möglichkeiten bestehen, den Handel wieder durch „eine wohl temperierte, gut abgestimmte und weise Kreditpolitik" zu beleben. Für dieses Vorgehen spricht nach Ansicht von Wolff auch eine Art Kosten-Nutzen-Analyse der RGW-Staaten. Langfristig gesehen werde der Handel der Bundesrepublik mit diesen Ländern (ohne „DDR") rund fünf Prozent am deutschen Außenhandel betragen. Die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen hätten an Eigengewicht gewonnen und wiesen heute eine gewisse Unabhängigkeit von der politischen Großwetterlage auf.

FRANKREICH / Steuerhinterziehung wird erschwert

Kampf gegen große Sünder

JOACHIM SCHAUFUß, Paris

Der Kampf gegen die Steuerhinterziehung soll in Frankreich modernisiert und wirksamer gestaltet werden, erklärte der dafür im Finanzministerium ständige Staatssekretär Henri Emmanuelli. Durch bessere Erhebungsmethoden und den Einsatz von spezialisierten Kontrollkommandos will er vor allem dem großen Steuerbetrug das Handwerk legen. Kleinere Steuersünder würden dagegen eher geschont. Diese Neuorientierung erlaube, die Prüfungsverfahren erheblich zu verkürzen.

Der Staatssekretär wandte sich gegen die Behauptung, daß unter der sozialistischen Regierung die Steuereintreibung inquisitatorische Formen angenommen habe. Der Betrag der zwangsweise erhobenen Nachzahlungen sei in nur verhältnismäßig bescheidenem Umfang von 10,5 Mrd. Franc 1981 auf 17,5 Mrd. Franc 1983 gestiegen, obwohl der Nationale Steuerrat die der Staatskasse durch Hinterziehungen verlorengegangenen Steuergelder für 1983 auf 80 Mrd. Franc veranschlagt hatte. Gegenüber 1982 erhöhten sich die eingetriebenen Beträge um 2,1 Mrd. Franc oder 15 Prozent. Die aus der Einkommenssteuer gingen dabei um die Hälfte auf 0,5 Mrd. Franc zurück. Um so größer war der „Ertrag" der bei den Unternehmen durchgeführten Kontrollen, obwohl diese der Zahl nach unverändert blieben. Allein die Nachzahlungen an Mehrwertsteuer erhöhten sich um die Hälfte.

Im nächsten Jahr will das Finanzministerium allerdings auch die Vermögenssteuer besser erfassen. So müssen Vermögen bereits von drei Millionen Franc an deklariert werden, obwohl sie erst ab 3,5 Mill. Franc in progressiver Weise zu versteuern sind. Für Vermögen über 20 Mill. Franc ist jetzt der Steuersatz von 1,5 auf zwei Prozent angehoben worden, wovon sich die Regierung einen Mehrertrag von 300 Mill. Franc verspricht.

THYSSEN INDUSTRIE / Stolz auf Maschinenbau

Wachstum mit Autoindustrie

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Fast ein Fünftel ihres 5-Milliarden-Umsatzes macht die Thyssen Industrie AG (TI), Essen, weltweit mit der schön in der *Konjunktursonne* liegenden Autoindustrie. Unter den neun Geschäftsbereichen dieser Thyssen-Konzerntochter, vom Vorstandsvorsitzenden Werner Bartels als „Spezialist für Investitionsgüter" apostrophiert, lebt der Maschinenbau (9 Inlands- und 3 Auslandswerke mit 5100 Leuten) bei 690 Mill. DM „Normalumsatz" – dies mit „voll befriedigender" Rendite und mehr als 50 Prozent Auslandsanteil – sogar zu 70 Prozent von Zulieferungen an die Autoindustrie.

Für den TI-Chef ein Anlaß, der Presse im Saarland am Beispiel seines Maschinenbau-Segments „Nothelfer", seit sechs Jahrzehnten als Betriebsmittellieferant (Werkzeuge und Blech-Montagestraßen) der Autoindustrie etabliert und seit einem halben Jahrzehnt beim Thyssen-Konzern, den lohnenden Ausbau von „Stützpunkten hoher Technologie" durch einen Ruhrkonzern zu demonstrieren. Was Gründer Nothelfer 1920 mit 15 Leuten begann, glänzte im Thyssen-Jahr 1983/84 (30. 9.) mit Plusraten von 16,6 Prozent auf 103 Mill. DM Umsatz und von 3,2 Prozent auf 904 Beschäftigte in den zwei Werken Ravensburg und Lockweiler/Saar.

Die Aufgliederung des TI-Maschinenbaus in zum Teil rechtlich selbständige Einheiten (neben Nothelfer vor allem Hüller Hille, Diedesheim, Wagner/Dortmund) erklärt Bartels mit der Strategie, die Werke „als mittlere Unternehmen" mit *maximaler* Selbständigkeit im Markt operieren zu lassen und optimale Flexibilität in der Produktinnovation herauszuholen. Beim Großauftrag kommen sie dann bei Bedarf wieder zusammen. So unlängst beim ersten Zylinderkopf-Transferstraßenauftrag aus der US-Autoindustrie, den Hüller Hille gemeinsam mit der US-Schwester Place Corp. buchte.

Die Place Corp., bisher an Thyssens US-Tochter Budd angehängt, wird jetzt dem TI-Maschinenbau angegliedert. Das Unternehmen macht mit 250 Leuten etwa 70 Mill. DM Umsatz, der fix auf 100 Mill. DM kommen soll.

FENDT / Mit der EG unzufriedene Landwirte investieren weniger in Maschinen – Drastischer Zulassungs-Einbruch

Auf harte Zeiten am Schleppermarkt gut vorbereitet

E. SCHNEIDER, Marktoberdorf

Auf schwierigem Markt die führende Position weiter ausgebaut zu haben, darauf ist die Xaver Fendt & Co. Maschinen- und Schlepperfabrik, Marktoberdorf, nach dem schweren Einbruch zu Beginn des Jahrzehnts, als das Überleben des Unternehmens nicht gesichert war, besonders stolz. Im schwierigen Jahr 1984 soll dabei noch ein „eindeutiger Betriebsgewinn", der allerdings schlechter als im Vorjahr ausfallen wird, erwirtschaftet werden, wie Geschäftsführer Heinz Ahrens erklärte. Aus der Diskussion seien damit endgültig die Fragen nach der Anlehnung an einen Partner sowie die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft.

Das Umfeld aber bleibt schwer zu beackern. „In Zukunft wird sich das Geschäft auf dem niedrigen Niveau von 1984 einpendeln," prognostiziert Ahrens. Nach einem Aufschwung im ersten Halbjahr 1983, kam der Absatzeinbruch im zweiten Halbjahr und hält weiter an. Als Grund für den Rückgang der Traktoren-Zulassung in der Bundesrepublik in den ersten acht Monaten 1984 um 31,2 Prozent und ebenso drastisch in den anderen EG-Ländern sieht Ahrens vor allem die Unzufriedenheit der Landwirte mit der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft und die daraus resultierende geringe Investitionsbereitschaft. Wobei schon seit Jahren zu beobachten ist, daß lediglich Ersatzinvestitionen getätigt werden und nur in ganz geringem Umfang Neuinvestitionen.

Unter diesen Marktbedingungen hat Fendt seinen Anteil in den ersten acht Monaten auf 19,3 (Ende 1983: 19) Prozent gesteigert, der Zulassungs-Rückgang lag mit 30,1 Prozent auf 4559 (6522) Traktoren etwas günstiger als im Branchendurchschnitt. Unter den drei Großen hat sich nun der langjährige Marktführer International Harvester mit 16,2 (17,5) Prozent wieder auf den zweiten Platz vorgeschoben, nachdem Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) nur noch 15,7 (17,8) Prozent erreichte.

Obwohl der Export 1984 bei dem Familienunternehmen erstmals den Inlandsabsatz übersteigen wird, konnte der Einbruch auf dem Heimatmarkt durch „verstärkte Exportaktivitäten" nicht wettgemacht werden, betonte Ahrens. Als neuer Markt ist Südafrika im Visier. Die Kooperation mit einer Genossenschaft steht wohl kurz vor dem Vertragsabschluß.

Nach der „außerordentlichen Umsatz-Expansion" des Vorjahres auf 779 (709) Mill. DM bei einem Produktionsrückgang von 15 400 auf 15 200 Traktoren, erwartet Ahrens für das laufende Geschäftsjahr einen Umsatzrückgang auf rund 650 Mill. DM und eine Jahresproduktion von 12 500 Ackerschleppern. 50 Mill. DM tragen Wohnwagen (1984 mit roten Zahlen), Gabelstapler und Kettelmaschinen zum Gesamtumsatz bei. Der Auftragsbestand sichert die Produktionsauslastung für dieses Jahr. Investiert werden 1984 vor allem für Fertigungstechnologien wieder rund 25 Mill. DM, bei Abschreibungen von ebenfalls wieder 20 Mill. DM. Die Investitionen wurden wie in den Vorjahren selbst finanziert. Der Aufwand für Forschung und Entwicklung erreicht 3 Prozent vom Umsatz.

Im nächsten Jahr soll sich der Umsatz bei etwa gleichbleibender Produktion „irgendwo zwischen den letzten beiden Jahren" einpendeln. Die Eigenkapitalquote bezifferte Ahrens auf einen guten Wert von über 30 Prozent. Fendt beschäftigte Ende August 3670 (Ende 1983: 3800) Mitarbeiter, dies als Folge eines „natürlichen Abschmelzens".

Die Zuversicht für die nächsten Jahre begründet Fendt einmal damit, daß der „absolute Tiefpunkt" auf dem Traktorenmarkt überwunden zu sein scheint. Die Absatzorganisationen hätten zudem ihre Lagerbestände so drastisch abgebaut, daß sich eine Nachfragebesserung sofort auf Produktion und Umsatz auswirke. Zum anderen sei das Unternehmen flexibel und könne sich auf Grund seiner Modellpolitik, seines vielseitigen Angebotes und der leistungsstarken Vertriebspartner behaupten. „Auch wenn der Markt enger wird, sieht Fendt als Spezialist unter den Traktorenherstellern seine Chancen," erklärte Ahrens. Die angestrebte Kooperation von International Harvester und Renault kommentiert er gelassen, bisher seien nur Absichtserklärungen ausgetauscht, aber noch nichts Konkretes vereinbart worden.

DRUCKINDUSTRIE

Aufwärtstrend trotz Arbeitskampf

dpa/VWD, Wiesbaden

Trotz des Arbeitskampfes in der Druckindustrie, bei dem im 1. Halbjahr 1984 drei Prozent der Arbeitsstunden ausgefallen sind, konnte die Branche das Produktionsvolumen um 4,6 Prozent steigern. Die 1900 Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten erzielten in den ersten sechs Monaten einen Umsatz von 11 Mrd. DM, der um 6,1 Prozent höher lag als vor Jahresfrist. Für das Gesamtjahr rechnet der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Druck, Hubert Loss, mit einem Anstieg der Nettoproduktion gegenüber 1983 von fünf Prozent. Der Verbandssprecher begründete gestern in Wiesbaden die positiven Erwartungen mit der verbesserten Geschäftslage nach Abschluß der Tarifauseinandersetzungen und der erwarteten Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

Der Produktionszuwachs in der Druckindustrie hat sich nicht positiv auf die Beschäftigung ausgewirkt. Im Durchschnitt des 1. Halbjahres beschäftigten die Betriebe mit 20 und mehr Mitarbeitern 161 428 Personen, das sind 2,3 Prozent weniger als vor einem Jahr. Die Geschäftsentwicklung verlief in den einzelnen Produktgruppen sehr unterschiedlich. Während bei Prospekten und Werbedrucksachen ein reales Plus von 16,7 Prozent, bei Endlosformularen ein Zuwachs von 12,8 und bei Verpackungsdrucksachen eine Steigerung von 10,8 Prozent verzeichnet wurde, war ein Produktionsrückgang bei Einzelformularen von 1,7, bei Zeitungen von 1,2 und bei Versandhauskatalogen von 9,7 Prozent eingetreten.

NORDLB / Wirtschaftsprognose bis 1989

Sparquote wird leicht steigen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die moderate konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik dürfte sich nach Ansicht der Norddeutschen Landesbank, Hannover, im Jahre 1985 fortsetzen. Danach allerdings, so die Prognostiker der NordLB, werden sich die Schwächetendenzen verstärken und im Wahljahr 1987 in eine Rezession einmünden. Erst für 1989 wird mit einer deutlichen Belebung und „ungewöhnlich günstigen Rahmenbedingungen" gerechnet.

Nennenswerte Impulse von der inländischen Wirtschaftspolitik oder aus dem Ausland seien 1985 nicht zu erwarten, heißt es in der Prognose. Allerdings dürfte die Bundesbank eine gelockerte Politik betreiben, um rezessiven Tendenzen vorzubeugen. Bei einer Inflationsrate von kaum mehr als 2 Prozent dürfte der Anstieg der Löhne und Gehälter auf dem Niveau von 1984 liegen. Der inzwischen weitgehend gesättigte Nachholbedarf nach langlebigen Konsumgütern dürfte dazu führen, daß die extrem niedrige Sparquote der Jahre 1983 und 1984 wieder leicht ansteigt.

Eine differenzierte Entwicklung zeichnet sich bei den Investitionen ab. Positive Wirkungen durch den moderaten Anstieg der Lohnkosten und sinkende Einfuhrpreise werden durch die erwartete ungünstigere Nachfrage-Entwicklung konterkariert. Hinzu kommt die negative Entwicklung im Bausektor. Die wirtschaftliche Abwärtsbewegung, die von steigenden Zinsen und Preisen begleitet wird, dürfte 1987 ihren Tiefpunkt erreichen.

Als Motor eines in Gang kommenden Aufschwungs wird sich 1988 einmal mehr der private Verbrauch erweisen, wobei die Belebung der Bauwirtschaft eine *maßgebliche Rolle* spielt. Im Jahre 1989 dann treffen mehrere günstige Faktoren (abnehmende Arbeitslosigkeit, Steuerentlastung, niedrige Preise und Zinsen) zusammen. In noch stärkerem Maße, so heißt es, werde der erwartete Aufschwung von zunehmenden Investitionen und Exporten getragen.

Textil-Leffers leicht in Moll

J. G. Düsseldorf

Für das letzte Quartal 1984 erwartet das Textil- und Modehausunternehmen Leffers AG, Bielefeld, zwar eine deutliche Besserung des bislang „nicht voll befriedigenden" Ertrages. Das „außergewöhnlich hohe" 1983er Ergebnis (6,6 Mill. DM Jahresüberschuß aus 203 Mill. DM Umsatz) werde man jedoch nicht erreichen.

Anlaß zu solchem noch moderaten *Mollton* hat das Familienunternehmen, das im Frühjahr 1984 zum zweiten Mal mit 6 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien besonders kräftig an die Börse ging, aus dem in der stagnierenden Branche enttäuschenden Verlauf des Textileinzelhandels. Leffers selbst brachte es bis Ende September allerdings noch auf ein Umsatzplus von 15,3 Prozent auf 156 Mill. DM, ohne die Ende August eröffnete (siebte) Filiale Münster plus 10,5 Prozent. Überdurchschnittlicher Anstieg des Werbeaufwands und Anlaufkosten in Münster steigerten die Gesamtkosten bis Ende September um 18,8 Prozent; die Belegschaftszahl stieg auf 1116 (900) Mitarbeiter.

STIHL-GRUPPE / Konjunkturbelebung brachte Umsatzplus von 22 Prozent

Streikfolgen bis Jahresende aufgeholt

WERNER NEITZEL, Waiblingen

Für die Stihl-Firmengruppe, Waiblingen, der Welt größter Hersteller von Motorsägen, ist der Wald gewissermaßen die Lebensgrundlage. Im Hinblick auf die bedrohlich zunehmenden Waldschäden stellt der geschäftsführende Gesellschafter Hans Peter Stihl allerdings noch „keine wesentliche Anhebung des Holzeinschlags" fest. Er hoffe, daß die Maßnahmen zur Rettung des Waldes rasch greifen.

Wenn der Umsatz der Firmengruppe in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres 1984 um 22 Prozent auf 551 Mill. DM gestiegen ist, dann ist dies in erster Linie auf konjunkturelle Belebungstendenzen zurückzuführen, wobei die Impulse vor allem aus dem Ausland kommen. Für das ganze Jahr erwartet Stihl einen Anstieg des Gruppenumsatzes auf fast 900 (1983: 741) Mill. DM. Beim Stammhaus geht er von einem Jahresumsatz 1984 von etwa 460 (432) Mill. DM aus.

Die Streikfolgen werde man bis Jahresende ganz aufgeholt haben. Stihl fährt derzeit in fast allen Produktionsbereichen Überstunden. Im Anschluß an den Arbeitskampf waren in den deutschen Werken 65 neue Mitarbeiter fest eingestellt worden, hinzu kamen 35 befristete Einstellungen.

Aufgrund der tariflich verankerten *Flexibilisierung* der Arbeitszeit ab kommendem Frühjahr könnten darüber hinaus - so Stihl, der auch Vizepräsident von Gesamtmetall ist – „in nicht unerheblichem Maße Leute eingestellt werden". Eine 38,5-Stunden-Woche für alle, wie sie von Gewerkschaftsseite immer wieder propagiert wird, sei „der größte Unsinn, den man sich vorstellen kann".

Per Ende September dieses Jahres beschäftigte Stihl in der Firmengruppe 5005 (Ende 1983: 4771) Mitarbeiter, im Stammhaus waren es 3396 (3450) Beschäftigte.

Auch für 1985 setzt das Unternehmen weiter auf Wachstum. Es werde damit gerechnet, daß der Absatz von Motorsägen, Schienen und Ketten noch einmal „in befriedigendem Umfang" steigen werde. Die Stihl-Gruppe, die in den zurückliegenden Jahren der Rezession die Zeit genutzt hat, ihre Marktposition zu verbessern und die Produktpalette zu verbreitern, gibt ihren Weltmarktanteil bei Motorsägen (hier ist Stihl mit Abstand die Nummer eins) mit 24 Prozent an. In der Bundesrepublik beläuft sich der Marktanteil auf etwa 50 Prozent.

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gruppenumsatz ist auf 85 (83) Prozent angewachsen. Ausländische Produktionsbetriebe bestehen in Brasilien, der Schweiz, den USA und Australien. Neue Vertriebsgesellschaften wurden in Frankreich und Neuseeland etabliert. Die Ertragslage klassifiziert Stihl, der im laufenden Jahr die Investitionen im Stammhaus auf 20 Mill. DM verdoppelt, als „zufriedenstellend".

Aktien machten Gipfelrast

Klöckner, Allianz und Lufthansa zu steigenden Kursen gesucht

DW. – Nachdem die deutschen Aktienkurse am vergangenen Wochenende einen neuen historischen Gipfel erreicht hatten, fehlte es gestern sichtlich an Kaufaufträgen. Auf der erreichten Kursbasis gab es vielfach Gewinnmitnahmen. Sie drückten jedoch nur unwesentlich auf die Notierungen, weil auf ermäßigter Basis sich sofort wieder Anleger fanden. Grundsätzlich mangelte es dem Aktienhandel aber an neuen Anregungen. Eine Sonderbewegung gab es bei Klöckner als Reaktion auf die geplante Zusammenarbeit mit Krupp.

Einen deutlichen Kurssprung nach oben machte die Allianz Versicherung, als bekannt wurde, daß eine Neuordnung des Konzerns ausgearbeitet wird. Für Lufthansa Vorzüge lag ein größerer Kaufauftrag im Markt. Er scheint sich auf das für 1984 zu erwartende ausgezeichnete Ergebnis zu stützen. Bankaktien lagen im allgemeinen gut behauptet, von den Elektrowerten erreichten Siemens vorübergehend einen neuen Höchststand, litten später jedoch, wie auch andere Standardwerte, unter Gewinnrealisationen. Großchemie-Aktien wurden bei ruhigem Geschäft etwa auf Freitagsniveau gehandelt. Autoaktien gaben nur unwesentlich nach, lediglich bei Porsche war die Tageseinbuße zweistellig.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt stockten um 8 DM, Audi NSU um 7 DM und Conc. Chemie um 4 DM auf. Rhenag verbesserten sich um 7 DM und Ver. Rumpus um 11 DM. Nachgegeben haben Hein. Lehmann um 5 DM und Sternbräu um 7 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet. 7 DM. Allianz Vers. und Nordstern erhöhten um 25 DM.

Frankfurt: Adt erhöhten um 2 DM, Cassella um 18,90 DM, Texaco um 5 DM und Dywidag um 5 DM. Lahmeyer gaben um 7 DM und Mannheimer Versicherung um 9 DM nach. Reichelbräu stockten um 10 DM und Steigenberger um 50 DM auf.

München: Etienne Aigner, Agrob St. AG und Erlus AG verloren je 5 DM, Spinne Kolbermoor 4 DM und Bay. Lloyd 3 DM. Erhöht haben AKS um 0,50 DM und Audi NSU um 2 DM. Gehe AG stockten um 1 DM und Leonische Draht um 2 DM auf. Süd Chemie verbesserten sich um 16 DM.

Hamburg: HEW blieben bei 84,50 DM und NWK-Vz. bei 170 bis 171 DM unverändert. Schwächer verkehrten Reichelt zu 108 DM und Markt und Kühlhallen zu 330 DM. Bremer Vulkan gingen erholt mit 64,30 DM aus dem Markt. Triton wurden mit 106 DM gehandelt. Kühltransit blieben bei 890 DM ohne Aufnahme.

Berlin: Kempinski zogen um 8 DM an. Berthold konnten sich um 3,50 DM und Berliner Kindl um 2 DM erholen. Bergmann schwächten sich um 15 DM ab. Rheinmetall ermäßigten sich um 5 DM, Herlitz St. um 3,50 DM, DeTeWe um 3 DM, DUB-Schultheiss, Herlitz Vz. und Orenstein um je 1 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

Welt-Aktienindex: 159,8 (159,1)
WELT-Umsatzindex: 5480 (4100)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland

Wien

	22. 10.	19. 10.
Creditanstalt-Bnkv.Vz.	311	311
Gösser-Brauerei	327	328
Länderbank Vz.	214	213
Österr. Brau AG	320	317
Perlmooser	351	355
Reininghaus	412	412
Schwechater Br.	169	170
Semperit	–	197
Steyr-Daimler-P.	148	148
Universale Hoch-Tief	215	–
Veitscher Magnesit	245	250
Index	54,72	54,70

Kopenhagen

Den Danske Bank	261	265
Jyske Bank	469	463
Kopenh. Handelsbk.	266	268
Novo Industri	271	286
Privatbanken	248	254
Ostasiat. Komp.	180	179
Dan. Sukkerfabr.	565	565
For. Bryggerier St.	740	740
Kgl. Porc. Fabr.	300	295

Brüssel

Arbed	1795	1770
Brux. Lambert	2545	2540
Cockerill Ougrée	305	305
Ebes	2870	2825
Gevaert	3775	3770
Kreditbank	–	–
Petrofina	7390	7400
Soc. Gén. d. Belg.	1880	1875
Sofina	7660	7650
Solvay	4465	4445
UCB	5420	5420
Index	–	162,65

Hongkong

China Light + P.	15,30	14,80
Hongkong Land	3,22	3,17
Hongk. + Sh. Bk.	6,80	6,75
Hongk. Teleph.	45,50	44,25
Hutch. Whampoa	14,40	14,00
Jard. Matheson	7,90	7,65
Swire Pac. + A +	19,40	18,90
Wheelock + A +	3,72	3,72

Singapur

Cycle + Car.	5,00	5,00
Cold Storage	3,00	3,10
Dev. Bk. of Sing.	6,55	6,65
Fraser + Neave	5,35	5,30
Kl. Kepong	2,54	2,48
Mal. Banking	8,35	8,35
Nat. Iron	3,96	3,96
OCBC	9,50	9,40
Sime Darby	2,00	2,00
Singapur Land	3,54	3,54
Un. Overs. Bank	4,70	4,66

Sydney

ACI	1,88	1,92
Ampol. Explor.	2,65	2,50
Westpacific Banking	3,87	3,84
Bridge Oil	2,40	2,50
Brok. Hill. Prop.	10,10	10,35
Coles	4,17	4,17
CRA	4,80	4,90
CSR (Theiss)	3,01	3,07
Metals Expl.	0,50	0,50
MIM-Holdings	2,56	2,58
Myer Emporium	1,85	1,86
North Broken Hill	2,36	2,38
Oakbridge	0,78	0,80
Peko Wallsend	5,18	5,18
Poseidon	3,15	3,20
Thomas Nat. Tr.	1,90	1,88
Woltons Bond	0,31	0,30
Western Mining	3,00	3,05
Woodside Petr.	1,18	1,27
Index	745,40	748,60

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10 –10¼	5½–5¾	5 –5¼
3 Monate	10⅛–10½	5¾–6	5¼–5½
6 Monate	10⅝–10⅞	5¾–6	5⅜–5½
12 Monate	11 –11¼	5⅞–6⅛	5½–5¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1490,00	1846,80
10 US-Dollar (Indian)**)	808,00	1032,50
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	237,00	294,12
1 £ Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,36
20 belgische Franken	184,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	248,00	318,06
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1088,00	1246,02
Maple Leaf	1088,00	1246,02
Platin Noble Man	1028,00	1211,82

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	230,00	290,82
20 schweiz. Franken „Vreneli"	188,00	239,40
20 franz. Franken „Napoléon"	188,00	238,26
100 österr. Kronen (Neuprägung)	979,00	1178,99
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	451,00	554,04
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	144,78

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

22. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0808	3,0888	3,0416	3,02	3,11
London¹)	3,674	3,688	3,632	3,61	3,76
Dublin¹)	3,090	3,104	3,045	3,76	3,91
Montreal³)	2,3295	2,3375	2,2927	2,26	2,36
Amsterd.	88,565	88,785	88,68	87,25	89,75
Zürich	121,630	121,830	121,43	120,00	122,75
Brüssel	4,939	4,959	4,887	4,80	5,00
Paris	32,520	32,680	32,16	31,71	33,50
Kopenh.	27,650	27,770	27,345	26,50	28,25
Oslo	34,480	34,600	33,945	32,80	35,25
Stockh.**)	35,220	35,380	34,60	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,611	1,621	1,577	1,57	1,67
Wien	14,214	14,254	14,179	14,15	14,35
Madrid**)	1,771	1,781	1,742	1,72	1,84
Lissabon**)	1,885	1,905	1,774	1,55	2,35
Tokio	1,2440	1,2470	–	1,20	1,26
Helsinki	47,990	48,190	46,9445	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,4125	2,4685	–	1,80	2,40
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5630	2,5820	–	2,50	2,61
Johannesbg.*)	1,7130	1,7320	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Korrektur des Dollar-Kurses setzte sich am 22. 10. nicht fort. Im Tagesverlauf war eine permanente leichte Befestigung zu beobachten, die den Kurs von 3,0670 in die Spitze auf 3,0880 trieb. Die Abstinenz der Notenbank am Devisenmarkt wirkte sich für den Dollar-Kurs positiv aus. Auch die Erholung der Dollarzinssätze am Euro-Markt um ⅛ Prozentpunkt verstärkte die Nachfrage. Die Bundesbank nahm einem geringen Kursausgleich von 2,7 Millionen Dollar zur amtlichen Notiz von 3,0848 vor. Die Mehrzahl der amtliche notierten Währungen erzielten ebenfalls höhere Kurse gegenüber Freitag. Von den europäischen Währungen verzeichnete der Schweizer Franken mit einem Kursgewinn von 1,7 Promille auf 121,73 den stärksten Gewinn. US-Dollar in: Amsterdam 3,4800; Brüssel 62,33; Paris 9,4645; Mailand 1908,50; Wien 2166,80; Zürich 2,5334; Ir. Pfund/DM 3,097; Pfund/Doll. 1,1983; Pfund/DM 3,681.

Ostmarkkurs am 22. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Unter dem Aspekt höherer Dollar-Zinssätze wurden am 22. Oktober höhere Dollar-Deports genannt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,34/1,24	3,52/3,42	7,20/7,00
Pfund/Dollar	0,05/0,02	0,08/0,04	0,05/0,10
Pfund/DM	2,30/0,90	5,00/3,60	9,10/7,70
FF/DM	23/7	50/34	97/81

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 10.: Tagesgeld 5,55–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 22. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,25 (6,37)–7,75 (6,68)–8,00 (6,91)–8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,25 (6,41)–7,75 (6,74)–8,00 (6,99)–8,50 (7,24)–8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,40, 2 Jahre 6,24. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,50, Rendite 6,88.

SUPER-CHIPS / Siemens und Philips wollen Japans Vorsprung einholen

Produktionsaufnahme in fünf Jahren

MARLENE RÖDER, München

Die vereinbarte Zusammenarbeit zwischen der Siemens AG, München, und der niederländischen Philips Gloeilampenfabrieken NV, Eindhoven, bei der Entwicklung von höchstintegrierten Halbleiterschaltungen („Super-Chips") soll die einzigen europäischen Firmen der Branche bis 1989 weltweit konkurrenzfähig machen. Wie der Kooperationsprojektleiter bei Siemens, Johann Haserer, erklärte, hoffe man durch die gemeinsame Entwicklung den Vorsprung der Japaner auf dem Weltmarkt einzuholen. Die Produktionsaufnahme soll nach den Vorstellungen der Unternehmen in fünf Jahren erfolgen.

Bei dem Projekt handelt es sich um statische 1-Megabit-Speicher (sie bieten Platz für eine Million Informationseinheiten) und dynamische 4-Megabit-Speicher (mit der vierfachen Kapazität). Während bei den statischen Speichern die einmal gespeicherte Information erhalten bleibt, muß sie bei den dynamischen durch Stromimpulse ständig erneuert werden. Integrierte Schaltkreise werden unter anderem für Rechner, Personalcomputer oder elektronische Steuerung zum Beispiel in Waschmaschinen benötigt.

Bisher, so Hans Friedrich, Siemens-Projektleiter für den 4-Megabit-Speicher, hinken die Europäer technologisch eineinhalb Jahre hinter den Japanern her. Dabei werde auf dem Markt der hochintegrierten Schaltkreise alle drei Jahre eine neue Generation entwickelt. „Wenn man in der Mikroelektronik führend sein will, muß man es bei Speichern sein", meinte Friedrich. Hier müsse modernste Technologie schnellstmöglich verfügbar sein. Derzeit produzieren die Europäer nicht einmal die Hälfte der Chips, die im Binnenmarkt gebraucht werden.

Siemens halte gegenwärtig einen Weltmarktanteil von einem Prozent. Dagegen beherrschten japanische Elektrofirmen den Weltmarkt mit rund 60 Prozent; die USA hielten gut 20 Prozent. 1985 soll von Siemens der 256 000-Bit-Speicher auf den Markt kommen. An der Entwicklung von dynamischen 1-Megabit-Speichern werde, parallel zu dem Gemeinschaftsprojekt, gearbeitet. Er soll aus der noch im Bau befindlichen Produktionshalle in Regensburg bis 1987 auf dem Markt sein.

Nach dem bereits vor Monaten unterzeichneten Kooperationsvertrag werden Siemens den dynamischen 4-Megabit-Speicher und Philips den statischen 1-Megabit-Speicher möglichst mit der gleichen Technologie entwickeln. Der Vertrag der beiden Elektrokonzerne, die sich jeweils auf statische beziehungsweise dynamische Speicher spezialisiert haben, sieht eine spätere Übernahme des Produktes des Partners vor. Beide Firmen decken nach dieser Darstellung durch die Kooperation eine Produktlücke im eigenen Programm.

Während der statische Chip einfacher anzuwenden ist, bietet nach Aussagen von Haserer der am Weltmarkt dominierende dynamische Speicher bei gleicher Größe etwa viermal soviel Speicherkapazität. Der schnell wachsende Markt für statische Chips liege bei rund 200 Mill. Stück im Jahr. Das entspreche etwa einem Fünftel des Marktes für den dynamischen Speicherchip. Gegenwärtig koste ein statischer 16 000-Bit-Speicher etwa gleichviel wie ein technisch vergleichbarer dynamischer 64 000-Bit-Speicher.

Das Vorhaben kostet Siemens nach eigenen Angaben einschließlich der Fertigungsanlage in Regensburg rund 1,4 Mrd. DM und Philips etwa 1,5 Mrd. holländische Gulden. Bei der Münchner Firma fallen zusätzlich für die Entwicklung der Speicher 800 Mill. DM an. Diese Summe werde jedoch voraussichtlich mit etwa 300 Mill. DM vom Bonner Forschungsministerium gefördert. Das niederländische Wirtschaftsministerium will das Gemeinschaftsprojekt, an dem zurzeit noch je Partner etwa 70, später jedoch rund 300 Beschäftigte mitarbeiten werden, mit 190 Mill. hfl (171 Mill. DM) subventionieren.

Bei dem Gemeinschaftsprojekt, dessen Förderung im April 1985 anlaufen soll, sei ein Informationsaustausch auch auf unterster Ebene vorgesehen. An eine gemeinsame Fertigung sei dagegen nicht gedacht. Das Gemeinschaftsprojekt werde nach außen von je einem Vertreter beider Firmen zusammen repräsentiert. (dpa/VWD)

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Adolph Lowe: Politische Ökonomik, Athenäum Taschenbücher, Band 5037, 1984, 378 S., 19,80 Mark.

Die amerikanische Originalausgabe erschien 1965 unter dem Titel „On Economic Knowledge". Das Werk erregte unter den Wirtschaftswissenschaftlern Aufsehen, weil die Möglichkeit einer Wirtschaftstheorie geleugnet und statt dessen ein analytisches Verfahren vorgetragen wurde, das aus einer ständigen Wechselwirkung zwischen Theorie und Praxis die *Entscheidungsinstrumente für* eine stringente Wirtschaftspolitik liefert. Dieser Ansatz, die konventionellen Werkzeuge der Wissenschaft durch ein praktisches Eingreifen in die ökonomischen Abläufe der realen Welt zu ergänzen, hat seit seinem Erscheinen nichts von seiner aktuellen Bedeutung eingebüßt.

Wolfgang M. Kam: Venture Capital & Going Public, Carl Heymanns Verlag 1984, 198 S., ca. 80 Mark.

Das Buch will die juristischen Aspekte der Unternehmensfinanzierungen in den USA nicht rechtswissenschaftlich erörtern. Vielmehr gibt es einen Überblick über den Ablauf und die wichtigsten juristischen Grundzüge der Wagnisfinanzierung und der Publikumsemission. So richtet sich das Buch vornehmlich an Unternehmen, ihre Manager und Berater, die an eine Firmengründung in den USA oder an eine Finanzierung *im US-Kapitalmarkt* denken.

Theodore Levitt: Marketing Imagination, Verlag Moderne Industrie, Landsberg 1984, 232 S., 48 Mark.

Der erfolgreiche Harvard Dozent und Werbefachmann Theodore Levitt gibt in diesem Buch wertvolle Hinweise für eine effektive Produktgestaltung und Vermarktung; er zeigt auf, welche Rolle kreatives Marketing in jedem Wirtschaftszweig spielt. Das vorrangige Wirtschaftsziel muß im Aufbau und in der Stabilisierung eines zahlungsfähigen Kundenstammes liegen. Eine erfolgreiche Unternehmensstrategie sollte sich daran orientieren, was die Käufer wünschen, was die Konkurrenz den Käufern zu bieten hat und welche Bewegungen auf dem Markt zu beobachten sind. Die Unternehmen benötigen Strategien und Programme, die den Erfordernissen des Marktes angepaßt sein müssen und weniger darauf Rücksicht nehmen sollten, welche Vorstellungen die Geschäftsleitung von ihren Absatzmöglichkeiten hat. In anregendem Stil vermittelt der Autor, warum und in welcher Hinsicht im kreativen Marketing ein Schlüssel zum Erfolg liegen kann.

Pelka/Lieser, Recht der steuerbegünstigten Kapitalanlagen, kommentiertes Fundstellenwerk zu allen einschlägigen Rechtsgebieten, Lose-Blatt-Werk in zwei Ordnern, Stollfuß-Verlag, Bonn, ca. 1160 S., 98 Mark.

Die steuerlichen und rechtlichen Probleme der steuerbegünstigten Kapitalanlagen führen zu unübersehbar vielen Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen. Das kommentierte Fundstellenwerk will den Beratern und Unternehmern das einschlägige Recht zu den steuerbegünstigten Kapitalanlagen zur Verfügung stellen. In Kommentarform gegliedert werden alle bedeutsamen Gerichtsentscheidungen sowie Rechtsnormen und Verwaltungsvorschriften auf den Gebieten des Steuer-, Zivil- und Strafrechts im vollen Wortlaut wiedergegeben. Wesentliche Entscheidungen werden eingehend kommentiert, um auch dem Nichtfachmann die Bedeutung verständlich zu machen. Jährlich erscheinen vier Ergänzungen.

Schmitz/Tillmann: Das Steuerstrafverfahren, Forkel-Verlag, Wiesbaden 1983, 334 S., 49 Mark.

Nach dem Vorwort der Verfasser soll das Buch als Leitfaden für die Praxis dazu dienen, dem Steuerpflichtigen die Möglichkeit zu geben, sich auf den „Ernstfall" eines Steuerstrafverfahrens vorzubereiten oder aber sich bei einem akuten Fall entsprechend zu verteidigen. Wer eine Anleitung zu besonders geschickten Steuerstraftaten oder Hilfe zur Vermeidung der Entdeckung dahinter vermutet, wird mehr als enttäuscht. Dagegen bietet das Werk einen detaillierten, systematischen Überblick über das Steuerstrafverfahren sowie über die Steuerstraftaten und Ordnungswidrigkeiten. Ein Schwerpunkt liegt auf der Darstellung der Rechte eines Steuerpflichtigen.

Arbed S. A. mit Halbjahresgewinn

dpa/VWD, Luxemburg

Während die Arbed Saarstahl nach einem Ausweg aus ihrer bisher schwersten Notlage sucht, weist die luxemburgische Muttergesellschaft Arbed S. A. zum ersten Mal seit Beginn der Stahlkrise im Jahre 1974 ein positives Halbjahresergebnis aus. Der Reingewinn von 212 Mill. luxemburgische Franc (rund 10,6 Mill. DM) bedeute gegenüber dem 1. Halbjahr 1983 eine Zunahme um 1,2 Mrd. Franc. Nach Angaben des Unternehmens, erhöhte sich der Umsatz um 18 Prozent auf 27,2 Mrd. Franc. Arbed begründet die Verbesserung mit den ersten Auswirkungen seines Umstrukturierungsprogramms sowie mit der Festigung des luxemburgischen Franc gegenüber der D-Mark, wodurch sich die Kosten der Schuldentilgung verringert hätten.

NAMEN

Wilhelm Preuss, Duisburg, Seniorchef der Jaeschke u. Preuss Ingenieurbau GmbH, wird heute 75 Jahre.

Leo Pieschl, seit Mitte der 70er Jahre Vorstandsmitglied verschiedener Gesellschaften der Volksfürsorge Versicherungen, vollendet am 24. Oktober das 60. Lebensjahr.

Heinz Saerberg, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft für Wertpapierinteressen (GfW), Langenfeld, feiert am 24. Oktober den 65. Geburtstag.

Gerhard Wendland, Marketingleiter der Aloys F. Dornbracht GmbH & Co., Iserlohn, wurde in die Geschäftsleitung der Zimmer & Kellermann, Düsseldorf, berufen. Er ist Nachfolger von **Emil Schmitz**, der dem Unternehmen bis 1986 noch als Berater verbunden bleibt.

Dr. Hermann A. Hadtstein, bisher Alleingeschäftsführer bei der Spessart Glas GmbH, Lohr, ist am 1. Oktober 1984 in den Vorstand der Gail AG, Architektur-Keramik, Gießen, bestellt worden.

T. de Feuilhade de Chauvin, wurde zum Präsidenten und **Dr. Ernst Bracker**, Vorstandsmitglied der BVI Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften, zum Vizepräsidenten der Europäischen Investment-Vereinigung, gewählt.

CLINOMOBIL / Seit 30 Jahren Spezialist für ärztliche Versorgungssysteme

Container-Lazarette in alle Welt

HARALD POSNY, Langenfeld

Wenn ein großer Auftrag hereinkommt, glaubt sich Klaus Otto, technischer Leiter der Clinomobil Hospitalwerk GmbH, Langenfeld/Rheinland, fast entschuldigen zu müssen. Wenn, wie in diesen Tagen fünf Operations-Fahrzeuge (Clinomobile) und drei Container-Lazarette im Auftragswert von 3,5 Mill. DM in Richtung Pakistan das Werk verlassen, dann werden sie meist dringend in kriegs- und krisengeschüttelten Regionen benötigt.

Seltener gehen die Produkte des Unternehmens, *das zur Bodo-Toense-Gruppe* gehört, in Länder mit einem Defizit an ärztlicher Grundversorgung oder in die Dienste von mobilen medizinischen Versorgungssystemen, wozu freilich wieder auch der Einsatz in zahlreichen Armeen der Welt gehört, auch wenn sie sich – wie in Entwicklungsländern – einmal nicht im Krieg befinden.

„Wir würden unsere Fahrzeuge *auch lieber im allgemeinen* Gesundheitsdienst sehen, wie etwa die 100 Fahrzeuge, die vor einigen Jahren nach Nigeria geliefert wurden, oder wie die Hospitalschiffe, die die Bevölkerung auf den vielen Inseln Indonesiens versorgen", meinte Karl-Hermann Bock, aus dem Haus Bodo Toense.

So aber gehen 70 Prozent der Fertigung in fremde Armeen („Sanitätspanzer für Krisengebiete werden natürlich angemeldet"), aber auch sie *dienen ja der ärztlichen Hilfe*, nicht der Kriegführung. Dreißig Prozent gehen in zivile Dienste aller Art, abhängig von meist ausgeschriebenen Staatsaufträgen, von denen Vertreter in etwa 55 Exportländern erfahren. Anders gesehen kommen 60 Prozent der Aufträge aus Kriegs- und Krisengebieten, 40 Prozent dienen der zivilen ärztlichen Versorgung, oft durch internationale Hilfsorganisationen.

Auf jeden Fall macht das Unternehmen 90 Prozent seines Umsatzes im Ausland. Er ist 1983 jedenfalls mit 2,5 Mill. DM gering genug, ein warmer Auftragsregen wird es 1984 auf 10 Mill. DM bringen, die Kapazität liegt beim Doppelten.

Dennoch: Das Unternehmen hat sich in über 30jähriger Tätigkeit mit einem lückenlosen System mobiler und transportabler medizinischer Versorgungseinheiten zu dem bedeutendsten Hersteller auf diesem Spezialgebiet entwickelt. Und das mit nur 25 Mitarbeitern. Im Notfall werden aus anderen Firmen der Gruppe Mitarbeiter zeitweise zu Clinomobil „versetzt". Die wesentliche Konkurrenz besteht aus zwei britischen, einem japanischen und fünf amerikanischen Produzenten.

Zur Firmengruppe Bodo Toense gehören neben Clinomobil die Bodo Toense GmbH (Schwertransporte, Kranverleih und Montage), die SFB Spezialfahrzeug- und Fahrgestellbau und eine Handelsgesellschaft. Die 200 Mitarbeiter erwirtschaften rund 30 Mill. DM Umsatz (ohne Handel), die GmbH allein 20 Mill. DM.

Trotz der konjunktur- und wettbewerbsbedingt tristen Lage im Kranbereich dürften nach den Worten Bocks wieder 30 Mill. DM angesetzt werden, „eher mehr als weniger". 1983 wie im Jahr zuvor schrieb man auch noch „schwarze Zahlen".

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Kupfer konnte sich demgegenüber in sämtlichen Positionen befestigen, Kaffee- und Kakao-Terminkontrakte notierten ebenfalls höher.

Getreide und Getreideprodukte

	19. 10.	18. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	352,00	349,25
März	358,00	358,75
Mai	354,00	354,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	19. 10.	18. 10.
St. Lawrence 1 CW	241,22	245,52
Amber Durum	253,52	253,25
Roggen Winnipeg (can $/t)		
Okt.	138,50	138,50
Dez.	141,60	141,20
März	148,20	147,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,10	119,10
Dez.	123,00	121,40
März	125,90	125,00
Hafer Chicago (c/bush)	19. 10.	18. 10.
Dez.	181,00	181,00
März	180,75	180,50
Mai	177,50	177,25
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	278,50	278,00
März	285,25	285,25
Mai	291,00	290,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	19. 10.	18. 10.
Okt.	140,00	137,00
Dez.	132,20	130,30
März	134,00	133,30

Genußmittel

	19. 10.	18. 10.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	135,60	135,32
März	134,20	133,80
Mai	133,75	133,00
Kakao New York ($/t)	19. 10.	18. 10.
Terminkontr. Dez.	2130	2210
März	2160	2145
Mai	2185	2165
Umsatz	2410	2282
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,44	5,53
März	5,92	6,04
Mai	6,22	6,31
Juli	6,49	6,59
Sept.	6,82	6,84
Umsatz	9 255	7 180
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	19. 10. 4,81	18. 10. 4,81
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	19. 10.	18. 10.
Nov.	2550–2554	2545–2547
Jan.	2367–2368	2382–2383
März	2275–2276	2273–2276
Umsatz	2236	4435
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1950–1951	1933–1933
März	1914–1918	1902–1904
Mai	1919–1920	1905–1906
Umsatz	1417	2821
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	142,00–142,60	177,00–179,00
März	158,00–158,20	180,00–182,00
Mai	164,40–164,60	185,00–187,00
Umsatz	2083	0
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	19. 10.	18. 10.
schw. Sarawak spez.	467,50	467,50
weißer Sarawak	722,50	722,50
weißer Muntok	730,00	730,00
Orangensaft New York (c/lb)	19. 10.	18. 10.
Nov.	165,25	168,50
Jan.	168,80	169,50
März	168,90	169,45
Mai	168,50	169,25
Juli	168,45	168,95
Umsatz	750	600

Öle, Fette, Tierprodukte

	19. 10.	18. 10.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	38,00	38,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	29,00	32,25
Sojaöl Chicago (c/lb) Okt.	29,80	29,50
Dez.	26,85	25,60
Jan.	26,05	25,65
März	25,35	25,00
Mai	25,20	24,80
Juli	25,10	24,80
Aug.	24,60	24,40
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	29,50	30,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	32,00	32,00
Choice white hog 4% fr. F.	20,50	30,50
Talg New York (c/lb) top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine Chicago (c/lb) Okt.	44,50	45,07
Dez.	45,80	46,60
Febr.	47,90	48,87
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	62,45	63,60
März	62,40	63,70
Mai	63,50	64,82
Rinder Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	60,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	56,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Nov.	631,00	623,00
Jan.	643,00	633,00
März	655,00	647,50
Mai	668,00	660,00
Juli	675,00	667,00
Aug.	675,00	667,50
Sept.	663,50	659,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Okt.	153,80	150,70
Dez.	158,30	155,50
Jan.	161,50	158,80
März	167,80	165,00
Mai	173,50	170,50
Juli	177,00	175,30
Aug.	177,10	174,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	19. 10.	18. 10.
Okt.	351,00	347,50
Dez.	355,50	353,50
März	369,00	367,00
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	59,00	61,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	22. 10. 840,00	19. 10. 830,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	605,00	607,50
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	625,00	630,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	253,00	251,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1130,00	1300,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	288,00	288,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	19. 10.	18. 10.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	67,20	66,35
März	68,70	67,90
Mai	70,05	69,30
Juli	71,00	70,15
Okt.	70,20	69,90
Dez.	70,00	69,90
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	43,00	43,00
Wolle Lond. (Neuse. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	19. 10.	18. 10.
Okt.	515	500–505
Dez.	505–515	510–514
Jan.	509–513	510–512
Umsatz	43	76
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	19. 10.	18. 10.
Okt.	unerh.	unerh.
Dez.	unerh.	unerh.
März	unerh.	unerh.
Mai	unerh.	unerh.
Umsatz	0	0
Tendenz: –		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	19. 10.	18. 10.
Okt.	570,0–572,0	570,0–573,0
Dez.	571,0–575,0	573,5–575,0
März	587,0–592,0	582,0–585,0
Umsatz	28	46
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	19. 10.	18. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	19. 10.	18. 10.
Okt.	13 200	13 200
Nov.	13 116	13 096
Kautschuk London (p/kg)	19. 10.	18. 10.
Nr. 1 RSS loco	58,00–60,00	61,00–65,00
Nov.	58,00–60,00	58,00–63,00
Dez.	59,00–61,00	59,00–64,00
Jan.	61,00–63,00	62,00–66,00
Tendenz: –		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	19. 10.	18. 10.
Nov.	200,00–201,00	204,00–205,00
Dez.	201,00–202,00	204,75–205,50
Nr. 2 RSS Nov.	189,50–190,50	191,50–192,50
Nr. 3 RSS Nov.	186,00–187,00	188,00–189,00
Nr. 4 RSS Nov.	179,00–180,00	181,00–182,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	19. 10.	18. 10.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	22. 10.	19. 10.
Blei: Basis London laufend. Monat	125,58–125,76	126,43–126,52
drittfolg. Monat	127,79–127,97	128,74–128,83
Zink: Basis London laufend. Monat	236,03–236,40	232,91–233,65
drittfolg. Monat	233,63–233,82	231,43–231,61
Produz.-Preis	277,92	277,38
Reinzinn 99,9%	4115–4156	4142–4183

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 10.	19. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	392,58–394,43	395,44–397,29
Blei in Kabeln	133,25–134,25	134,00–135,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	22. 10.	19. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	381	382–383
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	425–430	426–430
MS 63	408–413	411–415

Zinn-Preis Penang

	19. 10.	18. 10.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	19. 10.	18. 10.
Leg. 225	355–363	350–363
Leg. 226	357–365	352–365
Leg. 231	388–395	383–395
Leg. 233	398–405	393–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	22. 10.	19. 10.
Platin (DM je g)	35,00	35,10
Gold (DM je kg Feingold) Bankn-Vkpr.	34 000	34 200
Rücknahmepr.	33 250	33 450
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	34 160	34 380
Rücknahmepr.	33 310	33 520
verarbeitet	35 830	36 060
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 495	33 720
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	731,20	732,30
Rücknahmepr.	709,70	710,80
verarbeitet	763,30	764,40

Internationale Edelmetalle

	22. 10.	19. 10.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	338,00	339,80
15.00	338,00	339,50
Zürich mittags	337,80–338,30	339,00–339,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 450	103 400
Silber (p/Feinunze) London Kasse	601,35	603,35
3 Monate	616,50	617,70
6 Monate	630,70	633,30
12 Monate	652,50	654,80
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	19. 10. 272,70	18. 10. 273,85
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	116,60	117,05

New Yorker Preise	19. 10.	18. 10.
Gold H & H Ankauf	339,50	339,5
Silber H & H Ankauf	725,50	722,5
Platin fr. Händlerpr.	324,50–328,00	324,50–328,5
Produz.-Preis	475,00	475,0
Palladium fr. Händlerpr.	139,00–140,00	139,00–140,3
Produz.-Preis	150,00	150,0
Silber (c/Feinunze) Okt.	721,20	730,5
Nov.	724,10	731,8
Dez.	728,00	737,0
Jan.	736,30	745,3
März	748,00	756,5
Mai	762,10	771,9
Juli	775,30	782,8
Umsatz	23 000	23 00

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	19. 10.	18. 10.
Okt.	55,55	55,1
Nov.	55,70	55,3
Dez.	56,30	56,8
Jan.	56,90	56,5
März	58,00	57,7
Mai	59,20	58,9
Juli	60,30	60,0
Umsatz	7 500	8 00

Londoner Metallbörse

	22. 10.	19. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	868,00–868,50	851,00–860,0
3 Monate	891,50–892,00	882,50–883,0
Blei (£/t) Kasse	340,50–341,50	341,00–342,0
3 Monate	346,50–347,00	347,00–348,0
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1052,0–1052,5	1058,0–1059,
3 Monate	1076,0–1076,5	1081,0–1081,
abends Kasse	–	1051,5–1052,
3 Monate	–	1075,5–1076,
(Kupfer-Standard) Kasse	1051,5–1052,5	1050,0–1052,
3 Monate	1072,0–1073,0	1071,0–1073,
Zink (£/t) Kasse	640,00–641,00	629,50–631,0
3 Monate	633,50–634,00	625,00–625,5
Zinn (£/t) Kasse	9640–9650	9670–967
3 Monate	9625–9630	9645–965
Quecksilber ($/Fl)	–	305–31
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–8



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Rainer Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13, Telex 4 185 535

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

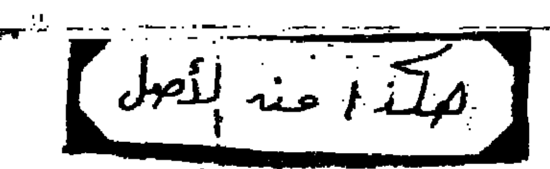
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Öffentliche Anleihen leichter

Die Zinssenkung auf dem Rentenmarkt hat sich am Montag nicht weiter fortgesetzt. Die am Wochenschluß während der Börsenzeit erreichten Kurse konnten nicht gehalten werden. Öffentliche Anleihen wurden teilweise um mehr als 0,30 Prozentpunkte zurückgenommen. Rentenhändler sehen darin eine längst überfällige Reaktion, zurückzuführen auf Gewinnmitnahmen der Händler, die sich während der vergangenen Woche zu großzügig eingedeckt hatten. Bei den Pfandbriefen zogen die Kurse vereinzelt noch an. Er handelte sich jedoch nur um Renditeangleichungen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Industrieanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Ausländische Aktien in DM

IM BLICKPUNKT / Golfspieler Gary Player. Marathonläufer Steve Jones



Gratulation für das Vorbild: Player, Ballesteros. FOTO: UPI

„Gesundheitsapostel“ hängt die jungen Kollegen ab

DW. Bonn

Er war 14 Jahre alt, als er seine ersten 50 Dollar durch eine sportliche Übung gewann. Er wettete, auf Händen auf dem schmalen Rand um einen Billardtisch laufen zu können, und schaffte es. Am 1. November wird er 48 Jahre alt, ist heute Dollarmillionär und Züchter von Rennpferden und Schafen auf seiner großen Farm in der Nähe von Johannisburg: Gary Player. Bei einem Einladungsturnier wiederholte er am Sonntag in Madrid ein Stückchen seiner Golf-Philosophie: „Man ist erst dann ein guter Spieler, wenn man im Alter von 55 Jahren bei einem großen Turnier unter Par (Standard) spielt.“

Gary Player hat es in Madrid wieder einmal geschafft, er gewann das Turnier und umgerechnet 180 000 Mark. Dabei hatte er auch noch die Kraft und Nerven, den Spanier Severiano Ballesteros am zweiten Extra-Loch im Stechen zu besiegen. Ballesteros ist nur ein Jahr älter als Jennifer (25), die älteste Tochter von Player, der sechs Kinder hat (zwei Söhne).

Mag sein, daß der Südafrikaner heute nicht mehr die athletische Kraft besitzt, die ihn einmal mit seinen nur 1,67 m Körpergröße und 68 kg Gewicht auszeichnete. 1978 gelang es ihm noch, den 450 Gramm schweren Golfschläger bei ausgestrecktem Arm mit zwei Fingern am Griffende waagerecht in der Luft zu halten. Eine Übung, die (es war wieder eine Wette) dem 205 Pfund schweren amerikanischen Gewichtheber Paul Meyer damals nicht gelang. Doch noch immer lebt Player, der 1953 Profi wurde und 1970 seine erste Dollar-Million zusammengespielt hatte, nach dieser Maxime: „Sage mir, was du ißt, und ich sage dir, wer du bist.“ Der Südafrikaner, von den Kollegen oft als „Gesundheitsapostel“ verspottet, meidet Nikotin, Alkohol und Kaffee, er ißt kein Weißbrot, sondern nur eine Vollkorn-Diät.

Zwei der besten europäischen Profis mußten sich in Madrid diesem „alten Mann“ beugen. Außer Ballesteros (272 Schläge) war es auch Deutschlands Star Bernhard Langer (26), der mit drei Schiägen Rückstand (275) Platz drei belegte. Beide könnten Players Söhne sein.



Steve Jones. FOTO: UPI

Bestzeit im zweiten Lauf

sid, Chicago

Er kämpfte 42 195 Meter lang gegen Wind und Regen. Am Ende hatte er 10 113 Gegner besiegt, unter ihnen Olympiasieger Carlos Lopes (Portugal) und Weltmeister Rob de Castella (Australien), die beim Marathonlauf von Chicago die Plätze zwei und drei belegten: der Waliser Steve Jones (29), Obergefreiter der britischen Luftwaffe. Es war erst der zweite Marathonlauf von Jones, der bei den Sommerspielen von Los Angeles im Lauf über 10 000 m Platz acht erreicht hatte. Jetzt stellte er gleich in 2:08:05 Stunden eine Weltbestzeit auf, er übertraf Amerikas Marathon-König Alberto Salazar, dessen 2:08:13 drei Jahre lang das Maß für alle Langstreckler war. Der Lohn für diese Leistung: 105 000 Mark Siegprämie, das Rennen war insgesamt mit 250 000 Dollar dotiert (siehe „Standpunkt“). In seinem ersten Marathonlauf, im letzten Jahr ebenfalls in Chicago, war Steve Jones („Wenn die Wetterbedingungen schlecht sind, müssen eben die menschlichen Bedingungen gut sein“) nach 27 Kilometern in ein Loch getreten und mußte aufgeben.

STAND PUNKT / *Gleiches Training, mehr Geld*

Was jetzt dem Zehn-Kilometer-Spezialisten Steve Jones in Chikago gelang – nämlich in seinem zweiten ernsthaften Versuch gleich eine neue Weltbestleistung auf der Marathonstrecke – kann durchaus Schule machen. So ungewöhnlich, wie die Leistung des 29jährigen Walisers auf den ersten Blick erscheint, ist sie nämlich gar nicht. 10 000-m-Läufer absolvieren im Training durchaus Distanzen, die der 42 Kilometer langen Marathonstrecke entsprechen. Mehr noch: Sie rennen zum Zwecke der Schnelligkeitsverbesserung auch kürzere Strecken mit hohem Tempo. Das ergibt zusammen in aller Regel eine hervorragende Grundlage für einen ordentlichen Marathonlauf oder für andere Straßenstrecken, die oberhalb der üblichen Bahndistanzen (fünf und zehn Kilometer) liegen.

Neu ist die Angelegenheit übrigens nicht. Schon Emil Zatopek rannte 1952 bei den Olympischen Spielen in Helsinki gleich in seinem ersten Marathonlauf die Schar der Straßenspezialisten in Grund und Boden. Und in Los Angeles wurde der Portugiese Carlos Lopes Marathon-Goldmedaillengewinner – bis zu jenem Zeitpunkt ein Bahnspezialist für kürzere Strecken. Auch hierzulande gibt es dafür Beispiele: Den deutschen Rekord über 25 Kilometer hält kein Marathonläufer, kein Mann für überlange Distanzen, sondern der 10 000-m-Spezialist Karl Fleschen.

Doch das alles verlief bisher eher sporadisch. Es gab keinen Grund, die Plackerei eines Marathonlaufs anstelle eines ruhigen 10 000-m-Rennens mit einem kurzen 200-m-Spurt auf sich zu nehmen. Und überdies: Wer kannte schon die Marathonläufer? So war es jedenfalls noch vor einigen Jahren, bis die Jogging-Welle aus Amerika herüberschwappte. Nun wird die Szene in Bewegung geraten, zwangsläufig. Denn unter den bisher eher unterbezahlten Bahn-Langstrecklern wird es sich herumsprechen, daß man ohne allzu viel größeren Aufwand das Mehrfache als bisher erlaufen kann. An Rekorden, Siegen und Prämien. K.Bl.

FORMEL 1 / Niki Lauda steht schon jetzt auf einer Stufe mit Fangio, Stewart, Hill und Brabham

Ist im nächsten Jahr der Weg frei für den Franzosen Prost?

DW. Bonn

„Lauda geht in die Legende ein. Er hat ein weitere Wette mit dem Leben und dem Motorsport gewonnen.“ Das schrieb die italienische Zeitung „Corriere della Sera“ zum Gewinn der Formel-1-Weltmeisterschaft durch Niki Lauda (35). Es war nach 1975 und 1977 der dritte WM-Titel für den Österreicher. Der „Campionissimo“ („Tuttosport“, Turin) steht damit auf einer Stufe mit dem Engländer Graham Hill, dem Australier Jack Brabham und dem Schotten Jackie Stewart. Auch diese Rennfahrer wurden dreimal Weltmeister in der Formel 1. Unangefochten an der Spitze aber rangiert der Argentinier Juan Manuel Fangio, der es in der seit 1950 währenden Formel-1-Geschichte auf fünf Titel brachte.

Wer sind die Eckpfeiler dieses Sports? Sicher gehört Niki Lauda dazu, der nach seinem schweren Unfall 1976 auf dem Nürburgring ebenso vehement wie sachbezogen für mehr Sicherheit in der Formel 1 plädierte – und diese auch durchsetzte. Auch Jackie Stewart ist einer der großen Männer dieser Branche, als er, ähnlich wie Lauda, bereits viel früher für bessere Pisten, Reifen und Autos kämpfte. Jack Brabham, der den weltberühmten Rennstall gleichen Namens gründete und mit eigenen Konstruktionen zweimal den Titel gewann, ist aus der Geschichte dieses Sports nicht mehr wegzudenken. Der Engländer Graham Hill galt als Sinnbild für Fairneß in einer Zunft, die diese Regeln oft mit Füßen trat.

Und Fangio? „Er hatte die fast einmalige Gabe, jede Strecke bis auf den hundertstel Millimeter genau auszufeilen“, schrieb der 1980 verstorbene Mercedes-Rennleiter Alfred Neubauer in seinen Memoiren. Ein Satz, der so auch für Niki Lauda stehen könnte. Als sich Graham Hill 1969 beim Großen Preis der USA in Watkins Glen bei einem Unfall beide Beine brach, als ihm die Ärzte Rennverbot erteilten, ließ er sich sechs Monate später im südafrikanischen Kyalami auf einer Trage zum Cockpit seines Rennwagens bringen. Als Lauda sechs Wochen nach seinem Unfall auf dem Nürburgring in Monza bereits wieder in seinen Ferrari kletterte, schrieb er darüber in seinem Buch „Protokoll“: „Als der Ferrari das erste Mal wegrutschte, erschrak ich. Ich sagte mir: Herrschaften, so kann man nicht Auto fahren. Dann wartete ich bewußt auf das Wegrutschen und begann mit der Zentimeterarbeit des Driftens.“

Fangio, Hill, Stewart, Brabham, Lauda – der Kreis scheint sich zu schließen oder zu öffnen für den Franzosen Alain Prost, den Vize-Weltmeister 1984. Ein Mann, der in diesem Jahr sieben Formel-1-Rennen gewann und dennoch hinter Lauda mit nur einem halben Punkt Abstand in der Gesamtwertung aller Saison-Rennen den zweiten Platz belegte. Irgendwann werde es ihm glükken, Weltmeister zu werden, und vieles deutet daraufhin, daß sich der 29jährige Prost künftig dort einreihen wird, wo die ganz großen Namen der Formel 1 zu finden sind.

Seite 3: „Sensibler Hintern“

Alle Formel-1-Weltmeister auf einen Blick

1950	Farina	Italien	Alfa Romeo
1951	Fangio	Argentinien	Alfa Romeo
1952	Ascari	Italien	Ferrari
1953	Ascari	Italien	Ferrari
1954	Fangio	Argentinien	Mercedes/Maserati
1955	Fangio	Argentinien	Mercedes
1956	Fangio	Argentinien	Lancia/Ferrari
1957	Fangio	Argentinien	Maserati
1958	Hawthorn	England	Ferrari
1959	Brabham	Australien	Cooper
1960	Brabham	Australien	Cooper
1961	Hill	USA	Ferrari
1962	Hill	England	BRM
1963	Clark	Schottland	Lotus
1964	Surtees	England	Ferrari
1965	Clark	Schottland	Lotus
1966	Brabham	Australien	Brabham-Repco
1967	Hulme	Neuseeland	Brabham-Repco
1968	Hill	England	Lotus-Ford
1969	Stewart	Schottland	Matra-Ford
1970	Rindt	Österreich	Lotus-Ford
1971	Stewart	Schottland	Tyrrell-Ford
1972	Fittipaldi	Brasilien	Lotus-Ford
1973	Stewart	Schottland	Tyrrell-Ford
1974	Fittipaldi	Brasilien	McLaren-Ford
1975	Lauda	Österreich	Ferrari
1976	Hunt	England	McLaren-Ford
1977	Lauda	Österreich	Ferrari
1978	Andretti	USA	Lotus-Ford
1979	Scheckter	Südafrika	Ferrari
1980	Jones	Australien	Williams-Ford
1981	Piquet	Brasilien	Brabham-Ford
1982	Rosberg	Finnland	Williams-Ford
1983	Piquet	Brasilien	Brabham-BMW
1984	Lauda	Österreich	McLaren-Porsche

FUSSBALL / Dortmunds Präsidium zurückgetreten

Reinhard Rauball führt einen neuen Notvorstand

DW. Dortmund

Seit gestern morgen ist der Wechsel auch amtlich registriert: Der frühere Präsident Reinhard Rauball (37) hat erneut die Führung des Fußball-Bundesligavereins Borussia Dortmund übernommen. Vorübergehend steht der Rechtsanwalt jedoch nur an der Spitze eines Notvorstandes. Erst am 15. November wird das Präsidium auf einer vorgezogene Mitgliederversammlung neu gewählt. Die Wiederwahl Rauballs, der schon von 1979 bis 1982 den Klub leitete, gilt als gesichert. Was mit den stark angegriffenen Konietzka (Trainer) und Tippenhauer (Manager) geschieht, müsse, so Rauball, rasch geklärt werden.

Am Tag nach der 0:2-Heimniederlage gegen Karlsruhe, dem absoluten Tiefpunkt seit dem Bundesligaaufstieg 1978, hatte sich das bisherige Führungstrio Frank Roring, Friedhelm Cramer und Hans Glahn zum gemeinsamen Rücktritt entschlossen, weil es in seiner Zerstrittenheit keinen anderen Ausweg aus dem Dilemma sah. „Sportlich, wirtschaftlich und atmosphärisch ist die Borussia in einem erschreckenden Zustand. Jeder Bereich würde einen eigenen Vorstand voll beschäftigen,“ erklärte Rauball nach einer ersten Bestandsaufnahme. Diese Situation ist ihm allerdings nicht fremd. Schon als er 1979 die Führung des Klubs übernahm, hatten Cliquenwirtschaft, Kompetenzstreitigkeiten und sportliches Mittelmaß den Verein in eine Krise gestürzt. Allein die finanzielle Grundlage war damals besser.

In den drei Jahren unter Rauballs Leitung gelang eine positive Wende. Sportlich und wirtschaftlich schien die Borussia gesund, als sich der Rechtsanwalt 1982 wegen beruflicher Überlastung freiwillig aus dem Vorstand zurückzog. Jetzt setzen selbst die für die erneute Misere Verantwortlichen alle Hoffnungen in den energischen und sachkundigen Reinhard Rauball. „Nur ein Mann wie Rauball schafft den Ausweg aus der Krise,“ hofft der zurückgetretene Präsident Roring.

„Ich bin quasi in dieses Amt gedrängt worden. Doch ich habe mich noch nie vor einer Verantwortung gedrückt. Auch in sportlich guten Zeiten hatten wir in Dortmund große Probleme zu bewältigen. Es wird lange Zeit dauern, die Borussia wieder ins richtige Fahrwasser zu bringen, zumal auch das Image lädiert ist,“ dämpfte Rauball die hohen Erwartungen, die in ihn gesteckt werden. Um die Zukunft nicht dem Zufall zu überlassen, präsentierte Rauball gleich zwei Finanzexperten, die sich ausschließlich mit der Sanierung des in Millionenhöhe verschuldeten Klubs beschäftigen sollen. Rechtsanwalt Gerd Niebaum, ein Fachmann für Steuerfragen, und der Bankkaufmann Jürgen Vogt wurden neben Rauball als Mitglieder des sogenannten Notvorstandes in das Amtsregister eingetragen. Jürgen Vogt, der frühere langjährige Schatzmeister der Borussia war noch im letzten Jahr als Präsident gescheitert.

NACHRICHTEN

Handball: Zweiter Platz

Most (sid) – Durch ein 16:16 gegen Olympiasieger Jugoslawien belegte die deutsche Handball-Nationalmannschaft beim Vier-Länder-Turnier in Most (CSSR) ungeschlagen Platz zwei. Die Jugoslawen besaßen als Sieger die bessere Tordifferenz.

Heute Bundesliga

Bochum (DW.) – Heute wird das Spiel der Fußball-Bundesliga zwischen dem VfL Bochum und Kaiserslautern (am 9. Oktober wegen Regens ausgefallen) wiederholt (20.00 Uhr).

Comeback von Klühspieß?

Großwallstadt (sid) – Kurt Klühspieß, 104maliger Handball-Nationalspieler, der seine Laufbahn mit der letzten Saison beendete, denkt über ein Comeback nach. Martin Schwalb, als sein Nachfolger beim deutschen Meister TV Großwallstadt verpflichtet, fällt nach einem Bänderriß mehrere Wochen aus.

Tor von Schuster

Barcelona (dpa) – Ein Tor von Bernd Schuster rettete dem FC Barcelona, Spitzenreiter der spanischen Fußball-Liga, das 1:1 im Heimspiel gegen Real San Sebastian.

Kritik an Rummenigge

Mailand (sid) – Fußball-Nationalspieler Karl-Heinz Rummenigge wurde nach dem 1:0-Sieg seines Klubs Inter Mailand über Aufsteiger AC Como von der italienischen Presse kritisiert. Die Zeitung „Corriere dello Sport“: „Ein flauer Tag für Rummenigge, er steckt in einer Krise.“

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 8. Spieltag Kaufbeuren – Köln 3:4, Rosenheim – Landshut 10:1, Essen-West – Iserlohn 3:4, Mannheim – Rießersee 12:0, Düsseldorf – Schwenningen 3:7.

DIE TABELLE

1.Landshut	8	6	1	1	37:28	13:3
2.Rosenheim	8	5	1	2	41:20	11:5
3.Mannheim	8	5	1	2	40:27	11:5
4.Kaufbeuren	8	5	0	3	44:33	10:6
5.Köln	8	4	2	2	29:20	10:6
6.Schwenning.	8	4	0	4	33:37	8:8
7.Düsseldorf	8	3	0	5	33:36	6:10
8.Iserlohn	8	2	2	4	31:37	6:10
9.Rießersee	8	2	1	5	28:46	5:11
10.Essen-West	8	0	0	8	17:49	0:16

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 6. Spieltag: Paderborn – Leverkusen 3:1, Passau – Berlin 0:3, SSF Bonn – Friedrichshafen 2:3, Gießen – Fort. Bonn 0:3, Hamburg – München 3:0.

HANDBALL

Vierländerturnier der Herren in Most/CSSR, dritter und letzter Spieltag: CSSR – Dänemark 19:19, Deutschland – Jugoslawien 16:16. – Abschlußtabelle: 1. Jugoslawien 5:1, 2. Deutschland 4:2, 3. CSSR 2:4, 4. Dänemark 1:5.

MOTORSPORT

Formel 3, Europameisterschaft, letzter Lauf in Madrid, 30 Runden = 102 km: 1. Dumfries (England) Ralt-VW 42:03 Min., 2. Nielsen (Dänemark) Ralt-VW 42:50, 3. Capelli (Italien) Martini-Alfa 42:28, 4. Santal (Frankreich) Ralt-Alfa 42:31, 5. Sala (Spanien) Ralt-Alfa 42:38, 6. Borgudd (Schweden) Anson-Toyota 42:40. – Endstand in der EM-Wertung: 1. Capelli 60 Punkte, 2. Dumfries 54, 3. Berger (Österreich) 46.

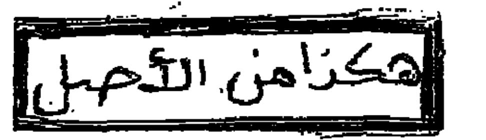
TENNIS

Cologne-Cup, Doppel-Finale: Fibak/Sandy Mayer (Polen/USA) – Gunnersson/Nystroem (Schweden) 6:1, 6:3. – **Damen-Turnier** in Filderstadt, Doppel-Finale: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Bunge/Pfaff (Deutschland) 6:2, 4:6, 6:3.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 2, 11, 15, 20, 25, 27, Zusatzspiel: 8. – **Rennquintett,** Rennen A: 11, 5, 4. – Rennen B: 23, 25, 29.

(ohne Gewähr).



Der entscheidende Tip kam aus der Familie

Aus Hamburg entflohener Doppelmörder in Datteln gefaßt

HORST DALCHOW, Hamburg

Die Flucht des Doppelmörders Paul Termann aus der Hamburger Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel endete in der Nacht zum Sonntag mit seiner Festnahme in Datteln. Termann war unbewaffnet und leistete keinen Widerstand. Der 46jährige Ausbrecher war im Dezember 1982 in einem aufsehenerregenden Verfahren von einem Schwurgericht in Bremen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Termann hatte im Dezember '81 auf der Yacht „Appolonia" den 36jährigen Eigner Herbert Klein und dessen 25jährige Freundin Gabriele Humpert auf hoher See erschossen. Mit dem dritten Schuß verletzte er den 26jährigen Studenten Michael Wunsch lebensgefährlich. Der Verbrecher wollte das Schiff in seine Gewalt bringen, um mit seiner 36jährigen Freundin Doris Permin in der Karibik „ein neues Leben zu beginnen". Die Begleiterin erhielt wegen Beihilfe drei Jahre Haft.

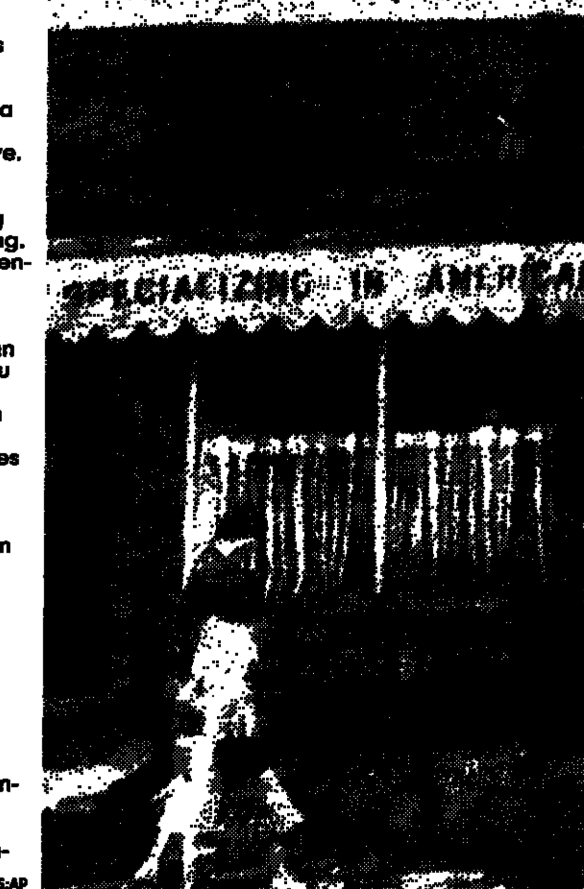
In der Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel war der ehemalige Lokomotivführer aus Wedel bei Hamburg bis zu seiner Flucht am Freitagabend nicht aufgefallen. Nach Darstellung der Polizei hatten Termann und ein Komplize gegen 19.30 Uhr die Gitterstäbe vor dem Fenster eines Elektroraums durchsägt und sich mit Hilfe einer selbstgefertigten Strickleiter in die Tiefe gehangelt. Terman entkam. Sein 63jähriger Komplize wurde noch im Gefängnishof dingfest gemacht. In der Nacht zum Sonntag alarmierte ein Onkel des Ausbrechers die Polizei in Bochum, wo der Flüchtling vor der Wohnungstür randaliert hatte, als ihm der Eintritt verweigert wurde. Der Mörder konnte zwar noch einmal flüchten, wurde aber bald von einem Taxifahrer erkannt und kurz darauf festgenommen. Dabei will Termann einen Herzinfarkt erlitten haben.

1500 Mark und eine Fahrkarte der Bundesbahn für die Strecke Hannover–Hamm hatte er bei sich. Offenbar verfügte der Ausbrecher außerhalb der Anstalt über keinerlei Hilfe.

Sein Ausbruch hat in Hamburg erhebliches Aufsehen erregt, zumal erst vor wenigen Wochen der ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilte Mörder Werner-Alexander Fischer entkommen war. Auch er wurde inzwischen (die WELT berichtete) in Athen wieder eingefangen. Der dritte spektakuläre Fall von Gefangenenflucht innerhalb kurzer Zeit hält die Polizei immer noch in Atem: Der als äußerst gefährlich geltende 42jährige Mörder Jürgen-Siegfried Kempski ist noch auf freiem Fuß. Er wurde am 11. September mit Waffengewalt befreit, als er von zwei Justizbeamten zu einer ärztlichen Untersuchung gebracht werden sollte. Für die Befreiung hatte der wegen schwerer räuberischer Erpressung zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Rolf Cornol (29) einen Hafturlaub genutzt. Am selben Tag geriet die Anstalt Fuhlsbüttel noch auf andere Weise in Verruf. Ein Richter erließ Haftbefehl gegen einen 45jährigen Justizbeamten, der dort seit 1974 als Aufseher tätig war. Er und mehrere Kollegen standen unter dem Verdacht des Rauschgifthandels in der Strafanstalt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen wurde der offenbar umfangreiche Handel von dem Strafgefangenen Fischer kontrolliert.

Die letzten Sekunden eines Sturzes







Ahnungslos geht ein Paar in Denver im US-Bundesstaat Colorado spazieren. Die Frau sieht den Mann an, spricht mit ihm; dieser blickt nach vorne. Gesammelt oder mit den Gedanken weit weg? Niemand weiß das. Die beiden Menschen wirken jedoch wie eine Einheit. Sekunden später ist das Chaos wie aus heiterem Himmel da, über die beiden hereingebrochen. Im buchstäblichen Sinn des Wortes. Von oben, aus dem dritten Stockwerk eines Hotels, fällt die lebensmüde 36jährige Loretta Savage. Keiner kennt ihre Motive. Zwischen den drei Menschen bestand bislang keine Verbindung. In wenigen Augenblicken bilden sie jedoch eine Leidensgemeinschaft, wenn die fallende Frau die Passanten mit der Präzision eines Schicksalschlages trifft. Die Unausweichlichkeit ist schon auf dem oberen Foto zu erkennen. Der Mann und die Frau kommen unverletzt mit einem Schock davon. Loretta Savage liegt mit schweren Brüchen und inneren Verletzungen auf der Intensivstation des Denver Krankenhauses. FOTOS: AP

Italiens Privat-TV darf schon wieder ausstrahlen

Regierung Craxi unterläuft die Anordnungen der Justiz

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Das italienische Privatfernsehen ist seit dem Wochenende im ganzen Land unbehelligt wieder auf dem Bildschirm. Mit einem Gesetzesdekret hat die Regierung Craxi die Anordnung dreier Amtsrichter unterlaufen, mit der Anfang voriger Woche die drei größten Privatsender am Ausstrahlen ihrer Programme in den Regionen Latium, Piemont und Abruzzen gehindert worden waren. Das Dekret legalisiert den Status quo ante, indem es den Sendeketten das Recht einräumt, ihre auf Video-Kassetten registrierten Programme über örtliche Zweigsender gleichzeitig im ganzen Land zu verbreiten. Es hat eine Gültigkeitsdauer von einem Jahr.

Innerhalb dieses Zeitraumes muß das Parlament das vom Verfassungsgerichtshof schon 1976 angemahnte Fernsehgesetz verabschieden. Für dieses Gesetz hatten die Verfassungsrichter zwei Grundsätze aufgezeigt: 1. Privatunternehmer haben das verfassungsmäßige Recht, „im lokalen Bereich" Rundfunk- und Fernsehsender zu betreiben. 2. Das Monopol für landesweite Rundfunk- und Fernsehsendungen bleibt bei der staatlichen Gesellschaft RAI-TV.

Der Gesetzgeber muß jetzt den Begriff „im lokalen Bereich" definieren und eine Antwort auf die Frage geben, ob mit der landesweit gleichzeitigen Ausstrahlung eines Video-Kassetten-Programmes durch die örtlichen Gliedsender einer privaten Senderkette das RAI-Monopol verletzt wird oder nicht. Dieser Methode bedienen sich die drei von den Amtsrichtern Roms, Turins und Pescaras blockierten Sendenetze „Canale 5", „Italia 1" und „Retequattro", die sich alle in der Hand des Fernsehunternehmers Silvio Berlusconi befinden.

Das jetzt erlassene Gesetzesdekret ist sofort in Kraft getreten, bedarf jedoch der Ratifizierung durch beide Parlamentshäuser innerhalb von 60 Tagen. Wird diese Ratifizierung verweigert, muß es als von Anfang an ungültig kassiert werden. Bisher haben sich nur die Kommunisten gegen eine Ratifizierung ausgesprochen. Sie bezeichneten das Dekret als „verfassungswidrig" und als einen „unerhörten Handstreich".

Der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi vertrat demgegenüber in der Ministerratssitzung, von der am Samstag das Gesetzesdekret verabschiedet wurde, die Ansicht, daß dem Vorgehen der drei Amtsrichter gegen die privaten Sendenetze die rechtliche Grundlage gefehlt habe. Da es noch kein Gesetz über die Begrenzung und über die Modalitäten des Privatfernsehens gebe, könne kein Bürger auf diesem Gebiet wegen einer angeblichen Gesetzesverletzung belangt werden.

Der Minsterpräsident wies außerdem darauf hin, daß durch die richterliche Aktion der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Staatsbürger verletzt worden sei. Sie habe bewirkt, daß die Bürger einer Region das private Fernsehen weiterhin empfangen konnten, die Bürger einer anderen Region aber nicht mehr. Schließlich verwies der Regierungschef auch noch auf den wirtschaftlichen Schaden, der durch die Außerbetriebsetzung der Umsetzer und der Vidéo-Kassetten-Studios der drei Sendenetze entstanden sei.

Ein Blick zum „Ende" des Universums

AP, Berkeley

Astronomen von der Universität von Kalifornien ist es gelungen, einen Blick in eine Jahrmilliarden zurückliegende Vergangenheit zu tun. Sie entdeckten am „Ende des Universums" neun bisher optisch nicht wahrgenommene Galaxien, die vermutlich alle mindestens zehn Milliarden Lichtjahre von unserem Sonnensystem entfernt sind. In der Nähe des Sternbildes Löwe wurde ein Milchstraßensystem am Himmel aufgefunden, dessen Licht 20 Millionen mal schwächer ist als das des mit bloßem Auge gerade noch erkennbaren lichtschwächsten Sterns am Nachthimmel. Ein Lichtjahr ist die Entfernung, die das sich mit einer Geschwindigkeit von 300 000 Kilometer pro Sekunde ausbreitende Licht in einem Jahr zurücklegt. Die entfernten Sternsysteme, deren Licht jetzt auf der Erde ankommt, bieten sich dem irdischen Betrachter somit in einem Zustand dar, den sie vor Jahrmilliarden hatten. Zwei Astronomen hatten zwei Jahre lang systematisch jene Himmelsbereiche abgesucht, aus denen Radioteleskope schwache elektromagnetische Strahlen aufgefangen hatten.

Gattung „Stadtmensch"

AP, Miami

Mit einer „Welturaufführung" warteten am Wochenende der Metrozoo von Miami im US-Bundesstaat Florida auf: In einem Außengehege war, umgeben von Möbeln, einem Telefon und einer Schar Galapagos-Schildkröten, ein Exemplar der Gattung „Stadtmensch" zu betrachten. Die Heger verpflegten den 38jährigen „Stadtmenschen", einen Schauspieler, mit „Spezialfutter" – Kartoffelchips, Fischbouletten und Limonade. Der „Stadtmensch" führte vor, was ein Vertreter seiner Gattung normalerweise so zu tun pflegt: Er saß am Schreibtisch, führte anscheinend wichtige Telefongespräche, blätterte den Anzeigenteil einer Ze... durch, warf kritisch... Schreibtis... Ti...

„Rotkäppchen"-Prozeß: Freispruch für den Wolf

DW. Venedig

Ein „Gericht" in Venedig hat mit der Legende des „bösen Wolfs" im Märchen von Rotkäppchen gebrochen. Acht Schöffen sprachen den „Angeklagten" am Samstag frei. Namhafte Juristen der Lagunenstadt hatten den „Prozeß" mit echten Staatsanwälten, Richtern und Verteidigern organisiert. Die „Anklage" hatte eine lebenslange Freiheitsstrafe für den Wolf wegen Freiheitsberaubung, Vergewaltigung und Mordes beantragt.

Nach eintägiger Prozeßdauer kamen die Richter aber zu einer anderen Auffassung: Das Märchen sei eine literarische Übertragung von sexuellen Initiationsriten, wobei der Wolf die Rolle eines Mannes übernommen habe, die als sozial angemessene Handlung strafrechtlich nicht relevant sei.

Prozeßstoff waren die Fassungen des Rotkäppchenmärchens der Gebrüder Grimm. Rotkäppchen, dessen Alter auf 14 bis 15 Jahre geschätzt wurde, provoziere ein sexuelles Abenteuer, während der Wolf als Symbol des Bösen dies ausnutze.

Die Thesen der Verteidigung setzten sich aber schließlich durch: Der Wolf sei ein verkleideter Stellvertreter der frühen Nomaden, die erst später von dem Bauernstand dämonisiert worden seien.

Die Angst in der Dunkelheit des Waldes, die Folter, der „Tod" und die Wiederauferstehung Rotkäppchens, das im Märchen mit der Großmutter vom Wolf gefressen und vom Jäger aus dem Bauch des Tiers wieder befreit wird, sei als Initiationsritus zu verstehen. Am Ende erscheint sogar Rotkäppchen in einem ungünstigen Licht: Das Mädchen habe – von Sexualängsten geplagt – selbst die Geschichte erfunden.

LEUTE HEUTE

Verschluckt

Ein Schluck Wasser ist dem spanischen Sänger **Julio Iglesias** am Samstag abend offenbar in den „falschen Hals" geraten. Er mußte sein Konzert in der ausverkauften Jahrhunderthalle in Frankfurt-Höchst abbrechen. Nach dem Schluck und vergeblichem Räuspern bat der Barde um eine Pause. Als Iglesias nicht wieder auftauchte, gab es Buh-Rufe. Schließlich entschuldigte sich Iglesias höchstpersönlich beim Publ... Das Publikum soll den volle... trittspreis zurückerhalten...

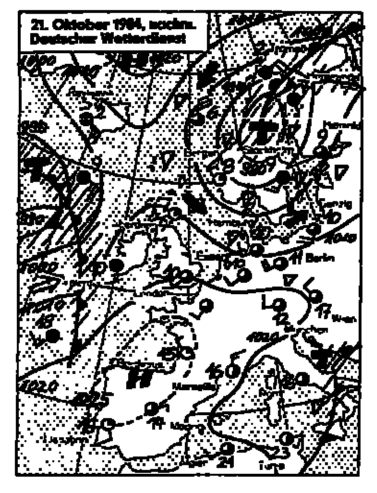
Fleißig

Di...

... ist mit 1333 Einsätzen abgeschlagener Zweiter. Ganz zu schweigen von Thronfolger **Charles** (1007 offizielle Auftritte), der sich dann auch unlängst vom Vater rüffeln lassen mußte. Dabei liegt der Kronprinz ... noch besser im Renne... **Anne**, deren E... lassen kö... hatte...

WETTER: Neues Sturmtief

Wetterlage: In einer zügigen westlichen Strömung greifen die Ausläufer eines atlantischen Sturmtiefs im Laufe des Montags auf ganz Deutschland über.



Stationen 12 bedeckt West Stärke 5 16°C, ● bedeckt, stdl. ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete Luftströmung ⇒ warm ⇒ kalt Fronten Warmfront, Kaltfront, Okklusion Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Montag:

Nord- und Westdeutschland: Im Vormittagsverlauf aufkommender länger andauernder Regen. Temperaturanstieg auf 12 bis 15 Grad. Tiefsttemperaturen 11 bis 7 Grad. Frischer bis starker, im Küstengebiet auch stürmischer Wind aus Südwest. **Süddeutschland und Berlin:** Vormittags meist heiter und trocken, in der zweiten Tageshälfte Bewölkungsverdichtung und nachfolgend aufkommender Regen.

Weitere Aussichten:

Wechselhaftes Schauerwetter.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	26°
Bonn	11°	Kopenh.	11°
Dresden	11°	Las Palmas	22°
Essen	10°	London	10°
Frankfurt	9°	Madrid	14°
Hamburg	10°	Mailand	15°
List/Sylt	11°	Mallorca	20°
München	12°	Moskau	12°
Stuttgart	11°	Nizza	17
Algier	21°	Oslo	[illegible]
Amsterdam	11°	Paris	[illegible]
Athen	23°	Prag	[illegible]
Barcelona	17°	Rom	16°
Brüssel	10°	Stockholm	9°
Budapest	16°	Tel Aviv	24°
Bukarest	21°	Tunis	23°
Helsinki	9°	Wien	17°
Istanbul	16°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 7.00 Uhr, Untergang: 17.12 Uhr; **Mondaufgang:** 5.07 Uhr, Untergang: 17.04 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Schneideria...

EVI KEIL, B...

„Die Tänzerin Josefa ... mehrfach bestohlen, ... vergewaltigt, bek... zahlreiche Leser ... Blätterwald – Anlaß des 7... zeugers, F... ters ..."

Hu... desre... sch... ka... se... S...

... te er ... von Hun... ten: In der ... moderierte der Re... barettistischer Form ... „künstliche Befruchtun... sungswidrigkeit der Grünen u...

Nachbarin, Eure Räume!

reich – Der Schluß von Gebrauchs- und Ziergegenständen auf die Seelenlage und Lebensgestaltung ist immer riskant; und ich kann mich nur wundern, wie forsch und mitunter keck die Erforscher der Vor- und Frühgeschichte aus einzelnen aufgefundenen Dingen das ganze Dasein der Menschen, die diese Dinge erzeugt und benützt haben, rekonstruieren. Was würde man nach der nächsten Sintflut vom Homo austriacus denken, wenn, angenommen, nichts anderes als meine Wohnung ergraben wäre?

Er hat, so würde man aus den gelehrten Werken erfahren, Tabak aus der Pfeife geraucht. Er ist auf Parkett- und Kunststoffböden gegangen, Teppiche wie auch Vorhänge waren ihm unbekannt. Sämtliche Möbel waren aus Holz gefertigt, Metall fand nur ausnahmsweise Verwendung. Frack und Smoking standen beim *Homo austriacus* nicht in Mode. Seine Leibspeisen waren Honig und Ölsardinen. Er schmückte die Zimmer mit Bildern und kleinen Skulpturen, doch kaum mit Blumen; Kanarienvögel, Hunde und Katzen hielt er in seiner Wohnung nicht. Die Männer lebten allein; ob die Frauen und Kinder – so liest man weiter – ebenfalls eigene Wohnungen hatten oder gemeinschaftlich, etwa in Frauenhäusern, einquartiert waren, ist noch nicht geklärt; wie auch nicht die Frage, ob winzig kleine, elektrisch betriebene Eisenbahnen, gewissermaßen *Modelleisenbahnen*, mehr praktischen oder mehr kultischen Zwekken dienten.

Sicher hingegen ist, daß das Fernsehen damals noch unbekannt war; selbst die Rundfunkgeräte und *Plattenspieler zeigen geringeres* technisches Raffinement als zum Beispiel die Waschmaschine. Der Mensch jener *Frühzeit war viel* mehr ein Leser; sein Interesse dabei galt zur Hälfte den ältesten Schriften seiner Kultur und zur anderen Hälfte dem sachlichen und dem sprachlichen Wissen, wie es in Lexika, Wörterbüchern, Grammatiken und dergleichen aufbewahrt wurde. Doch büßte er seinen Lesehunger mit dem Verderb der Augen und mußte sich nicht nur mit Brillen, sogar mit Lupen behelfen. Noch mehr aber als das Lesen war das Schreiben dem Homo austriacus ein Bedürfnis – fand man doch schon in der einen Wohnung nicht weniger als drei Schreibmaschinen!

Und wenn man in fünf- oder zehntausend Jahren statt meiner *Wohnung die der Nachbarin ausgräbt?*

Wie die Kunst der Naturvölker die moderne Kunst beeinflußt hat – Eine Ausstellung im New Yorker Museum of Modern Art

Als Picasso einmal aus der Schule plauderte

Daß die Künstler der frühen Moderne zu Anfang dieses Jahrhun*derts starke Impulse* von den „Primitiven" empfangen haben, ist weitgehend bekannt. Aber was die Kunst *der Moderne den „Primitiven" wirklich* zu verdanken hat, beruht oft nur auf Vermutungen. Deshalb hat jetzt *das New Yorker Museum of Modern* Art den ambitionierten Versuch unternommen, das bisher Vage, Unausgesprochene *dieser Beziehung in* ganz großem Stil zu klären. „Primitivism in 20th Century Art: Affinity of the Tribal and the Modern" heißt die Ausstellung, die 150 moderne Arbeiten mit 200 Beispielen der Kunst der Naturvölker verbindet. Es ist eine großartige und erschöpfende Ausstellung, die in den fünf Jahren der Vorbereitung die organisatorischen, kritischen und schließlich auch die detektivischen Talente ihres Organisators, William Rubin, auf eine harte Probe gestellt haben muß, und die er selbst als die komplizierteste Ausstellung, die er jemals arrangiert habe, bezeichnete.

„Primitivism", das Schlüsselwort der Ausstellung, bedeutet in diesem Zusammenhang, wie William Rubin sich in seinem 690 Seiten dicken, spektakulär bebilderten Katalog zu erklären beeilt, keineswegs „primitiv". Darunter ist vielmehr das kreative Echo – in Gedanken und Arbeit – zu verstehen, das die Stammeskunst in der westlichen Kunst-Hemisphäre hervorgerufen hat. Rubin will zeigen, daß die Kunst der „Primitiven" nicht nur als formal-ästhetische Anregung fungierte, sondern das Wesen der Kunst selbst und den Vorgang ihrer Entstehung neu definiert hat. In der Ausstellung werden deshalb Werke, die direkt von einem anderen abstammen, *solche, die eine deutliche „Affinität"* zeigen, und solche, bei denen die Ähnlichkeit frappierend, jedoch *zufällig ist, direkt miteinander* konfrontiert und durch kurze, informative Texte erläutert.

So steht eine kleine Holzfigur aus dem Kongo neben Matisses „Still-Life, African Sculpture" von 1906/07. Picassos Grebo-Maske mit den herausstehenden Zylinderaugen flankiert seine Komposition „Gitarre" von 1912. Und Max Ernsts „Bird Head" von 1934/35 hängt neben einer afrikanischen Tusyan-Maske aus Obervolta.

Im Falle von Matisse ist ein direkter Einfluß zu sehen. Die afrikanische Statue gehörte Matisse. Sie findet sich mehrfach auf seinen Bildern. Auch in anderen Fällen gelingt es Rubin, das Beweismaterial für direkte Einflüsse gleich mit auszustellen. Fotos aus den Ateliers von Braque, Picasso, Schnitzereien aus dem Haus



Aus dem gleichen Geist entstanden: „Büste einer Frau" von Pablo Picasso (1931) und kultische Maske der Baga aus Guinea, die früher Picasso gehörte, aus der Ausstellung in New York FOTO: KATALOG

Gauguins in Tahiti und die Stammeskunstwerke selbst sind in mühseliger Arbeit als Leihgaben für diese Ausstellung ins Moma gewandert. Es hat sich gelohnt. Die Konfrontationen sind für den Zuschauer oft frappierend und machen die Ausstellung, die leicht wegen ihres Ideenreichtums im Didaktischen ersticken könnte, fast theatralisch-spannend.

Im Falle von Picassos Grebo-Maske ist die Beziehung wesentlich komplizierter. Was Picasso hier interessierte, waren die zylindrischen Augen, *die aus der sonst total flachen* Gesichtslandschaft hervorragen und klar erkennen lassen, daß es dem Grebo-Künstler um ähnliches gegangen ist wie Picasso: Nicht ein Gesicht wollte er darstellen, sondern in ideographischer Sprache die Zeichen für „Gesicht" setzen. Damit hatte er Picasso gleichzeitig auf die Lösung eines Problems aufmerksam gemacht. Wie, so hatte sich der Künstler gefragt, sollte er das Schalloch in seiner Gitarre gestalten, wo doch die Vorderfront des Instruments, dort wo das Schalloch eigentlich sein sollte, weggeschnitten war? Indem er, wie der Grebo-Künstler, einfach Negativ in *Positiv verwandelte und das Loch als* hohlen Zylinder nach vorn projizierte. Woher weiß William Rubin dies alles? Die Antwort ist einfach: Weil Picasso es ihm in häufigen und passionierten Gesprächen erläuterte. Daraus entstand die Idee zu dieser Mammutausstellung.

Der dritte Fall ist der der Zufallsähnlichkeit, illustriert an Max Ernsts Skulptur und der Tusyan-Maske aus Obervolta. Neben dem generellen Erscheinungsbild haben beide Kunstwerke entscheidende formale Kriterien gemeinsam: flache, rechteckige Kopfform, gerader, horizontaler Mund, kleine runde Augen und sogar einen Vogelkopf, der aus der Stirn herauswächst. Die Versuchung, hier von „direktem Einfluß" zu sprechen, *ist groß – und doch muß sie verworfen* werden. Denn den Vogelkopf hat Ernst 1934 gemacht, während die ersten Tusyan-Masken erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa auftauchten.

Die Fülle, der schiere Reichtum an Objekten, ist in dieser Ausstellung fast überwältigend. Wir sehen zahlreiche Gemälde und Schnitzereien von Gauguin, denn Gauguin war der erste Maler der Moderne, der von der Kunst der Naturvölker inspiriert wurde. Dazu kommen Gemälde und Skulpturen von Picasso, Arbeiten von Brancusi, Giacometti, Nolde, Schmidt-Rottluff, Kirchner und Klee, und die Reihe setzt sich fort über Pollock und die abstrakten Expressionisten bis zur Gegenwart, die allerdings mit Eva Hesse, Nancy Graves, Michelle Stuart und zu wenigen anderen etwas dünn vertreten ist. Außerdem demonstriert die Ausstellung überzeugend, daß die ausgestellten Werke der „primitiven" Kunst es in *jeder Hinsicht künstlerisch mit den* Werken des Westens aufnehmen können, sie sogar häufig an Einfallsreichtum und in der Gestaltung in den Schatten stellen.

Dieser Einfallsreichtum war es, der die Künstler der Moderne fesselte, wobei die Moma-Ausstellung auch auf unterschiedliche Einflußsphären eingeht. Während die Kubisten eher von den sparsamen, geometrisch-abstrakten Formen der afrikanischen Kunst fasziniert wurden, waren die *Antennen der Surrealisten stärker* auf Ozeanien und seine Kulturen gerichtet. Die Phantasie und Imagination der ozeanischen Künstler, die, wie z. B. in der Kunst Melanesiens, das Monströse und das Dekorative Seite an Seite präsentierten, fesselte Surrealisten wie Max Ernst und Roberto Echaurren Matta. Das komplizierte Ineinander der Formen, die oft violente Bildersprache, die unerwartet originellen Materialien und Farben kamen dem surrealistischen Sinn fürs Unwirklich-Traumhafte sehr entgegen.

Es wäre jedoch falsch, in der Kunst *der Naturvölker* den auslösenden Faktor für das „Neue" zu sehen, wie es sich am Anfang unseres Jahrhun*derts so gärend in der Kunst* bemerkbar macht. „Erst nach den radikalen Veränderungen in der Kunst des frühen 20. Jahrhunderts", kommentiert William Rubin, „konnten diese Objekte relevant und von Interesse sein. Allein und an sich hat die Stammeskunst nicht die Geschichte der westlichen Kunst revolutioniert."

Mit dieser außerordentlichen Ausstellung hat das Museum of Modern Art der Interpretation und dem Verständnis der Kunst des frühen 20. Jahrhunderts neue Türen geöffnet. New York, das so lange unter der Abwesenheit interessanter Kunstaus*stellungen gelitten hat, ist dadurch* wieder eine Kunstreise wert.

VERA GRAAF

Bis 15. Jan.; Detroit: 27. Feb. bis 15. Mai; Dallas: 23. Juni bis 1. Sept.; Katalog: 30 Dollar, gebunden 80 Dollar.

JOURNAL

Gegen auf die Wirtschaft projizierte Ängste

dpa, Ettlingen

Den Konsens zwischen Wirtschaft und Gesellschaft wieder herzustellen sieht der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie als seine dringlichste Aufgabe an. Das wurde bei der Eröffnung der 33. Jahrestagung in Ettlingen betont. Da sich mit dem wachsenden Umweltbewußtsein beim Bürger eine „kulturelle Wende" vollziehe, die „Ängste auf die Wirtschaft projiziere", müsse die Verantwortung des Vereins für die Gemeinschaft über die bisherige Förderung von Künstlern hinausgehen. Deshalb wurde unter anderem ein Ausschuß für Industriekultur gegründet.

Oberschlesischer Preis an Brzoska und Brommer

dpa, Düsseldorf

Dem Kirchenrechtler und Rechtshistoriker Emil Brzoska wurde der mit 10 000 Mark dotierte Oberschlesische Kulturpreis zugesprochen. Den Förderpreis von 5000 Mark erhält der Schriftsteller Bernhard Brommer.

Holzschnitte von Gerhard Altenbourg

DW. Reutlingen

Eine Übersicht über die *graphischen* Arbeiten des im thüringischen Altenburg lebenden Malers und Zeichners Gerhard Altenbourg zeigt der Kunstverein Göttingen im Reutlinger Rathaus. Es handelt sich um die Holzschnitte, die Altenbourg in den letzten dreißig Jahren geschaffen hat, die aber, da sie nur in kleinen Auflagen gedruckt wurden, verhältnismäßig unbekannt blieben. Die Ausstellung ist bis zum 25. November zu sehen.

Keramik aus England im Augustinermuseum

DW. Worms

Die jungen britischen Keramiker lieben es, Gefäße aus farbigen Tonstreifen oder in unregelmäßigen, ausfransenden Formen aufzubauen. Von der strengen Gestaltung in der Tradition eines Bernard Leach, Hans Coper oder einer Lucie Rie halten die meisten von ihnen offenbar nichts mehr. Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls die Ausstellung „Keramik aus England" im Augustinermuseum in Worms. Sie zeigt bis zum 25. November Beispiele von siebzehn Töpfern, die in den unterschiedlichsten Techniken und mit den verschiedenartigsten Materialien arbeiten.

Schnupperstudium an der TU Braunschweig

AP, Braunschweig

Zum Beginn des Wintersemesters hat die Technische Universität Braunschweig ein „Schnupperstudium" eingerichtet, daß den Schülern der Abiturklassen die Möglichkeit bieten soll, die Studienatmosphäre, den Stil der Lehrveranstaltungen und die einzelnen Institute kennenzulernen. Damit soll den Studieninteressierten die Entscheidung erleichtert werden.

Otto Koenig 70

gaz. Wien

Er ist ein faszinierender Schriftsteller, der seine Forschungen auf die brillanteste Art unter die Leute zu bringen versteht. Seine Forschungen: das ist die ganze breite Palette zwischen Völkerkunde und Zoologie, auf der sich Otto Koenig auskennt wie kaum ein zweiter. Bemerkenswert seine Beiträge zur Mode, über Volkstrachten und Uniformstücke. Bemerkenswert seine scharfen Beobachtungen über die Rolle des Auges im Tier- und Menschenreich, über Essen und Trinken und über die Folgen von Nahrungsüberfluß in Tiergemeinschaften. Seit Jahrzehnten leitet Otto Koenig, der heute seinen siebzigsten Geburtstag feiert, die biologische *Station Wilhelminenberg* der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Dort finden auch alljährlich die mittlerweile berühmten „Interdisziplinären Gespräche" statt, wo man sich mit Witz und Humor den neuesten wissenschaftlichen Trends auf die Spur setzt. Wissenschaft kann ungeheuer Spaß machen – das ist nicht die schlechteste unter den vielen Botschaften des Otto Koenig.

Pierre Kast gestorben

AFP, Paris

Der französische Filmregisseur, Schriftsteller und Kritiker Pierre Kast ist im Alter von 63 Jahren auf dem Flug von Rom nach Paris gestorben. Kast gehörte zu der Gruppe um die „Cahiers du Cinéma", aus der die Regisseure der „Neuen Welle" hervorgingen. Er war zuerst Regieassistent von René Clément und Jean Renoir, ehe er mit eigenen Filmen wie „Un Amour de Poche" (1957), „Le Bel Age" (1959) oder „La Morte Saison des Amours" (1960) bekanntwurde. Kast hat später auch eine Reihe von Kurz- und Dokumentarfilmen gedreht.

Beinah anonym – In Paris starb Henri Michaux

Arglos wie eine Feder

Der belgische Dichter und Maler Henri Michaux ist in einem Pariser Krankenhaus gestorben, wie er gelebt hat: anonym. Er, der große Reisende, unterhielt sich in seiner letzten Nacht *mit* der Schwester, die *an* seinem Bett wachte, über ihre Reisen und erzählte selbst über Italien, wo er den *Sommer* verbrachte. Als er ihre wachsende Ermüdung bemerkte, schickte er sie ins Bett. Die Schwester wußte nicht, wen sie vor sich hatte. Er starb allein um fünf Uhr morgens an einem Herzinfarkt im Alter von 85 Jahren.

Als André Gide 1941 den Dichter, der noch nicht sein Publikum gefunden hatte, in einem Vortrag „Découvrons Henri Michaux" seinen Landsleuten vorstellte, lag bereits mehr als ein Drittel seines Werkes vor, phantastische Zustands- und Reisebeschreibungen, die vom „Unbedeutenden" (modeste) ausgehen, zu gesteigerter Wahrnehmung gelangen, neue Fremdheiten erschließen. Er war als junger Mann als Matrose in ferne Länder gefahren, aber *er zeigte, daß* es solcher physischen Fortbewegung nicht bedarf, um seine Erfahrungen *zu erweitern. Indem er* aber das Ausmaß der Erschütterungen im Menschen angesichts der Grausamkeit *unseres* Jahrhunderts beschreibt, begibt er sich nie in eine moralisierende Position, er doziert nie, er erlebt viel*mehr als eine Art Candide seine Zeit*, und der bekannteste Name seines lyrischen Anti-Helden heißt „Plume", der arglos und ahnungslos immer wieder wie eine Feder zu Boden geworfen wird.

Der Kopf dieses Plume erscheint auf einem seiner Aquarelle zum ersten Mal 1931. Seine Bilder begleiten seine *Texte* und *sind unlösbar* mit ihnen verknüpft. Es sind fremdartige, menschenähnliche, in Scharen fortsausende Wesen, die wie getuschte Ideogramme wirken, Flucht und Bewegung darstellen und auf die poetische Prosaerzählung hinweisen, auf Phantasielandschaften oder jene künstlichen Paradiese, die er schon vor Huxley in Experimenten mit Mescalin (unter streng ärztlicher Kontrolle) erschloß.

Während seine Schriften erst sehr spät einem größeren Kreis als dem seiner Freunde verständlich wurden, erlangte er in den fünfziger Jahren seinen Durchbruch als Maler. Er wurde in Paris, Frankfurt, New York ausgestellt und kam schließlich zu einem bescheidenen Reichtum, kaum zu einer Berühmtheit, da er sich jeder Öffentlichkeit verweigerte, nie im Fernsehen auftrat, nur ein einziges Foto (von Gisèle Freund) zur Veröffentlichung freigab. Gelegentlich sah man *ihn, der unbekannt* bleiben *wollte*, auf Ausstellungen, an Tagen und zu Stunden, wo er mit leeren Sälen rechnen konnte. Dann konnte er mit leiser Stimme seinem großen Erstaunen Ausdruck geben über das, was er da an Neuem entdeckte.

Michaux war außergewöhnlich bescheiden und von einer altmodischen Höflichkeit, die befangen machte; sein Urteil jedoch, scharf und genau, konnte von gnadenloser Strenge sein. Er war, in seiner Schlichtheit, denn doch nicht ganz ohne Koketterie. Er hielt sich selbst für einen sehr komplizierten Menschen und war darüber erstaunt, etwa in seiner Begegnung mit Paul Celan, daß es da noch gesteigerte Sensibilitäten gab, die auch mit noch so großer Behutsamkeit, zu der er fähig war, sich seinem Verständnis nicht erschlossen. Er konnte dann ko*mische* Betroffenheit *mimen*, sein Gesicht nahm einen listigen Ausdruck an, dann erstarrte sein Lächeln zur Maske eines weisen tibetanischen Mönchs. So bleibt er in Erinnerung; was er vor anderen verbarg, das steht in seinen Büchern.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN



Unbekannt und unerkannt: Henri Michaux FOTO: G. FREUND

Donaueschinger Musiktage: Apokalypse in Pop

Zwei Ochsen für Hebel

Kein neues Stück von Karlheinz Stockhausen, keine Uraufführung von Pierre Boulez *oder* einem anderen Großen der zeitgenössischen Musik – die Donaueschinger Musiktage, das traditionsreichste aller Festivals mit neuer Musik, verzichteten in diesem Jahr auf einen zentralen Programmknüller.

Eine der vergleichsweise wenigen Uraufführungen galt Heinz Winbecks erster Sinfonie – ein Werk das mehr als jedes andere das Publikum ratlos machte. Winbeck bedient sich einer neo-tonalen Tonsprache, er vermeidet weder eindeutige Dur-Akkorde noch zitatartige Bezugnahmen auf Richard Strauss, Gustav Mahler oder die jugendbewegte Geschäftigkeit eines Paul Hindemith. Was dabei heraus kam, ist dennoch erheblich mehr als ein bloß retrospektives Stilsammelsurium. Winbecks brutale, aggressive Motorik, die in dumpfen Schlagwerk-Passagen *kulminiert*, belegt aller vordergründigen Rückwärtsorientierung zum Trotz eine ernsthafte Auseinandersetzung mit einer übermächtig gewordenen Tradition.

Wie eigenwillig, wie handwerklich sauber Winbeck *gearbeitet hatte*, zeigte sich nach den teilweise deprimierenden Erfahrungen im weiteren *Verlauf* des Festivals. Konrad Böhmers „Apocalypsis cum figuris", ebenfalls eine Uraufführung, benutzt zwar *modernste* elektronische Kompositionsmittel, um endzeitliche Schreckensvisionen zu beschwören – aber *mehr als vierzig Minuten* elektronisch-quäkendes Gehaspel kam dabei nicht heraus. Auch die beiden Sänger, die *als zynischen Kontrast* zum Weltuntergangsspektakel gegen Schluß ein Pop-Liedchen anstimmten, verstärkten *eher noch den* Eindruck der musikalischen Dürftigkeit und Einfallslosigkeit.

Ein weiterer Beitrag zum Thema Apokalypse gelang da schon wesentlich überzeugender. Dieter Schnebels „Jowägerli" ist der halbszenische Versuch, die ergreifende Einfachheit und unmittelbare Kraft von Johann Peter Hebels alemannischen Gedichten über Vergänglichkeit und Weltenende textangemessen zu vertonen. Kritik ist deshalb nicht an Schnebels einfühlsamer, zurückhaltender Musikalisierung anzumelden, sondern an seiner Inszenierung. Zwei leibhaftige Ochsen trugen so wenig zum Verständnis von Hebels Poesie bei wie bühnentechnische Spielereien.

Den nachhaltigsten *Eindruck* hinterließ der traditionelle Jazz-Abend, bei dem Vertreter der westlichen und *asiatischen Jazzmusik* einen Überblick über den aktuellen Stand des Perkussion-Jazz gaben – mal lyrisch nachdenklich, mal prickelnd aggressiv, gelegentlich nur einfach witzig, immer aber enorm einfallsreich und von wahrhaft staunenerregender instrumentaler und vokaler Perfektion.

Schließlich war auch die deutsche Erstaufführung von Witold Lutoslawskis 3. Sinfonie zu erleben, deren Kennzeichen typisch für den polnischen Altmeister sind: Seine Orchestersprache ist klar, prägnant formuliert, wird wirkungsvoll eingesetzt und kennt durchaus auch Ausdruckskategorien wie *Schärfe, Intensität* und Durchschlagskraft. Mag sein, daß die 3. Sinfonie nicht gerade Lutoslawskis *stärkstes Werk ist*, weil sie stellenweise an der glatt polierten Oberfläche bleibt. Aber wenn man das Werk mit dem *unmittelbar vorausgegangenen* Orchesterstück von Johann-Maria Gropp verglich, mit viel satztechnischer *Stümperhaftigkeit*, klebriger, unförmiger Eintönigkeit, tat es einfach gut, ein Werk zu hören, dessen *Komponist* weiß, wie die Noten klingen, die er da aufs Papier schreibt.

STEPHAN HOFFMANN

KULTURNOTIZEN

Mit „Museen und Ausstellungen in der Bundesrepublik und in der DDR" beschäftigt sich eine Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland am 10./11. November in der Berliner Akademie der Künste.

Gedichte von Andreas Gryphius erschienen im Budapester Helikon-Verlag in ungarischer Übersetzung.

Mit Architektur und Kunst beschäftigen sich die Ausstellungen im „Bahnhof Eller" in Düsseldorf.

Gonzalez Ledesma wurde für seinen Roman „Cronica sentimental en rojo" (Sentimentale Chronik in Rot) der mit rund 200 000 Mark dotierte Planeta-Preis zugesprochen.

Karin Schanne und Martin Hülsmann erhielten den Oldenburger Kinder- und Jugendbuchpreis.

Zum Tode des Filmregisseurs François Truffaut

Doinels steiniger Weg

François Truffaut ist nach monatelangem Leiden, 52jährig, in einem Pariser Krankenhaus gestorben. Unter Frankreichs Regisseuren der „Nouvelle Vague" war er der populärste. Seit seinen Anfängen war er ein Publikumsliebling gewesen, und das Publikum hat ihm bis zuletzt die Treue gehalten.

Dabei waren Ruhm und Erfolg Truffaut keineswegs an der Wiege gesungen. Seine Kindheit war so einsam und unglücklich wie die seines kleinen Helden Antoine Doinel in seinem ersten Spielfilm „Sie küßten und *sie schlugen ihn", den er 1959 drehte.* Volksschule, Besserungsanstalt, dann Laufbursche und Fabrikarbeiter in Paris. Trost fand der junge Mann allein im Kino. Schon als Fünfzehnjähriger war er geradezu besessen von dieser augentäuschenden Welt aus Celluloid und gründete einen Filmclub für seine Arbeiter-Kollegen, mit dem er einiges Aufsehen erregte, vor allem bei André Bazin, dem Chefredakteur der angesehenen „Cahiers du Cinéma".

Die Begegnung mit Bazin wird für Truffaut bestimmend. Denn der erkennt sofort das Genie des jungen *Mannes und lädt ihn zur Mitarbeit* ein. Truffaut wird schnell einer der geistreichsten und schärfsten Film*kritiker* Frankreichs; auf der Redaktionsbank neben ihm sitzen Eric Rohmer und Claude Chabrol, Männer, die bald darauf mit ihm zusammen ein Stück Filmgeschichte schreiben werden: die „Nouvelle Vague".

Antoine Doinel, der Held von Truffauts erstem Film, wird das Alter ego des jungen Regisseurs. Er bleibt seine Identifikationsfigur in einer Reihe weiterer Arbeiten, etwa in „Liebe mit Zwanzig" oder „Geraubte Küsse"; Jean-Pierre Léaud, der alle Doinel-Rollen spielt, entwickelt sich zu einem der besten jungen Schauspieler Frankreichs. Die Suche nach der Wirklichkeit und nach seiner eigenen Identität, stets ironisch überhöht, wird *immer* Truffauts Thema bleiben. Darin ist ihm der romantische Realist Renoir ein Lehrmeister gewesen, und „*unseren neuen Renoir*" nannten ihn denn auch die Kinofreunde.

Aber er hatte auch eine geheime Neigung *für Hitchcock und dessen* hintergründig bösen Humor. Unzählige Interviews hat er mit dem Altmeister *gemacht und diese in einem* Sammelband veröffentlicht: „Mr. Hitchcock, wie haben Sie das gemacht?" *Zwischen dem Einfluß von Hitchcock* und von Renoir ist Truffaut zeitlebens hin und hergependelt. Seine eigene Produktionsgesellschaft, die er Anfang der 60er Jahre gründete, nannte er „Les Films du Carrosse", Renoirs berühmtem Film „Die Goldene Karosse" huldigend.

In ihr brachte er seine großen Filme heraus, die längst Filmgeschichte gemacht haben: den makabren Thriller „Schießen Sie auf den Pianisten", die poetische Liebesgeschichte „Jules und *Jim*", „Fahrenheit 451" nach Ray Bradbury, die Tragödie der „Adele H.", Victor Hugos am Leben *scheiternder Tochter*, und schließlich „Die letzte Metro", seinen Schwanengesang.

In seinem mit viel Selbstironie inszenierten Film „Die amerikanische Nacht", in dem er einen zerstreuten, ewig gestreßten Filmregisseur spielt, erlaubte Truffaut seinem Publikum einmal einen Blick hinter die Kulissen seiner „Traumfabrik". Das gelang ihm bravourös. Es wurde – auch kommerziell gesehen – sein vielleicht größter Erfolg; mit ihm gewann er *1973* den Oscar.

Fünfundzwanzig Spielfilme hat François Truffaut im Laufe seines *kurzen Lebens gedreht, darunter* kaum ein Mißerfolg. Mit ihm verliert das Kino eine seiner großen Hoffnungen.

DORIS BLUM



Liebte Renoir und Hitchcock: F. Truffaut FOTO: ARD

Unkraut wird erfolgreich rekultiviert

dpa, Mechernich

Unkraut vergeht doch: Was jahrtausendelang zum Gleichgewicht des Naturhaushalts gehörte und farbenfrohe Landschaftsbilder vermittelte, ist innerhalb von nur zwei Jahrzehnten von modernen Agrarmethoden und Chemie zum Teil schon ausgerottet worden. Die Wildkräuter in Wald und Flur, die Wild, Insekten und anderen Kleintieren Lebensraum und Nahrung boten, mußten der intensiven Bewirtschaftung weichen. Wer kennt noch Venuskamm, Spatzenzunge, Adonisröschen, Zahntrost, Frauenspiegel? Selbst die Kornblume lebt fast nur noch im Lied.

Unter Federführung des Landesjagdverbandes Nordrhein-Westfalen wurden jetzt in einem Eifel-Revier 15 Hektar Wildäcker angelegt. Das Rezept dazu war denkbar einfach: Die „Giftspritze" wurde weggelegt, auf Herbizide verzichtet. Und schon begann es auf den Böden zu sprießen und zu blühen. Immerhin halten sich die Samen der rund 270 Arten von Ackerwildkräutern bis zu 20 Jahre im Boden. Anstoß zu dem Sprichwort „Unkraut vergeht nicht".

Für das Landwirtschaftsministerium hat der Botaniker Wolfgang Schumacher von der Universität Bonn in einer dreijährigen Untersuchung festgestellt, daß Wildkräuter seit Urzeiten als Wirts- und Nahrungspflanzen in Naturnetze eingepaßt sind. Sie könnten erhalten werden, wenn ein Randstreifen der Felder von der Giftspritze verschont bleibe. Von 1978 bis 1981 wurden in der Eifel 15 Kilometer Ackerränder mit einer Breite von zwei bis drei Metern nicht mit Herbiziden behandelt. Ergebnis: „Nahezu alle gefährdeten Arten lassen sich in den unbehandelten Randstreifen erhalten", sagt Schumacher. Sogar verschollene Arten tauchten wieder auf.

Im kommenden Jahr sollen in Nordrhein-Westfalen 500 Kilometer Ackerränder, rund 150 Hektar, ungespritzt bleiben. Die Bauern erhalten aus Landesmitteln an Entschädigung für den Ertragsausfall insgesamt 75 000 Mark. Fast alle Bauern sind bereit, bei dem Projekt mitzumachen. Experten stellen ohnehin die Frage, ob nicht zum Schutz der Umwelt auf Herbizide weitgehend verzichtet werden sollte. Immerhin gebe es eine Überproduktion auch bei Getreide, die subventioniert werden muß.

Daß der Schutz der Wildkräuter als Schritt zur Instandsetzung des schwer gestörten Naturhaushalts erfreuliche Folgen hat, beweist sich bereits auf dem neuangelegten Wildakker. Auf den 15 Hektar tummeln sich wieder jede Menge Insekten und Kleinsäuger. Auf einem Acker wurden 85 Hasen gezählt.

Sensation im Wiesheu-Verfahren: War das Unfall-Opfer schon tot?

Mit einem sensationellen Auftakt begann gestern vor einem Schöffengericht am Münchner Amtsgericht der Unfall-Prozeß gegen den beurlaubten CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu: Einer der Nebenkläger zog seinen Strafantrag gegen den 39jährigen Politiker zurück; außerdem wurden erste Einzelheiten eines Gutachtens bekannt, das Professor Max Danner im Auftrag des Gerichts erstellte und das den Schuldvorwurf gegen Wiesheu in wesentlichen Punkten entkräftet.

Wiesheu muß sich wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Trunkenheit am Steuer verantworten. Nach einem anstrengenden Tag, an dem er als Generalsekretär den Wirbel um den Parteiaustritt des CSU-Bundestagsabgeordneten Ekkehard Voigt verkraften mußte, hatte Wiesheu in der Nacht zum 29. Oktober vergangenen Jahres auf Terminen und mit Freunden so reichlich Alkohol getrunken, daß später 1,69 Promille festgestellt wurden. Dennoch, so sagte er gestern aus, habe er sich fahrtüchtig und „eigentlich fit" gefühlt.

Nach Ansicht des Staatsanwaltes war Wiesheu aber nicht mehr in der Lage, „ein Fahrzeug sicher zu führen", weshalb er nachts gegen 2.30 Uhr auf der dreispurigen Autobahn nach Nürnberg einen vor ihm auf der mittleren Spur fahrenden Fiat 500 zu spät bemerkte und rammte. Dabei, so die Anklage, wurde der nicht angegurtete Fiat-Fahrer, der 67jährige Josef Rubinstein, herausgeschleudert und tödlich verletzt. Sein Beifahrer Friedrich Giland, mit dem Rubinstein auf dem Weg nach Polen war, wurde verletzt; er hatte Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung gestellt.

Wiesheu gab gestern an, er habe sich auf der mittleren Spur einem anderen Wagen „angehängt". Als dieser plötzlich nach links ausgewichen sei, habe er vor sich ein stehendes Hindernis „wie einen schwarzen Klotz" gesehen, dem er nicht mehr ausweichen konnte: „Ich hatte den Eindruck, ich bin in eine vorhandene Unfallsituation hineingefahren."

Die unterschiedlichen Auffassungen von Staatsanwalt, der meinte, der Fiat sei gefahren, und Angeklagtem, der glaubt, der Wagen habe gestanden, werden diesen Prozeß beherrschen. Dabei wird Wiesheus Vermutung durch das Dannersche Gutachten weitgehend gestützt.

Danner kommt in dem Gutachten, für das er einen 50 000 Mark teuren Crash-Test veranstaltete und das heute dem Gericht vorgetragen wird, zu der Überzeugung: Die tödlichen Verletzungen Rubinsteins sind als Auswirkungen eines Auffahrunfalls auszuschließen, sie müssen außerhalb des Fahrzeugs zustande gekommen sein, die Wagentüren sind beim Test jedoch nicht aufgesprungen.



Otto Wiesheu: Bricht die Anklage gegen den CSU-Politiker in wesentlichen Punkten zusammen? FOTO: DPA

Somit wird das Gericht die Fragen klären müssen, ob Wiesheus Wagen auf ein möglicherweise unbeleuchtetes Fahrzeug aufgeprallt ist, das defekt auf der Mittelspur stand, ob – und das ist die entscheidende Frage – der Fahrer eventuell schon ausgestiegen und gar bereits von einem anderen Wagen getötet worden war. Entgegen ersten Annahmen wurden am Mercedes keine Blut- oder Hautspuren des Toten gefunden.

Beifahrer Giland kann dazu keine Aussagen machen, da er eingeschlafen war und erst im Krankenhaus wieder aufwachte. Was er aber dem Gericht gestern über den Zustand des Fiat berichten konnte, ließ die anwesenden Verkehrsexperten erschauern. Der kleine Wagen war derart überladen, daß die Autobahnmeisterei an der Unfallstelle fünf blaue Säkke mit herumliegenden Gegenständen füllen mußte und weitere fünf Koffer aufgelesen wurden. Giland: „Der Wagen war innen vollgestopft."

Auf dem Gepäckträger wurden zwei einen Meter hohe Kartons mit einem Abschleppseil verzurrt, Ski wurden zwischen Dach und Gepäckträger gebunden. Die Rücklichter waren tags zuvor ausgefallen, ein defektes Vorderlicht wurde durch Schlagen und Reiben wieder zum Leuchten gebracht. Ohnehin habe Rubinstein den Wagen in Polen reparieren wollen, sagte Giland gestern.

Unterwegs habe ihm Rubinstein, den der Zeuge als einen „sehr kränklichen" Menschen bezeichnete, gestanden, der Wagen würde nicht mehr als 60 Stundenkilometer schaffen. Giland darauf: „Macht nichts, für die Autobahn reicht's." Auch als ihn der Freund noch im Stadtgebiet nach dem Weg nach Polen gefragt hatte, war Giland die Antwort nicht schuldig geblieben: „Bis zur Ampel und dann rechts." Danach war Giland eingeschlafen.

Nach seiner für den Angeklagten entlastenden Aussage sorgte Giland für eine weitere Verblüffung: Nach seiner „Überzeugung und christlichen Erziehung über Vergeben und Verzeihen" ziehe er den Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung zurück. Wiesheu blickte erleichtert auf.

Sollte sich das Gericht der Auffassung Danners anschließen, wonach Wiesheu keine Schuld am Tode Rubinsteins hat, und den Angeklagten „nur" wegen eines Trunkenheitsdeliktes verurteilen, erscheint seine Rückkehr ins Amt des Generalsekretärs nicht ausgeschlossen.

PETER SCHMALZ

Doppelselbstmord zweier Freunde in Südspanien

SAD, Madrid

„Es ist zum Lachen, so kurz vor unserem Tode – aber wir haben keine Angst. Unser letzter Wunsch: Begrabt uns zusammen in Hopsten." Diesen Zettel fanden am Wochenende Polizisten neben den Leichen zweier deutscher Jungen in einem Zimmer des Hotels Dos Mares in Tarifa an der spanischen Atlantikküste. Carsten K. aus Rahden und Rainer S. aus Husum – 18 und 17 Jahre alt – hatten sich wenige Stunden zuvor mit einem Revolver erschossen. Neben ihnen ein Abschiedsbrief, Zeugnis einer scheinbar ausweglosen Jugendliebe. Ein Verbrechen oder Zusammenhänge mit Drogen wurden nicht festgestellt.

Vier Seeleute vermißt

rtr, Amsterdam

Bei einer großangelegten Suche ist es bis zum gestrigen Abend nicht gelungen, vier norwegische Seeleute des am Sonntag vor der niederländischen Küste gesunkenen britischen Kleinfrachters „Lady Odiel" zu bergen. Ein Sprecher der niederländischen Marine teilte mit, als einziger Überlebender sei der Kapitän des Frachters gerettet worden.

Fünf-Mark-Gedenkmünze

dpa, Bonn

Der Verkauf der Fünf-Mark-Münzen zum Gedenken an den vor 175 Jahren in Hamburg geborenen Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy startet morgen bei allen Banken und Sparkassen.

Beinamputation

SAD, Brighton

Neun Tage nach der Explosion der Terrorbombe im Grand-Hotel des südenglischen Badeorts Brighton mußten die Ärzte des „Royal Sussex County Hospital" Muriel McLean das rechte Bein amputieren. Die Ehefrau von Donald McLean, dem schottischen Landesverbandsvorsitzenden der Konservativen Partei, hatte das Hotelzimmer Nummer 629 bewohnt – jenen Raum, in dem nach den Ermittlungen von Scotland-Yard-Experten der von der nordirischen Untergrundorganisation IRA gelegte Sprengsatz in die Luft gegangen war.

Vier Scheiben Brot

dpa, Detmold

Der Mensch lebt zwar nicht vom Brot allein, findet jedoch offenbar wieder mehr Geschmack an Getreideprodukten: Statistisch gesehen verzehrt jeder Deutsche im Durchschnitt pro Tag vier Scheiben Brot und ein Brötchen. Das ist mehr als noch vor einem Jahr, berichtete gestern die Bundesforschungsanstalt für Getreide- und Kartoffelverarbeitung in Detmold.

Cholera in Marokko

dpa, Rabat

In Nordmarokko sind nach einem Bericht, der gestern in der Zeitung „Al Bayane" erschien, seit August mindestens zehn Menschen an Cholera gestorben. Insgesamt seien in der Region Berkane an der Grenze zu Algerien 22 Cholera-Fälle festgestellt worden. Das marokkanische Gesundheitsministerium gab bisher keine Stellungnahme zu diesem Bericht ab.

Wolf kapitulierte

dpa, Frankfurt

Der konzentrierte Einsatz von sechs Streifenwagenbesatzungen der Frankfurter Polizei hat einen aus dem Zirkus Krone ausgerückten Wolf buchstäblich „geschafft". Nach einstündiger Jagd durch die nächtlichen Straßen im Frankfurter Westend „fühlte sich der Wolf dem Fahndungsdruck nicht mehr gewachsen und gab erschöpft auf", heißt es im Polizeibericht von gestern.

ZU GUTER LETZT

„Nur jeder zehnte Zeitungsredakteur ist weiblich". Meldung des Springer-Auslandsdienstes aus Den Haag.

Mann der Tat wird zwecks eigener Hochzeit verhaftet

J. ZWIKIRSCH, Stockport

„Sir", murmelte Polizeiwachtmeister Peter Birds seinem Kollegen Brian Seers die vorgeschriebene Formel ins Ohr, „ich habe den dringenden Verdacht, daß ein Haftbefehl gegen Sie vorliegt!" Im selben Moment klickten Handschellen um die Gelenke des völlig verblüfften Bobbys aus Stockport im Großraum Manchester – peinlicherweise ausgerechnet mitten im Portal der gutgefüllten „Heaton-Moor-Reformkirche".

Fünf Minuten war der aufs Junggesellendasein erpichte Seers noch total verwirrt. Dann sagte er „ja" und ist seitdem – verheiratet.

Was war geschehen? Mary Morton, eine 40jährige Floristin, der der Mann des Gesetzes schon seit langem auf seine feine und zurückhaltende Art den Hof machte, war des langen Wartens müde geworden. All ihre Schalmeientöne hatten nie das Ohr ihres Freundes erreicht. Es war, als ob sie bei diesem Thema auf einer gänzlich anderen Frequenz sendete, wußten Eingeweihte zu berichten. Da kam der Dame beim Blumenbinden die Idee. Sie klemmte sich insgeheim hinter Kollegen, Verwandte und Freunde des fünf Jahre jüngeren Wachtmeisters und arrangierte – da auch das Einverständnis des zuständigen und begeistert mitspielenden Pfarrers vorlag – eine „Zwangsvorführung" zwecks eigener Trauung.

„Junge", verriet Konstabler Bird seinem Kumpel von der Wache, „am Sonntag heirate ich ganz insgeheim – du kommst doch, oder?" – „Klar", antwortete der arglose Seers, der erst noch seiner Freundin für den betreffenden Nachmittag „absagen" mußte, erschien pünktlich und festlich gewandet – und wurde vom vermeintlichen Bräutigam beim Betreten des Gotteshauses prompt „verhaftet".

In Handschellen durchs Kirchenschiff gezerrt, erblickte Bobby Brian zunächst an die hundert bekannte Gesichter aus dem eigenen Anhang und vorm Altar schließlich die sanft errötete Dauer-Freundin Mary. Mann der Tat, der er nun sein mußte, beschloß er beherzt: „Okay – jetzt oder nie!" (SAD)

LEUTE HEUTE

Unerkannter Paul

Mit zerrauften Haaren, in abgerissener Kleidung und auf „schmuddelig" geschminkt stellte sich Ex-Beatle und Weltstar **Paul McCartney** als Straßenmusikant vor den Londoner Bahnhof Broad Street und klimperte auf seiner Gitarre über eine Stunde lang, ohne daß ihn jemand erkannte. Meinte Paul nachher: „Wer schaut schon so einem in die Augen."

Kein Anglerlatein?

Für die etwa fünf Millionen britischen Amateurangler gab es keinen Zweifel. Ihr Kollege **Brian Taylor** (37) aus Paignton in der Grafschaft Devon mußte ein Geheimrezept haben, hatte er doch in den letzten zwei Jahren nicht weniger als neun Angelweltrekorde aufgestellt, darunter mit einem 346 Pfund schweren Hai. Jetzt hat der Meister endlich sein Geheimnis offenbart: „Ich tauche meine Köder einfach in Bier." Diese Erkenntnis hat er einem Zufall zu verdanken. „Ich war total erfolglos. Aus lauter Langeweile habe ich dann mal mein Bier über die Köder-Makrele gegossen. Sofort war ein Fisch am Haken." Wenn das die Brauereien hören.

Aufruhr in der Cafeteria

Römische Ministerialbeamte werden an die Leine gelegt

KLAUS RÜHLE, Rom

Aus ist es mit den halbstündigen Kaffeepausen in Italiens Ministerien. Vorbei sind die Zeiten der großzügigen Arbeitsunterbrechungen für Einkäufe „um die Ecke", für die Erledigung privater Interessen, für eine Verschnaufpause im Freien. Die Beamten und Angestellten der römischen Ministerien und vieler staatlichen Büros im ganzen Lande müssen von jetzt ab auf liebgewordene Gewohnheiten verzichten, morgens Punkt 8.30 Uhr zur Arbeit erscheinen und dürfen keine Minute zu früh nach Hause gehen. Nicht einmal die Verspätung des klassischen „akademischen Viertels" wird ihnen mehr zugebilligt. So steht es in der Verfügung des Ministers für öffentliche Verwaltung, Remo Gaspari.

Als erster zog vor ein paar Wochen Schatzminister Giovanni Goria gegen den Schlendrian zu Felde. Er verbot von heute auf morgen das Verlassen der Amtsräume für Kaffeepause außer Hause. Ein Entrüstungssturm war die Antwort. Der „Kaffeekrieg" im Schatzministerium war nur der Auftakt für eine wahre Revolution in der staatlichen Verwaltung. Der jetzige Erlaß zwingt die fast vier Millionen Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes zu einer völligen Umstellung ihres bisherigen Arbeits- und Lebensstils.

Die nur 36 Stunden Dienstzeit pro Woche, die vertraglich vorgesehen sind, sollen von jetzt an voll eingehalten werden: sicherlich keine unzumutbare Forderung angesichts der Tatsache, daß Italien mit dieser bescheidenen Stundenzahl am Tabellenende in der Welt steht. Die jetzige Strenge hat sich als notwendig erwiesen, weil die Produktivität der staatlichen Verwaltung innerhalb von zehn Jahren um ein Drittel gesunken ist, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um 23 Prozent stieg und die Vergütungen sich verdreifachten.

Um die Einhaltung der neuen Vorschrift sicherzustellen, fordert Minister Gaspari Stechuhren. Sogar die Gewerkschaften protestieren wegen der „Einschränkung der persönlichen Freiheit" und setzen sich für eine „elastische Handhabung" der Dienstzeit ein.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Mit den Fronten eines Skagerrak-Sturmtiefs strömt zunächst milde, später frische Atlantikluft aus westlicher Richtung nach Mitteleuropa.



Vorhersage für Dienstag:
Zunächst bedeckt und gebietsweise Regen. Im Norden und Westen Übergang zu wechselnder Bewölkung mit Schauern. Temperaturen 12 bis 15 Grad, nächtliche Werte zwischen 6 und 10 Grad. Frischer bis starker Südwestwind mit Sturmböen.

Weitere Aussichten:
Am Mittwoch noch Schauer, sonst freundlich. Ab Donnerstag von Westen her unbeständiger. Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	27°
Bonn	10°	Kopenh.	10°
Dresden	13°	Las Palmas	22°
Essen	9°	London	16°
Frankfurt	11°	Madrid	13°
Hamburg	10°	Mailand	17°
List/Sylt	11°	Mallorca	20°
München	13°	Moskau	10°
Stuttgart	12°	Nizza	21°
Algier	18°	Oslo	6°
Amsterdam	11°	Paris	12°
Athen	23°	Prag	11°
Barcelona	19°	Rom	19°
Brüssel	11°	Stockholm	7°
Budapest	14°	Tel Aviv	–°
Bukarest	22°	Tunis	22°
Helsinki	8°	Wien	13°
Istanbul	19°	Zürich	13°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.01 Uhr, Untergang: 17.10 Uhr; **Mondaufgang:** 6.37 Uhr, Untergang: 17.22 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit Cocktail „Rheingold" die Sinne sanft vernebelt

SUSANNE FISCHER, Hamburg

Möchten Sie lieber einen „Heuschreck" oder eine „Blutige Marie"? Oder darf's vielleicht ein „Beiwagen" sein? Die ausgefallenen Namen verbergen nicht minder ausgefallene Mischungen aus diversen Alkoholika und anderen, unwichtigeren Zutaten.

Von Cocktails ist die Rede. Die sind wieder in Mode, und während die oben genannten zum Standard-Repertoire jedes Barkeepers gehören, kreieren Mixer aus 28 Ländern zur Zeit in Hamburg neue Drinks für eine unersättliche Gemeinde von Kennern, die das Ausgefallene liebt.

Die 17. Internationale Cocktail Competition ist verbunden mit einem Arbeitstreffen der International Bartenders Association (IBA), deren Mitglieder die nationalen Barkeeper-Organisationen aus Europa, Amerika, Japan und Australien sind. Und Deutschland nimmt hier einen besonderen Platz ein. Die älteste europäische Vereinigung ist nämlich die Deutsche Barkeeper-Union (DBU), die in diesem Jahr 75. Geburtstag feiert. Zu Ehren des Jubiläums findet der Cocktail-Wettbewerb diesmal im Congress Centrum Hamburg statt.

Geshaket, gerührt und gemixt wird in drei Kategorien: Pre-dinner-Cocktail, After-dinner-Cocktail und Longdrink. Das Reglement ist kompliziert: Die Wettkämpfer treten an der dafür eigens aufgebauten Bar jeweils zu viert an, vor den kritischen Augen der 300 Delegierten des IBA-Treffens. Die Jury sitzt in einem Nebenraum. Dorthin werden die Drinks getragen, damit keiner der Juroren weiß, wer was gemixt hat. Nach jeweils fünf Cocktails wird die Jury ausgewechselt, bevor sich ihr Urteilsvermögen in sanftem Nebel verliert. Bewertet werden Geschmack, Aussehen und Aroma der Getränke, und es spricht für das Selbstbewußtsein des Barkeepers, daß es nur die Kategorien „gut", „sehr gut" und „exzellent" gibt.

Die kritischen Kollegen verfolgten den Wettbewerb um den besten Pre-dinner-Cocktail nicht gerade mit stiller Andacht. Der australische Barmann hatte noch kaum eine schwarze Olive in jedes Glas plaziert, da feuerten ihn seine Landsleute schon lautstark an und schwenkten Fähnchen, auf denen ein boxendes Känguruh abgebildet war. Kurze Zeit später wurden sie zur Ordnung gerufen, weil sie im Wettkampfsaal Bier tranken. „We're just having breakfast", antworteten die Cocktailspezialisten vom anderen Ende der Welt ungerührt.

„Jetzt kommt Erwin aus Berlin", raunte mir mein Nachbar kurz darauf zu, als ein Jüngling mit dynamischem Schritt an die Wettkampfbar trat. Erwin mischte Zuckersirup in seinen Drink, sehr ungewöhnlich für den Aperitif, der nicht süß sein darf. Er hätte sich besser am Siegerrezept „Ines" von 1982 orientieren sollen: 3/10 Martini Dry, 3/10 Martini Rosé, 3/10 Gordon's Gin und 1/10 Amaretto di Saronno. Und wem das noch nicht trocken und scharf genug war, der konnte damals auch noch die Garnitur, eine Pfefferolive, mit vernaschen.

Klar, daß Erwin mit dem Zuckersirup wenig Erfolg hatte. Auch der Portugiese, der seinem Cocktail mit bunten Pülverchen und einer Schablone eine ansprechende geometrische Oberfläche verpaßte, bekam dafür nicht allzuviele Punkte. Die Australier schwenkten vergeblich ihre Fähnchen, und auch der Mexikaner beeindruckte hauptsächlich durch seine schmucke Nationaltracht.

Der Gewinner, Rocco di Franco, kam aus Italien: mit einer Mischung aus Gordon's Gin, Campari und Cointreau ohne viel Schnickschnack stach er die Konkurrenz aus, einzig der vollmundige Name könnte den Genuß trüben. Warum mußte er seinen Cocktail ausgerechnet „Rheingold" nennen?

Außer der Ehre haben „Rheingold" und sein Mixer nichts gewonnen. Für Cocktail-Rezepte gibt es kein Copyright, und auch „Weltmeister" dürfen sie sich nicht nennen. Das Rezept macht sich die IBA zu eigen, jeder Barkeeper darf es nachmixen, wenn ihm der Sinn danach steht.

Während die Cocktailrezepte heute zu leichten Drinks mit wenig Alkohol und viel Fruchtsäften, vor allem aus exotischem Obst, tendieren, waren im vergangenen Jahrhundert ganz andere Mischungen gefragt. Der Cocktail, so will es die Legende, entstand in einer amerikanischen Bar, in der gerade ein Hahnenkampf stattfand. Die Wirtin war über den Sieg des Favoriten so erfreut, daß sie sämtliche Spirituosen aus ihrem Flaschenregal in einen großen Topf goß und die Brühe wegen der schillernden Farben „Hahnenschwanz" nannte. Da schüttelt – Verzeihung, shaket – es einen doch gehörig.

